Montag, 12. November 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 266 - 46.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 140,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nachfolge: Nach dem Verzicht des Freidemokraten Morlok auf das Amt des stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden gilt als aussichtsreichster Anwärter für diese Position der hessische Parteichef Wolfgang Gerhardt.

Tarif-Abschluß: Die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst, der die Haushalte mit 8,5 Milliarden Mark belasten wird, hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann als „ausgewogenen Abschluß" bezeichnet. Bundesfinanzminister Stoltenberg sprach von einem „befriedigenden Kompromiß". (S. 2)

Verweigerung: Der Kirchenvorstand der evangelischen Christophorusgemeinde in Göttingen kündigte als erstes kirchliches Gremium in der Bundesrepublik die Formel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen" auf und sprach sich für die Kriegsdienstverweigerung als das „deutlichere Zeichen" kirchlicher Friedensverantwortung aus.

Umwelt-Auto: Durch technische Veränderungen eines erheblichen Teiles der bisher zugelassenen Fahrzeuge kann der Stickoxid-Ausstoß um mindestens 30 Prozent verringert werden, meinte der Unionsabgeordnete Miltner in einem WELT-Gespräch. Die „Nachrüstung" der Altwagen sei daher „effektiver" als ein Tempolimit. (S. 4)

Razzia: Sicherheitskräfte Chiles nahmen bei einer Razzia in einem Armenviertel Santiagos 323 Menschen fest. Eine Regierungssprecher stufte die Aktion, bei der „Maschinengewehre, Sprengstoff und subversive Literatur" gefunden worden seien, als „Präventivmaßnahme" ein. (S. 5)

Regierungskrise? Italiens Verteidigungsminister Spadolini drohte den Rückzug der Republikaner aus der Koalition an, falls die vom republikanischen Finanzminister eingebrachte Steuerreform am Widerstand der Christdemokraten scheitern sollte.

China-Besuch: Die „Patriotische Kirche", die keine offizielle Verbindung zum Vatikan unterhält, hat Mutter Teresa Anfang 1985 zu einem Besuch eingeladen. Der Vatikan wertete dies als Zeichen der Entspannung in den schwierigen Beziehungen zwischen Kurie und Peking.

Entführung: In einer Blitzaktion haben Grenzpolizisten der CSSR einen Mann überwältigt, der mit Waffengewalt einen mit 48 Menschen besetzten Bus nahe der Stadt Strazny in die Bundesrepublik entführen wollte.

Unesco: London will die Unesco verlassen, berichtet die Sonntagszeitung „Observer". Noch in dieser Woche werde das Kabinett darüber beraten.

ZITAT DES TAGES



» Wir kennen bei weitem viel mehr Fakten der Gewaltanwendung und des Rechtsbruchs, deren Täter Funktionäre des Innenministeriums waren und die niemals bestraft und deren Taten nicht veröffentlicht worden sind «

Der polnische Arbeiterführer und Friedensnobelpreisträger Lech Walesa in einem Brief an die polnische Führung
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

IFO-Analyse: Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie signalisiert nach Meinung des Instituts keine konjunkturellen Fortschritte. Der Anstieg des Nutzungsgrades von 80,9 (März) auf saisonbereinigt 82,2 Prozent (September) sei vor allem durch das Aufholen der streikbedingten Ausfälle begründet. (S. 9)

Streit: Um die neue BAT-Zigarettenmarke „Barclays" zu kippen, haben sich Reemtsma, Philip Morris und Reynolds zu einer Front gegen den BAT-Tabakkonzern formiert. Für die Konkurrenz ist die „nikotinarme, aber kräftige BAT-Marke" ein Trick. (S. 10)

Autoindustrie: Die Diskussion um die Einführung des Katalysator-Autos hat die „recht gute Autokonjunktur" negativ beeinflußt, sagte der neue Präsident des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie, Schönbeck. Statt der erwarteten 2,5 Millionen Auto-Neuzulassungen rechne man 1985 nur mit 2,2 bis 2,4 Millionen. (S. 9)

Selbständige: In China gibt es mehr als elf Millionen selbständig Beschäftigte, 80mal mehr als 1978, berichtet das KP-Organ „Renmin Ribao". Die meisten arbeiteten in Handwerk, Einzelhandel und den Bereichen Reparatur und Ernährung.

KULTUR

Ballett: Berlin feierte Roland Petits Proust-Ballett, das die Deutsche Oper zum erstenmal in der Bundesrepublik zeigte. Dem Choreographen gelang es, tief in die Roman-Welt Prousts einzudringen und sie im Tanz kurz und knapp darzustellen. (S. 17)

Film: Die düstere Vision eines totalitären Überwachungsstaates hat der englische Regisseur Radford mit seinem Film „1984" nach dem Roman von Orwell bestürzend glaubhaft ins Bild gesetzt. Er präsentiert ein infernalisches Universum der Angst. (S. 17)

SPORT

Turnen: Der aus Rumänien geflohene Kurt Scilier wurde in Bous (Saarland) zum ersten Mal deutscher Meister im Zwölfkampf. Scilier gehört damit dem deutschen WM-Kader an. (S. 15)

Judo: Bei der Weltmeisterschaft der Damen in Wien errang die fünfmalige Europameisterin Barbara Claßen die Silbermedaille. Weltmeisterin wurde die Belgierin Ingrid Berghmanns. (S.16)

AUS ALLER WELT

Wieskirche: Die spätbarocke Wieskirche im bayerischen Steingaden ist zum Schutz der Besucher geschlossen worden. Das bischöfliche Ordinariat Augsburg teilte mit, Deckenteile hielten nur noch durch die eigene Verspannung. (S. 18)

Bohrung: Sowjetische Geologen sind auf dem Wege zur Erfüllung eines Menschheitstraumes, ins Innere der Erde vorzudringen, bisher am weitesten vorgedrungen. Seit 1970 bohrten sie auf der Halbinsel Kola ein mehr als 12 Kilometer tiefes Loch. (S. 18)

Wetter: Heiter bis wolkig. Zwischen 10 und 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Mit erweiterten Kompetenzen geht Schäuble ins Kanzleramt

Strauß zur WELT: CSU braucht Ansprechpartner in der Regierungszentrale

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl wird den CDU-Politiker Wolfgang Schäuble (42) zum Kanzleramtsminister berufen. Er soll in der Regierungszentrale sowohl für die politische Koordination als auch für administrative Aufgaben verantwortlich sein. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sagte gestern in einem Gespräch mit der WELT, Kohl habe ihn am Samstag von diesem Entschluß unterrichtet. Strauß: „Dieser Vorgang liegt im Entscheidungsbereich des Bundeskanzlers." Die Berufung von Schäuble zum Nachfolger des zum Bundestagspräsidenten gewählten Politikers Jenninger „in der Qualität eines Bundesministers" sei offenkundig auch eine „Belohnung für die Dienste", die Schäuble für Kohl erbracht habe.

Auf die Frage der WELT, ob sich dadurch die „Balance" innerhalb der Koalition verändere, antwortete Strauß: „Wenn sich die Zahl der Bundesminister der CDU erhöht, dann ist dies kein Anlaß für die CSU, Forderungen auf diesem Gebiet zu stellen. Die CSU ist zahlenmäßig in der Bundesregierung gut vertreten." Aber die CSU, so forderte Strauß, „braucht einen Ansprechpartner im Kanzleramt". Hier habe sich bisher manches schwierig gestaltet, vor allem dann, „wenn Helmut Kohl nicht da ist". Auf die Frage, ob es sinnvoll sei, die politische Koordinierung und administrative Aufgaben in einer Hand zusammenzufassen, antwortete Strauß: „Das hängt vom Führungsstil ab." Schäuble, bislang der erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, wird im Kanzleramt auch Aufgaben übernehmen, die der bisherige Kanzleramtschef Staatssekretär Waldemar Schreckenberger erfüllt hat. Schreckenberger soll Staatssekretär bleiben. Es ist davon die Rede, daß er sich besonders der Abstimmung zwischen Bundesregierung und Bundesrat zuwenden soll. Außerdem behält er die Rolle des Koordinators der Geheimdienste. Die Berufung von Schäuble, die immerhin eine Woche gedauert hat, ist wegen der Neuaufteilung der Kompetenzen nicht so glatt gelaufen, wie es sich der Kanzler gewünscht haben dürfte. Schäuble soll zu verstehen gegeben haben, daß er zu den Konditionen seines Vorgängers Jenninger nicht ins Kanzleramt kommen wolle. Außerdem hatte sich die Absicht Kohls, Schäuble und Schreckenberger sollten sich arrangieren, nicht verwirklichen lassen. Offen war gestern noch, ob es bei der üppigen Spitzenbesetzung des Kanzleramtes bleiben wird. Es war die Rede davon, daß Staatsminister Friedrich Vogel, bisher für die Kontakte mit den Ländern zuständig, eventuell die Verantwortung für die innerdeutschen Anliegen übernehmen würde. Aber Entscheidungen, so hieß es, seien nicht gefallen. In Regierungskreisen wird davon ausgegangen, daß der Parlamentarische Staatssekretär Peter Lorenz ebenfalls im Amt bleiben wird.

Schäuble ist ein sehr enger Vertrauter des Kanzlers. Kohl hätte ihn gerne als Fraktionsführer gesehen, aber Alfred Dregger hat hier keine Vakanz entstehen lassen. Der Jurist war seit dem Regierungswechsel der eigentliche Kontaktmann Kohls in der Fraktion. Schäubles Nachfolger als Parlamentarischer Geschäftsführer dürfte Rudolf Seiters werden.

DER KOMMENTAR

Schäuble

Von MANFRED SCHELL

Bundeskanzler Helmut Kohl hat nunmehr seine Entscheidung für eine personelle Neuordnung an der Spitze der Regierungszentrale getroffen. Er beruft den erst 42jährigen CDU-Abgeordneten Wolfgang Schäuble zum „Minister im Bundeskanzleramt". Diese unerwartet hochrangige Einstufung – Vorgänger Philipp Jenninger war „nur" Staatsminister – bedeutet in der politischen Praxis, daß Schäuble der eigentliche „Vizekanzler" sein wird. Den Titel führt Hans-Dietrich Genscher. Die Verantwortung für die politisch konzeptionelle Arbeit des Regierungschefs und für dessen Administration liegt bei Schäuble.

Nach welchen Kriterien hat sich Kohl entschieden? Schäuble ist sein Mann, sein Vertrauter. Dies ist eine Voraussetzung, um bei Kohl, der auf ein harmonisches Umfeld bedacht ist, etwas zu werden. Zum anderen hat sich der Jurist als Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion als ein guter, geräuschlos arbeitender Organisator ausgezeichnet. Und Kohl traut Schäuble auch politischen Weitblick zu, obwohl er die Pannen Buschhaus und Amnestiegesetz nicht hat verhindern können.

Der Kanzler hatte nach diesen Ereignissen angekündigt, er werde Schwachstellen im Kanzleramt beheben. Jetzt handelt er, und in dieser Abwägung hat er sich gegen seinen Freund Waldemar Schreckenberger entschieden, den bisherigen Chef des Kanzleramtes. Schreckenberger, der heute 55 Jahre alt wird, muß entscheidende Kompetenzen abgeben. Der Kanzler hat sich von der systematisch betriebenen Kritik an der Amtsführung seines Schulfreundes beeindrucken lassen. Der Versuch, Schäuble und Schreckenberger zu einem Arrangement zu bewegen, ist an Schäuble gescheitert, der eine Teilung der Macht nicht akzeptieren wollte. Der neue Mann an der Seite Helmut Kohls setzt also auf volles Risiko, das er als Chance begreift. Die CSU, spät informiert, hat keine Einwände erhoben. Sie leitet aus der Berufung eines weiteren CDU-Bundesministers keine Ansprüche ab, aber sie geht davon aus, daß Schäuble auch ihr Ansprechpartner im Kanzleramt sein wird. In der Fraktion hat dies funktioniert.

Schäuble weiß gewiß, daß es jetzt besonders darauf ankommt, klug, nicht nur schlau zu handeln. Er muß um zehn Ecken denken. Macht allein ist noch keine Erfolgsgarantie. Der quirlige Kanzleramtsminister Ehmke hat Willy Brandt mehr geschadet als genützt. Die Öffentlichkeit erwartet, daß der das Amt des Bundeskanzlers fehlerlos arbeitet, vor allem auch im schwierigen Umgang mit der „DDR". Kohl selbst dürfte daran ein erstrangiges Interesse haben.

Vogel löst in Polen zwiespältiges Echo aus

Warschau betont Äußerungen zur Grenzfrage / Menschenrechts-Komitee in Krakau

DW. **Warschau**

In Polen hat der Besuch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans Jochen Vogel ein zwiespältiges Echo gefunden. Die von Partei und Staat gelenkten Medien räumten ihm einen breiten Raum ein. So stellte die offizielle Nachrichtenagentur PAP heraus, Vogel habe Partei- und Regierungschef Jaruzelski versichert, daß die SPD die politischen und territorialen Realitäten in Europa als dauerhafte Grundlage des Friedens auf dem Kontinent respektiere.

Das offizielle Lob aber machte weite Teile der Bevölkerung auch mißtrauisch. Vogel fühlte sich als Gast der kommunistischen Partei und mied daher sowohl das Grab des von Sicherheitsbeamten ermordeten Priesters Popieluszko als auch den Kontakt mit Oppositionellen.

Noch problematischer wurden Äußerungen des SPD-Spitzenpolitikers empfunden, in denen er den Fall Popieluszko mit dem Terrorismus in westlichen Ländern verglich und von einem Nachdruck sprach, mit dem man die Täter verfolge. Der Unterschied zu Vorgängen im Westen, so die Kritiker Vogels, liege darin, daß hier ein Geistlicher Opfer von Vertretern seiner Obrigkeit – des Sicherheitsdienstes – wurde. Und ein anderes kommt hinzu: Mit einiger Sorge hat man in Warschau verzeichnet, daß in allen sowjetischen Veröffentlichungen über den Fall Popieluszko bisher jeder Hinweis darauf fehlt, daß die Täter zum Sicherheitsdienst gehörten. Offensichtlich, so wird vermutet, weben Kreml und Teile der polnischen Partei an einer Legende. Die Mörder des Priesters sollen als Handlanger westlicher Kräfte hingestellt werden, die zu „konterrevolutionären Tätigkeiten" ermunterten. Darauf deutete bereits die Erklärung von Regierungssprecher Urban hin, bei den Tätern seien amerikanische Banknoten gefunden worden.

General Jaruzelski war am Samstag von einem überraschenden Kurzbesuch in Budapest in die polnische Hauptstadt zurückgekehrt. Seine Gespräche mit Parteichef Kadar in Budapest galten, wie in Warschau bestätigt wurde, der Entwicklung der Lage in Polen. Auf seiner Rückreise mit dem Zug traf der General in der Slowakei mit dem Ersten Sekretär der slowakischen Kommunisten, Jozef Lennart, zusammen. Auch eine Reise Jaruzelskis in die „DDR" wurde für möglich gehalten.

Unterdessen hat sich in Krakau des Komitee zur Überwachung der Menschenrechte konstituiert. Es will, wie sein Sprecher Zygmunt Lenyk gestern sagte, öffentlich agieren. Lenyk sagte der Agentur Reuters: „Wir wollen eine Situation schaffen, in der in Polen das Gesetz respektiert wird, in der keine Gewalt angewandt wird." Falls die amtliche Presse die Berichte des Komitees nicht veröffentliche, werde man sie anderweitig publizieren. Zu den Unterzeichnern des Krakauer Dokuments zählen die „Solidaritäts"-Führer Mieczyslaw Gil und Stanislaw Handzlik.

Seite 2: Gegen die Arbeiter
Seite 8: Vogel warnt

SED-Funktionär Günter Mittag schwer erkrankt?

hrk. **Berlin**

Der wichtigste und kenntnisreichste „DDR"-Wirtschaftsmanager, Günter Mittag, soll schwer erkrankt sein und einen Herzinfarkt erlitten haben. Das SED-Politbüromitglied, das auch die für Ost-Berlin entscheidenden ökonomischen Kontakte zu Bonn steuert, trat seit geraumer Zeit nicht mehr öffentlich auf. Zuletzt fiel seine Abwesenheit vor allem beim Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Fred Sinowatz in Ost-Berlin auf. Bei dieser Gelegenheit war auch ein Wirtschaftsabkommen mit Österreich unterschrieben worden. In Anwesenheit von Honecker unterzeichnete Gerhard Beil, Staatssekretär im Außenhandelsministerium, die Urkunden.

Der 58jährige Mittag war in diesem Jahr der hochrangigste Ost-Berliner, der mit Bonner Spitzenpolitikern zusammentraf. Nach einem Abstecher zur Hannover-Messe im Frühjahr kam Mittag am 6. April sowohl mit Bundeskanzler Helmut Kohl als auch mit Franz Josef Strauß zu getrennten Gesprächen zusammen. Damals stand der für den Spätsommer fest vereinbarte Honecker-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland im Vordergrund.

Mittag galt seit längerer Zeit als der „geborene" Nachfolger für den kränkelnden Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph. Die Abwesenheit des „DDR"-Spitzenmannes war bereits bei Honeckers Finnland-Visite aufgefallen. Damals sei er, so besagen Quellen in Helsinki, zunächst als Mitglied der Staatsdelegation genannt worden. Später wurde sein Name gestrichen.

Stoltenberg: Ich schlage keine neue Abgabe vor

HH. **Bonn**

Auch die 1983 von Besserverdienenden gezahlte Investitionshilfeabgabe soll rasch und unbürokratisch zurückerstattet werden. Lohnsteuerzahler können unter Vorlage einer Bescheinigung ihres Arbeitgebers einen formlosen Antrag bei ihrem zuständigen Finanzamt stellen. Wer als Selbständiger jetzt einen Einkommensteuerbescheid vom Finanzamt bekommt, kann den Betrag der „Zwangsanleihe" abziehen oder gegenrechnen. Finanzminister Stoltenberg wird dazu am Montag einen zweiten Schnellbrief an seine Länderkollegen schicken.

Im ersten Schnellbrief war die Rückzahlung der Investitionshilfeabgabe 1984 geregelt worden. Sie kann mit der Lohnsteuer für das Novembergehalt verrechnet werden. (WELT v. 9.11.). Zinsen für die Zwangsanleihe werden nur jenen Steuerzahlern erstattet, die ein Verfahren angestrengt hatten, nicht bei Widerspruch oder Vorbehalt gegen die Abgabe.

Stoltenberg bekräftigte gestern im Deutschlandfunk, daß er „nicht den Vorschlag einer Ergänzungsabgabe" machen werde. Einschränkend fügte er allerdings hinzu, nach Auswertung des Karlsruher Urteils werde „zu prüfen sein, ob politische Kräfte der Koalition daraus Folgerungen ziehen".

Die Sozialausschüsse der CDU hatten eine Kompensation im Rahmen der Einkommensteuerreform zu Lasten der Besserverdienenden gefordert. Dazu Stoltenberg gestern: „Jeder kann seine Überlegungen und auch neue Gedanken in die Diskussion einführen."

Warnke wirft Äthiopien Fehlverhalten vor

KNA, **Bamberg**

Eine umfassende Diskussion über die Ursachen der Hungerkatastrophe in Äthiopien hält der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, nach Abschluß der laufenden Hilfsaktionen für dringend notwendig. Dabei gelte es, auch das „Fehlverhalten der äthiopischen Regierung" zu untersuchen, betonte Warnke am Wochenende bei einer Veranstaltung der Katholischen Landvolkbewegung der Erzdiözese Bamberg auf Burg Feuerstein. „Mit Fehlverhalten meine ich politisches Unvermögen, eine falsche Wirtschaftspolitik, die Vernachlässigung der Landwirtschaft und die Unfähigkeit, den Transport von Hilfsgütern im eigenen Land sicherzustellen", sagte Warnke. Er kündigte eine grundlegende Neuorientierung der Entwicklungspolitik an.

Gerüchte um Tod Ustinows blieben unbestätigt

DW. **Moskau**

In Moskau blieben auch gestern die Gerüchte und Mußmaßungen über den Tod eines Politbüro-Mitglieds unbestätigt. Weder Rundfunk noch Fernsehen gaben Programm-Änderungen bekannt oder spielten Trauermusik. In der sowjetischen Hauptstadt hatte es Aufsehen erregt, daß die traditionelle Militärparade zum 67. Jahrestag der Oktoberrevolution (7. November) auf dem Roten Platz nicht von Politbüro-Mitglied und Verteidigungsminister Marschall Dmitrij Ustinow (76), sondern von seinem Ersten Stellvertreter Marschall Sergej Sokolow abgenommen worden war. Es wird vermutet, daß der Marschall ernsthaft erkrankt sein könnte. Gegen einen Todesfall in der Kreml-Spitze sprach auch, daß der ungarische Ministerpräsident Lazar gestern nach Moskau reiste.

Israel will die Amal-Leute nicht freilassen

DW. **Jerusalem/Beirut**

Die israelische Regierung lehnt es nach den Worten von Kabinettssekretär Yossi Beilin ab, vier führende Mitglieder der libanesischen Schiiten-Bewegung Amal freizulassen, um damit die Fortsetzung der Verhandlungen über einen israelischen Truppenabzug aus Südlibanon zu ermöglichen. Beirut hatte die Verhandlungen am Samstag – zwei Tage nach ihrem Beginn – ausgesetzt, nachdem israelische Soldaten die Amal-Leute in der libanesischen Hafenstadt Sidon festgenommen hatten.

Das Kabinett habe über die Forderungen Beiruts nach Freilassung der vier nicht diskutiert, sagte Beilin. Es bestehe jedoch die Hoffnung, daß die Verhandlungen noch in dieser Woche wieder aufgenommen würden. Ihre Aussetzung sei möglicherweise nur eine taktische Maßnahme Beiruts.

Peres und Mubarak wollen zusammentreffen

Verbesserung der Beziehungen zwischen Israel und Ägypten

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Die seit fast drei Jahren „vereisten" Beziehungen zwischen Ägypten und Israel scheinen aufzutauen. Der ägyptische Geschäftsträger in Tel Aviv, Mohammed Bassiouni, seit der demonstrativen Abberufung des Botschafters Sa'ad Murtada der Chefrepräsentant seines Landes in Israel, sagte im israelischen Fernsehen: „Israel und Ägypten unterhalten Kontakte, um ein Treffen zwischen Präsident Mubarak und Premierminister Shimon Peres herbeizuführen. Wir sind überzeugt, daß ein solches Treffen erfolgreich sein wird."

Peres hat sich in dieser Angelegenheit schon fünf Mal mit Bassiouni getroffen. Das Jerusalemer Außenministerium bestätigte, daß der israelische Botschafter in Kairo, Moshe Sasson, in der vergangenen Woche einmal zu Besprechungen mit Außenminister Kamel Ali und einmal mit Ministerpräsident Ismet Abdel Meguid gebeten wurde. In den vorhergehenden sechs Monaten war es ihm nicht ein einziges Mal gelungen, einen Termin mit einem der beiden Politiker zu bekommen.

Die Verschlechterung in den Beziehungen zwischen Ägypten und Israel wurde durch den Libanon-Krieg zwar nicht ausgelöst, wohl aber verschärft. Nach seinem Amtsantritt im Jahre 1981 weigerte sich Mubarak, mit dem damaligen israelischen Premier Begin in Jerusalem zusammenzutreffen, weil der Besitz Jerusalems noch ein politisches Streitobjekt sei. Auf Geheiß der ägyptischen Regierung wurde dann der „Normalisierungsprozeß" mit Israel gedrosselt, der Handel fast ganz eingestellt und die Einreise ägyptischer Touristen nach Israel durch Einschüchterung fast auf Null gesenkt. Heute bestehen die Handelsbeziehungen fast nur aus der vertraglich vereinbarten Lieferung von Erdöl aus Ägypten an Israel. Der Touristenverkehr ist einseitig – von Israel nach Ägypten.

Die Wende in den Beziehungen hat Ministerpräsident Peres herbeigeführt, indem er sich entschlossen zeigte, Libanon sobald wie möglich zu räumen, sowie gewisse Erleichterungen im Zivilleben der palästinensischen Bevölkerung in Westjordanien zu schaffen.

In Seoul will die „DDR" dabeisein

DW. **Mexiko-Stadt**

Die „DDR" will 1988, vier Jahre nach dem Boykott von Los Angeles, nicht noch einmal den Olympischen Spielen fernbleiben, sondern hat sich auf „höchster politischer Ebene" zu einer Teilnahme an den Spielen in Seoul entschlossen. Diese Mitteilung machten übereinstimmend Sportfunktionäre des Ostblocks nach der am Wochenende in Mexiko-Stadt zu Ende gegangenen Sitzungsserie olympischer Gremien. Mit einer solchen Haltung würde die „DDR" die Linie der Sowjetunion verlassen, die es offengelassen hat, ob sie an den Spielen in Seoul teilnehmen wird.

Der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der „DDR", Manfred Ewald, ließ in Mexiko das starke Interesse der „DDR" an einer Teilnahme 1988 nur indirekt erkennen. Verbal bemühte er sich, keine Unterschiede zur sowjetischen Haltung deutlich werden zu lassen. Er zeigte sich mit der Sowjetunion einig in der Ablehnung der Abschlußerklärung. Der mexikanische Präsident der Vereinigung der NOK, Vazquez Rana, hatte verkündet, sie sei angeblich von allen 152 NOK gebilligt worden; damit habe sich auch die UdSSR zur Teilnahme an den nächsten Olympischen Spielen verpflichtet. Ewald erklärte übereinstimmend mit dem sowjetischen Sportminister und NOK-Präsidenten Marat Gramow: „Wir haben diese Deklaration nicht akzeptiert, und wir sind nicht einverstanden mit dem, was sie aussagt."

Tatsächlich hatte es Rana erreicht, die NOK-Delegierten zur Annahme einer 22 Punkte umfassenden Deklaration zu bringen. Auf seine Frage, ob die Versammlung das Papier annehme, hatte sich kein Widerspruch erhoben. Dazu sagte der Vize-Präsident des NOK für Deutschland, August Kirsch: „Formal haben Gramow und Ewald mit ihrer Kritik nicht recht. Inhaltlich ja."

Im Ostblock scheint es bisher noch keine verbindliche Sprachregelung über die Vorgänge in Mexiko-Stadt zu geben. In der knappen Berichterstattung wird Seoul nicht einmal erwähnt. In der „DDR"-Presse wurde bis gestern über die Ergebnisse der Sitzungen in Mexiko überhaupt nichts veröffentlicht.

Die „DDR" hatte ihren Willen, an den Spielen in Südkorea teilzunehmen, bereits am 19. Oktober in Prag bei einem Treffen von Spitzenvertreter des Ostblock-Sports bekundet. Unter dem Hinweis auf den unabsehbaren Schaden, den ein zweiter Boykott innerhalb von vier Jahren anrichten würde, sei die Olympia-Teilnahme für die „DDR" von größter Wichtigkeit, sagte ihr Vertreter. Nach Informationen aus Ostblock-Kreisen sprach er auch die umfangreichen Garantien an, die Seoul offenbar den sozialistischen Ländern gegeben hat. Danach wird nicht nur die Sicherheit aller Teilnehmer garantiert, sondern es werden auch Demonstrationen jeder Art und die Veröffentlichung unfreundlicher Kommentare in den Medien ausgeschlossen.

E

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gegen die Arbeiter

Von Carl Gustaf Ströhm

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat es schon manchesmal fertiggebracht, in der Öffentlichkeit eine unglückliche Figur zu machen. Was allerdings auf dem Gebiet der Innenpolitik als Skurrilität hingehen mag, wird in der Außenpolitik und besonders in den Ost-West-Beziehungen zu einer gefährlichen Fahrt ins Blaue.

In Warschau tat sich der erste Mann der SPD im Bonner Parlament durch undifferenzierte Lobpreisungen des Jaruzelski-Regimes hervor. Gleichzeitig hielt Vogel es für richtig, von polnischem Boden aus Polemiken mit innenpolitischen Gegnern in Bonn – den „Konservativen" – vom Zaun zu brechen. Das ist nicht nur eine Geschmacks-, sondern eine Stilfrage.

Bisher galt in parlamentarischen Demokratien stets die Regel, nicht das Ausland – und vor allem nicht den Boden eines kommunistischen Staates – für innenpolitische Auseinandersetzungen zu benutzen. Es geht hier nicht darum, was Vogel in der Frage der deutschen Ostgrenzen für richtig hält. Wer als demokratischer Politiker seine innenpolitischen Süppchen auf dem kommunistischen Feuer kochen will, muß sich daran erinnern lassen, was Lenin über die nützlichen Idioten sagte.

Es ist erstaunlich, daß einer der wichtigsten Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie – jener Arbeiterbewegung, die *sich so viel darauf zugute hält, für die Befreiung der arbeitenden* Menschen, für Menschenrechte, Gewerkschaftsrechte und Demokratie gekämpft zu haben – in Warschau nicht ein einziges Signal der Sympathie und der Solidarität mit den verbotenen unabhängigen Gewerkschaften Polens setzte. Einen Besuch am Grab des ermordeten Arbeiterpriesters Popieluszko lehnte Vogel mit der geradezu Metternichschen Formulierung ab, er wolle keine Schwierigkeiten machen. Übrigens: Einige Tage zuvor hatte ein in Warschau weilender Minister der britischen Regierung Thatcher einen solchen Besuch gemacht und sogar Blumen am Grab niedergelegt. Die britisch-polnischen Beziehungen sind darüber nicht zusammengebrochen.

Die Warschau-Reise hat gezeigt, daß es dem SPD-Fraktionsvorsitzenden zumindest in der Ostpolitik am nötigen Augenmaß fehlt. Das aber ist eigentlich das Schlimmste, was über einen Politiker gesagt werden kann.

Spiel am Fernsehschirm

Von Enno v. Loewenstern

Was die Ministerpräsidenten der Union für ein Spiel um den geplatzten Rundfunk-Staatsvertrag veranstalten wollen, ist noch nicht ganz klar; bei Unionspolitikern muß man ja immer die Möglichkeit einkalkulieren, daß sie sich vorgenommen haben, etwas besonders Schlaues zu inszenieren, das den politischen Gegner aber diesmal endlich dumm aussehen lassen wird. Wie gewöhnlich, wenn Politiker trickreich werden, sieht ihr Manöver nicht trickreich, sondern dumm aus, oder vielmehr, es sieht nicht nur so aus.

Die Länderchefs der Union scheinen zu glauben, daß sie den Beweis schuldig sind, es gut mit dem öffentlich-rechtlichen Funk zu meinen. Oder, anders formuliert: daß die Wähler verzückt in die Hände klatschen und der Union lobsingen werden, wenn ihnen vor Augen geführt wird, daß SPD und Union einen Staatsvertrag geschlossen haben und daß es nun die SPD(-„Basis") ist, die diesen Vertrag schnöde bricht, während die Christen pacta sunt servanda sagen.

Die Wähler schätzen den Staatsvertrag von Bremerhaven mit Sicherheit als eine Idiotie ersten Ranges ein, nicht nur diejenigen, die sich tiefschürfend mit Medienrechtsfragen befassen, sondern alle, die sich über die linke, staats- und systemfeindliche Agitation des Monopolfunks Tag für Tag ärgern und sich fragen, wann denn endlich bürgernaher, freier Funk dem freien Wettbewerb gestellt wird. Die Idee, daß die öffentlich-rechtlichen Kämpfer für die konkrete Utopie vom Bürgerwillen freigestellt und mit einer Existenzgarantie gesegnet werden sollen, wie sie kein Schuhmacher und kein Milchhändler hat, ist nicht nur absurd, sie ist verfassungswidrig.

Was die Union-Länderchefs veranlaßt hat, sich auf diesen Leim locken zu lassen, was sie jetzt hindert, nach dem erfreulichen Vertragsbruch seitens der SPD einen Neuanfang in freiheitlichem, verfassungsgemäßen Sinn anzupacken, diese Frage wird die Union verfolgen. Nicht jeder Bürger ist ein Verfassungstechniker, der seinen geistigen Führern von A bis Z, von Albrecht bis Zeyer, Nachhilfeunterricht in Rundfunkfreiheit *geben kann. Aber so ziemlich jeder Bürger spürt, was Feigheit* vor dem Feind ist.

Nordelbische Redlichkeit

Von Detlev Ahlers

Evangelische Pastoren *rufen zum* Rechtsbruch *auf. In einem* Brief an alle nordelbischen Gemeinden schreiben 26 Pastoren, sie wollten „konkrete Handlungsschritte aufzeigen", „jede Form von Kriegsdienst zu verweigern". Eltern sollen die Jugendoffiziere aus den Schulen vertreiben, *weil sie „Feindbilder* wecken"; Straßenbauvorhaben soll man sich widersetzen, wenn sie militärisch nützen; Krankenhauspersonal soll Veranstaltungen der „Kriegsmedizin" boykottieren – und so weiter. Sie rufen zum *„bürgerlichen Ungehorsam" auf, das ist* „Gesetzesbruch mit politischem Zweck", wie Pastor Benedict, einer von ihnen, erläutert.

Dieser Brief kann in Nordelbien, wo sich Bischof Krusche väterlich schützend vor die seltsamsten Anarcho-Eskapaden in seinen Gemeindehäusern stellt, niemanden mehr wundern; dort herrscht statt geistlicher Führung politische Narrenfreiheit im Talar.

Die sechsseitige Epistel ist dennoch interessant zu lesen, weil sich in ihr ein Trend offenbart, der jüngst auch in einem Beschluß des ÖTV-Gewerkschaftstages deutlich wurde: Die Friedensbewegten schreiben nicht über einen Verteidigungsfall, sondern nur, quasi wertfrei, über Krieg. Das Wort Verteidigung kommt nicht mehr vor. So wird der Gedanke vermieden, was denn zu tun sei, wenn wir angegriffen werden. Krieg ist, wenn Soldaten kämpfen, und das wollen die Friedensbewegten nicht; ganz gleich, wofür.

Grundlage der ÖTV und der Pastoren ist die Behauptung, daß wegen der Existenz von Atomwaffen der erste Schuß des nächsten Krieges hier automatisch der Beginn des Weltunterganges sei. Aber zumindest Pastoren *sollten wissen, wer diesen* Zeitpunkt bestimmt. So entsteht der Eindruck, daß mit dem Horrorgerede vom Weltuntergang jede sachliche – redliche – Diskussion darüber abgewürgt werden soll, ob ein sowjetischer Einmarsch *in Kauf genommen* oder eben doch durch Verteidigungsbereitschaft abgeschreckt werden soll. Über solche Fragen gehen die Pastoren hinweg – bewußt? Sind sie der Meinung, daß damit „Feindbilder geweckt" würden?



„Hier wohnt ein reicher Mann . . ." KLAUS BÖHLE

Freundlicher Herbst

Von Günther Bading

Das Ergebnis der diesjährigen Tarifrunde für den öffentlichen Dienst ist respektabel zu nennen. Für beide Seiten. Die öffentlichen Arbeitgeber können mit den zusätzlichen Kosten des jetzt vereinbarten Abschlusses – 8,5 Milliarden anstelle der 23 Milliarden, die die ÖTV-Forderung insgesamt ausgemacht hatte – „prächtig leben" (Zimmermann). Und die Gewerkschaften können sich zugute halten, daß die Arbeitgeber sowohl beim Geld als auch bei der Arbeitszeit haben nachgeben müssen. Positives Ergebnis aus gesellschaftspolitischer Sicht: Die Ideologie blieb auf der Strecke.

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat die Gewerkschaften einmal davor gewarnt, sich in der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung in zwei Lager spalten zu lassen: hie die „vernünftigen" Organisationen mit einem realistischen Ansatz wie Vorruhestand oder Jahresarbeitszeitverkürzung in Maßen und in Stufen, da die verbissen um die 35-Stunden-Woche (später: um den Einstieg dazu) kämpfenden „Unvernünftigen". Legt man diese Unterscheidung zugrunde, so ist die ÖTV auf dem besten Wege, mit ihrem Stufenplan der zwei freien Tage pro Jahr, zunächst nur für ältere Arbeitnehmer und erst in drei Jahren für alle Beschäftigten, ins Lager der Vernunft und der Realitätsbezogenheit zurückzukehren.

Erleichtert wurde dies wohl durch das geschickte Angebot von Verhandlungsführer Zimmermann bei der Einkommenskomponente des Tarifvertrages. 2,8 Prozent mehr Lohn und Gehalt als Einstiegsangebot – das nahm den Gewerkschaftern den Atem. Schließlich hatten sie damit *gerechnet, gegen eine „Nullrunde"* kämpfen zu müssen. Mit dem Abschluß von jetzt 3,2 Prozent für ganz 1985 und 240 Mark als Einmalbetrag für die restlichen vier Monate dieses Jahres erreichen die Arbeitgeber ein wichtiges Ziel: das ständige Lamentieren der Gewerkschaften und des Beamtenbundes (der Tarifabschluß soll mit Geld- und Arbeitszeitveränderungen auf Beamte und Soldaten übertragen werden) über einen „Nachholbedarf" der Staatsdiener im Vergleich mit der Entlohnung in der Wirtschaft entbehrt künftig jeder Grundlage. Diese Schere wurde jetzt geschlossen.

Die eigentliche Machtprobe in den diesmal wohl zu recht mit der klischeehaften Vokabel „zäh" belegten Verhandlungen ging nicht ums Geld, sondern um die Arbeitszeit. Die starken Töne der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies auf ihrem Gewerkschaftstag im Juni und wenig später im Gewerkschaftsrat der SPD hatte man noch im Ohr, als die Verhandlungen begannen. So mancher Vorsitzende anderer Gewerkschaften hatte den Eindruck, ihm sei quasi Nachhilfeunterricht angeboten worden. Die ÖTV würde es schon vorexerzieren, wie man mit Solidarität auf roten Lippen und roter Fahne endlich die 35-Stunden-Woche erzwingt und damit die gröbste Arbeitslosigkeit beseitigt. Von „Kampftruppen" war da die Rede und vom heißen Herbst.

Der aber blieb kühl, so kühl wie Verhandlungsführer Zimmermann, der die Stimmung des Gewerkschaftstages der ÖTV wohl besser eingeschätzt hatte als die Vorsitzende selber. Die Mehrzahl der ÖTV-Mitglieder *rangiert* mit ihren Löhnen und Gehältern am unteren Rand der Einkommensskalen des öffentlichen Dienstes. Diese Gewerkschafter – *und das sind eben die von Heinz* Kluncker zu Arbeitskampf-Bataillonen geschmiedeten Gruppen der Müllmänner, der Bus- und Straßenbahnfahrer, der Arbeiter in den Elektrizitäts- und Wasserwerken – sie alle wollten schlicht mehr Geld. Vor allem, weil sie in der Vergangenheit ein „Sonderopfer" gebracht hatten. Auch dem haben die öffentlichen Arbeitgeber Rechnung getragen, als sie mehr als nur den Inflationsausgleich anboten.

Die Spitze der ÖTV allerdings ließ sich auf dem Gewerkschaftstag nur allzugern von den überrepräsentierten „Stehkragen-Gewerkschaftern" (die Arbeiter stellen nur ein Viertel der Delegierten) auf ideologische Linien festlegen. Ihnen ging es um gesellschaftliche Machtverhältnisse und nicht um das Haushaltsgeld in den Arbeiterfamilien.



Eine Lösung, mit der beide leben können: Frau Wulf-Mathies, Zimmermann FOTO: DPA

Seit dem „honorablen" (Zimmermann) Geld-Angebot schon in der zweiten Verhandlungsrunde war jedoch klar, daß die auf dem ÖTV-Kongreß unterrepräsentierten „Kampftruppen" nicht mehr zum Streik gerufen werden konnten. Arbeitskampf für vielleicht einen zusätzlichen freien Tag ab 1987 und dafür mehr als drei Prozent Lohnzuwachs aufs Spiel setzen? Das war undenkbar.

Ebensowenig konnte die ÖTV-Vorsitzende in die Schlichtung gehen. Denn sie hatte guten Grund zu der Annahme, daß der in diesem Jahr stimmberechtigte Schlichter Hermann Höcherl den Tarifparteien als Arbeitszeitverkürzung eine Vorruhestandsregelung vorgeschlagen hätte. Genau das aber mußte die ÖTV-Chefin vermeiden. Denn die Tarifgemeinschaft der Angestellten des öffentlichen Dienstes unter Führung der mit der ÖTV konkurrierenden Angestelltengewerkschaft (DAG) hatte für dieses Jahr diese Verkürzung der Lebensarbeitszeit gefordert. Und die DAG hatte eindrucksvoll vorgerechnet, daß damit – selbst bei einer Akzeptanz von nur fünfzig Prozent – rund fünfzigtausend Arbeitsplätze zu schaffen seien.

Frau Wulf-Mathies war auf den guten Willen des Innenministers angewiesen. So verhandelte sie zwar zäh, aber ohne die Möglichkeit, mit Abbruch, Streik oder Schlichtung drohen zu können. Mit dem Abschluß wird sie dennoch gut leben können. Sie sollte sich nur davor hüten, ihr Rechenexempel vom Einstieg in die 35-Stunden-Woche vor den eigenen Leuten zu wiederholen. Die Forderung der ÖTV nach zehn freien Tagen im Jahr war nicht als Verkürzung der Jahresarbeitszeit, sondern – rechnerisch – als Forderung nach der 38,5-Stunden-Woche dargestellt worden. Die Rechnung stimmt. Richtig ist dann aber auch, daß die Staatsdiener ab 1987, wenn sie zwei (statt zehn) freie Tage jährlich bekommen, pro Tag ganze 3,6 Minuten weniger arbeiten werden.

IM GESPRÄCH Herbert Fleissner

Solschenizyn bis Kishon

Von Rose-Marie Borngässer

Seit langem ist der Buchhandel nicht mehr mit einer solchen Nachricht aufgescheucht worden wie der über das künftige Zusammengehen der großen deutschen Verlagsgruppen Ullstein/Propyläen und Langen-Müller/Herbig. Zum 1. Januar 1985 ist die Gründung eines gemeinsamen Firmendachs zu gleichen Teilen vorgesehen. Sitz der Gesellschaft wird Berlin sein.

Geschäftsführer der neuen Dachgesellschaft wird Herbert Fleissner. Wenn hierzulande von Verlegern die Rede ist, fällt häufig die gleiche Klappe. Dahinter erscheint sein Name. Sein Selbstbewußtsein und sein gelegentlich präpotentes Auftreten mögen Spötter reizen und Gegner erzürnen, doch es hilft nichts: Er ist wer und das weiß er.

Wie viele, die nicht Erben, sondern Eroberer sind, strahlt Fleissner Zufriedenheit aus. Der am 28. Juni 1928 in Eger/Sudetenland Geborene ist promovierter Journalist. Er war zunächst als Verleger in der Vertriebenenpublizistik tätig. Doch Fleissners Streben zielte weiter; der zutiefst konservative Mann träumte einen großen Verleger-Traum.

Zeitumstände begünstigten sein Vorhaben. 1966 übernahm er den Herbig-Verlag, den er von Berlin nach München verlegte, und wenige Monate später konnte er auch den traditionsreichen Münchner Verlag Langen-Müller auf seine Habenseite verbuchen.

Auf diesem soliden Fundament, zu dem so renommierte Autoren wie Kishon, Fernau, Solschenizyn, Barbara Noack und Qualtinger gehören, aber auch die Werke von Knut Hamsun, Jacob Wassermann, Frank Wedekind und Friedrich Torberg, konnte Fleissner nun systematisch aufbauen. Er vermochte es, seinen Verlag zu vergrößern, ohne dabei seine Leitlinien zu vernachlässigen. Mittlerweile gehört ihm ein gutes Dutzend Verlage. Aber nicht nur, daß das Errungene bewahrt wurde – von Fleissners Verlagsgruppe gingen auch neue geistige Impulse aus. So von seinen 1978 aus der Taufe gehobenen „Langen-Müller-Paperbacks", einer konservativen Reihe. Nach dem Rezept seines nicht abreißenden Erfolges gefragt, antwortete dieser Verleger einmal: „Wo andere es mit Geld versuchen, mache ich es mit Kooperation." Für Fleissner bietet die jüngste Verbindung eine neue Chance: er erhält im *Ullstein-Taschenbuch*verlag direkten Zugang zur Taschenbuchproduktion, braucht also seine Titel nicht mehr über Lizenzen an andere Taschenbuchverlage zu vergeben.



Bequem ist er sicher nicht: Fleissner FOTO: HEINZ WIESELER/DPA

Bequem ist dieser Verleger sicherlich nicht. Doch seine Art, im Kern immer beinharte Verlagspolitik zu betreiben, ist gemildert durch seine unbefangene Jugendlichkeit, die sich Fleissner in gepflegter Grauhaarigkeit erhalten hat. Gegen Vorurteile hat er sich abgeschottet: „Ich lebe doch nicht von den Vorurteilen der Leute, sondern vom Verkauf meiner Bücher."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung bemerkt zu Reagans Wiederwahl:

Anstatt Präsident Reagans Erdrutschsieg mit einem satten Kursanstieg zu feiern, registrierte der US-Rentenmarkt einen Kursverfall, der Dollar fiel auf sein niedrigstes Niveau seit Sommer, und der Dow-Jones-Industrieindex schien seinen ganzen Antrieb verloren zu haben ... Wenn Mr. Reagan sich von seinem Wahlsieg in der Überzeugung bestärken läßt, daß keine Notwendigkeit für radikale Schnitte bei den Haushaltsdefiziten bestehe, dann wird die *Gefahr* internationaler Wirtschaftsinstabilität in den kommenden Jahren wachsen. Gleichzeitig wird das Wachstum der US-Wirtschaft *durch hohe Zinssätze* und einen überbewerteten Dollar oder durch einen Vertrauensverlust und die Inflationsgefahr abgewürgt werden.

ПРАВДА

Das sowjetische Parteiorgan wirft den USA vor, Nicaragua zu provozieren:

Washington verbreitet verstärkt Gerüchte, daß die Sowjetunion angeblich mit den Lieferungen von MiG-Kampfflugzeugen nach Nicaragua begonnen hat. Die Regierung der (nicaraguanischen) Republik hat diese verleumderischen Erfindungen kategorisch widerlegt ... Die Republik Nicaragua hat, wie von ihren Führern in diesen Tagen erklärt wurde, das unveräußerliche Recht, ihre Verteidigung zum Schutze der Errungenschaften der *Revolution*, ihrer Freiheit und ihrer Unabhängigkeit zu stärken.

WIESBADENER TAGBLATT

Es kritisiert den sozialen Wohnungsbau:

Der soziale Wohnungsbau, in den Aufbaujahren unserer Republik für Millionen Obdachlose eine Wohltat sondergleichen, gerät mehr und mehr zum öffentlichen Ärgernis. *Kritik*, ja Protest kommt zunehmend aus dem wachsenden Kreis minderbemittelter Familien, Alter, Arbeitsloser oder Kinderreicher, die das Angebot einer funkelnagelneuen Sozialwohnung ausschlagen müssen, weil sie sich diese Mieten einfach nicht leisten können. Die älteren, billigeren Sozialwohnungen *sind jedoch häufig* von mittlerweile gutbetuchten Mietern blockiert, die „anzuzapfen" bisher kaum eine Gemeinde den Mut gefunden hat.

Westfälische Nachrichten

Die Münstersche Zeitung kommentiert von Weizsäckers Besuch in Frankreich:

Bei *diesem* ersten Staatsbesuch Richard von Weizsäckers in Frankreich ist man in besonders eindrucksvoller Weise daran erinnert worden, daß das deutsche Volk mit seinen Bundespräsidenten bisher immer Glück gehabt hat. Von Weizsäckers natürliches, gemessenes Auftreten hat während dieser fünf Tage sicherlich dazu beigetragen, das Bild eines politisch zuverlässigen Deutschland zu festigen.

SÜDKURIER

Er schreibt zur Situation in der Prager Botschaft:

Wer immer in Bonn oder in der Hauptstadt der DDR über Lösungsmöglichkeiten nachdenkt, sollte die Gründe für die verzweifelten Fluchtaktionen berücksichtigen. Ost-Berlin hat die vorübergehend liberalere Ausreisepraxis eingeschränkt. *Und in* den Gefängnissen der DDR werden politische Häftlinge wieder von Kriminellen gequält wie in den Konzentrationslagern der Nazis. Den Ausweg muß also die SED-Spitze finden – auch wenn es gegen ihre Prinzipien geht.

Das Alibi vom Schauspieler verfängt nicht

Der wirklich Besiegte bei den Wahlen der USA war das Fernsehen / Von Günter Friedländer

Am Tag nach den Wahlen sagte ein enttäuschter Mondale vor den *Fernsehkameras, er habe die Wahl* durch das Fernsehen verloren: „Ich bin nicht für dieses Medium geeignet, und es ist nicht für mich geschaffen." Das mag Unentwegte in der Demokratischen Partei trösten, wird deshalb aber nicht richtig. Bisher ist Hodding Carter, ein Sprecher der Carter-Regierung, noch ziemlich al*lein, wenn er sagt, daß die Demokra*tische Partei die Beziehung zur Wirklichkeit verloren hat. Zum mangelnden Wirklichkeitssinn gehört auch der Versuch, dem Fernsehen die Schuld an ihrem Debakel anzukreiden.

Gerade das Fernsehen drohte Reagans Siegeslauf zu unterbrechen. Während der ersten Fernsehdebatte enttäuschte ein nervöser, oft lange nach Worten suchender Ronald Reagan selbst treue Anhänger. Zum ersten *Mal* kam die Frage auf, die vorher niemand gestellt hatte: ob das Alter (73 Jahre) dem Präsidenten noch die schwere Last von vier weiteren Jahren erlaubte. Diese Frage beantwortete auch die zweite und letzte *Debatte nicht, als Reagan sich in sei*nen Schlußworten so verlor, daß ihm der Moderator nach den erlaubten vier Minuten das Wort abschnitt. Hundert Millionen Zuschauer an den Bildschirmen erfuhren nie, was ihr Präsident hatte sagen wollen. Aber das spielte keine Rolle mehr, als die Meinungsforscher zu ihrer Überraschung feststellten, daß die Wählerschaft sich vom Fernsehauftritt der beiden Kandidaten nicht beeinflussen ließ. Warum also die Klage der Demokraten, das Fernsehen habe Mondale besiegt?

Die Behauptung gefällt allen, die sich einreden wollen, Mondale habe auf alles die richtigen Antworten, aber Reagan *sei eben ein* Schauspieler, der seine (falschen) Antworten besser vorträgt. Sie fügen oft recht unlogisch hinzu, er sei (in Hollywood) ein schlechter Schauspieler gewesen, als ob für sie ein guter Schauspieler als Präsident akzeptabel sei. Daß der Mut zu einem Berufswechsel nach einem erfolgreichen Erstberuf (50 Filme in 25 Jahren) etwas Positives ist, wird ebenso vergessen wie Reagans hervorragende *Laufbahn* als Gewerkschaftsführer und Politiker: Er wurde zweimal Gouverneur von Kalifornien, das viele für den „liberalsten" Staat der USA halten.

Der Fall liegt jedoch noch viel klarer. Vier Jahre hindurch hat das amerikanische Fernsehen in seiner meistgesehenen Sendung, den dreißig Minuten Abendnachrichten, Reagan pausenlos verfolgt. Als die an den Folgen der Carter-Zeit leidende Wirtschaft stagnierte, wurden täglich arme Leute als Opfer der „Reaganomics" – wie die Wirtschaftspolitik des Präsidenten höhnisch genannt wurde – vorgeführt. Als die Wirtschaft später auf Hochtouren ging, kamen nach den guten Zahlen unweigerlich die Worte: „Aber für Mr. Soundso in (es folgte der Name einer amerikanischen Kleinstadt) hat sich nichts geändert", die weitere Greuelgeschichten über die Armut in Amerika einleiteten. Ebenso unermüdlich griff man Reagans Außenpolitik an, Abend für Abend, vier Jahre lang.

Das Fernsehen folgte einem Lehrsatz amerikanischer Massenmedien: Schlechte Nachrichten verkaufen sich besser als gute. Aber schlechte Nachrichten in der Presse erscheinen oft anonym und werden vielleicht deshalb schnell vergessen. Am Fernsehen werden sie mit der vortragenden Person aus dem Kreis der meist ultraliberalen Fernsehsprecher identifiziert, deren Selbstherrlichkeit viele Amerikaner zunehmend verärgert. In dem soeben erschienenen Buch „Daß schlechte Nachrichten gut (verkäuflich) sind, ist falsch", kommt der Autor Ben Wattenberg zu dem Ergebnis, daß negative Nachrichtenkampagnen demoralisierend wirken. Reagan nutzte das geschickt aus, als er Mondale als den „Kandidaten des jüngsten Gerichts" *geißelte* und sich als einen zukunftsbejahenden Mann zeigte.

Wohl deshalb beeinflußte die Treibjagd gegen den Präsidenten die Wähler nicht. Das Fernsehen konnte nicht verhindern, daß sie Reagan den größten Wahlsieg gaben, den die amerikanische Geschichte kennt. Dabei ist durchaus nicht alles falsch, was man vom Einfluß des Fernsehens sagt.

Ironischerweise üben wirklichen Einfluß, wie Fachleute sagen, die verachteten „Commercials", die bezahlten Anzeigen, aus. Die *Zeitschrift* „Time" schildert, wie eine erstklassige Mannschaft von Propagandisten für Reagan eine eindrucksvolle, abgerundete Kampagne von Fernsehanzeigen unter dem Motto „Erfolgreiche Führerschaft" plante, während Mondales Kampagne keinen Leitsatz hatte und unorganisiert wirkte. Gewiß muß man Amerika *zugute* halten, daß es dort kein Fernsehmonopol gibt. Dennoch haben die Fernsehgewaltigen sich ziemlich übereinstimmend bemüht, Reagan in ein schlechtes Licht zu rücken. Daß er sich dennoch durchsetzte, war gerade nicht ein Sieg der Schauspielerei, sondern ein Sieg der Persönlichkeit, des Seins über den Schein. Irgendwo *steckt* darin schon auch eine Lehre für jene deutschen Politiker, die im Feuer der Kampagnen des deutschen Monopols stehen.



„Zurück zur Zukunft Amerikas. Können Sie das verstehen?"

Amerika nach der Wahl. Eine Momentaufnahme aus Georgetown, Gespräche mit jungen Leuten und eine Überraschung: Konservativ, das heißt auf amerikanisch heute nach vorne gewandt.

Von HERBERT KREMP

In Washington-Georgetown, ganz alt, sehr vornehm, wo George Washington seine Geschäftsfreunde besuchte und die Kennedys in ihren feinen Kneipen saßen und Scallops aßen – in Georgetown hat man ja wohl die Demokraten gewählt. Das sei falsch, sagt der Punk mit dem Hahnenkamm in Orange, neben den ich mich an die Bar geklemmt habe. Er trinkt etwas aus einem Glas, das nur aus Eis besteht. „Da liegen Sie falsch", wiederholt er. „Mondale? Nie. Der hat auf uns eingeredet wie ein Schulmeister. Aber wir wollen keinen Schulmeister. Nicht mein Typ, o. k.?"

Ein konservativer Punk – so etwas habe ich noch nie gesehen. Und keiner guckt ihn komisch an. An der Bar, rund wie ein Ei, man wird sozusagen aus dem Dotter bedient, sitzen Studenten von der nahen Universität, ein paar Geschäftsleute, eine Dame in Jeans, die in einem Taschenbuch liest, ein drolliges, altes Ehepaar – sie trinkt, er schaut –, und drei Jungen, die alle den „Manager" sprechen wollen. Sie suchen Jobs. Draußen auf der Visconsin-Avenue lärmen die Busse. „If you smoke: Try Carlton", steht auf dem einen. Auf dem anderen „Unmistakably. Care free". „Was soll das heißen", frage ich die Jeans-Dame mit dem Buch. Sie schaut mich an und sagt: „Sie sind wohl ein Schwede aus Chicago?"

„Warum ich Reagan gewählt habe? Because I'm proud. I'm happy to be an American. Das Land hat sich verändert. Ich war gegen den Vietnam-Krieg, wissen Sie. Aber ich will nicht, daß die Sowjets in Nicaragua MiG's aus ihrem Schiff auspacken. Ich will es nicht. Das ist unser Hinterhof. Die sollen verschwinden mit ihrem Schiff. Warum ich ihn wählte? Wir Amerikaner sind ein gutes Volk. Nach Jahren der Mißgefühle. Wir sind wieder was. Wir brauchen die Welt nicht. Wir brauchen nicht die Japaner. Die merken das allmählich. Und noch etwas: Wir leben nicht mehr in der Vergangenheit. Wir leben in Gegenwart und Zukunft. Wir wollen vorankommen. Die Kennedys, wissen Sie, die wollten mehr für die Schwarzen, die Armen und die Frauen tun. Auch Carter. Aber die Leute hier haben gemerkt, daß uns das nicht vorwärtsbringt. Jeder kämpft für sich selber. Man darf die Hände nicht zu weit ausstrecken."

Sie klappt das Buch zu und lacht mich an. Auf der Rückseite ist eine Pelz-Reklame gedruckt: „Revillon. Style beyond fashion luxury beyond riches. Revillon." Der erste wartende Junge, schlank und schwarzer Haarbusch, offenbar italienisch geboren, steht auf, als der Manager auf ihn zugeht. Er ist aufgeräumt, obwohl er mehr als eine Stunde gewartet hatte. Er scheint so glücklich, als habe Kafka ein Zimmer mit Tür gefunden. „Ich kann sehr gut servieren, wann immer und so lange Sie wollen. Sie werden zufrieden sein." Der Manager mustert ihn kühl. „Ja, ich mache es mit Ihnen zunächst drei Tage. Wenn es nicht klappt – the next door. Kommen Sie mit, ich brauche Ihre Personalien."

Die zwei anderen warten weiter. „Sie wollen einen Job", frage ich. „Ja, und Sie werden sehen, daß wir ihn kriegen." Sie sitzen optimistisch auf dem Barhocker und haben es abgelehnt, sich etwas bringen zu lassen. „Ich studiere internationale Politik hier an der Georgetown-Universität, das ist alles sehr teuer", sagt der eine. „Ich muß was verdienen, die Eltern haben nicht viel." Ich bestelle Kaffee für die zwei und für mich. „Was halten Sie von dem Sowjetschiff vor Nicaragua?" „Nichts", sagt der eine, „es muß weg." „Sie haben Reagan gewählt", frage ich weiter. „Ja, die meisten jungen Leute hier. Bei dem wissen wir, woran wir sind." Der Kaffee kommt. Die beiden sind höflich, aber sie sagen nicht „thank you". Sie sagen „mhm".



Der älteste aller US-Präsidenten hat junge Bewunderer: Siegesfeier für Reagan in Washington

FOTO: JUDY SLOAN/STUDIO X

Das drollige alte Ehepaar geht. Sie hat genug, er braucht offenbar nichts. Eine Bedienung springt hinter der Bar vor und reißt die Tür zur Visconsin-Avenue auf. Während die alte Dame an ihrem Mantel herumnestelt und etwas sucht, zieht scharfe, kalte Luft herein. Draußen ist es nur drei Grad. „Können Sie, bitte, die Tür zumachen", ruft ein Gast. Die Bedienung lächelt und läßt die alten Leute raus. „Entschuldigen Sie, bitte", sagt sie dem Gast. Der macht eine Handbewegung.

„Wissen Sie, wie das mit den Wahlen war", sagt der junge Student. „Die Demokraten hatten eine Koalition: Die Schwarzen, die Hispanos, die Gewerkschaften, die Intellektuellen, die Armen und noch ein paar andere. Diese Koalition ist tot. O. k., nicht im Kongreß, dort lebt sie noch. Aber das Weiße Haus bekommt sie nicht mehr. Das ist aus. Die Demokraten müssen sich etwas grundsätzlich Neues überlegen, sonst werden sie wie die Labour Party. Übrigens", sagt er lachend, „how are your Greens?" „Ja", antworte ich lachend, „sie sind grün, bis es Herbst wird." Der Manager unterbricht uns. „Kommen Sie mit", fordert er den Studenten der internationalen Politik auf. Er steht langsam auf und sagt: „Mhm".

„Wir kriegen wieder jobs", erklärt der letzte Wartende, „man muß nur den Willen haben, alles anzunehmen und es gut zu machen. Aber das war nur einer der Gründe, warum wir Reagan gewählt haben, und wir haben nicht nur materielle Gründe. Mein Großvater kam zur Roosevelt-Zeit aus Frankreich. Er mußte dort weg, er war Jude. Natürlich wählte die Familie die Demokraten. Das war so etwas, wie wenn man die Menschenrechte wählt. Aber das ist Vergangenheit, eine Art Mittelalter. Ich möchte das Amerika der Zukunft: Zurück zur Zukunft Amerikas. Können Sie das verstehen?"

Der Manager kommt wieder an die Bar. „Ihren Freund habe ich genommen, für Sie habe ich im Augenblick nichts." „Mhm", sagt der Junge und schaut auf die Uhr. Er lacht. „O. k., next door."

Europa darf den Zug nicht verpassen

Von AXEL SPRINGER

Der historische Erfolg Ronald Reagans am vergangenen Dienstag ist ein Sieg der Freiheit. Das amerikanische Volk hat erneut die Grundwerte des Abendlandes als Maßstab seines Willens und Wirkens bestätigt.

Der Mann, der für weitere vier Jahre im Weißen Haus regieren wird, hatte seinen Landsleuten das Selbstvertrauen zurückgegeben, das sie in den sechziger und siebziger Jahren zu verlieren drohten. Die Alpträume von damals sind heute überwunden.

In ganz besonderem Maße hat der älteste Präsident, den die Vereinigten Staaten je hatten, die Jugend seines Landes neu motiviert. Diese jungen Menschen, die in so überwältigender Zahl zu Reagans Wahlsieg beitrugen, werden die Frauen und Männer sein, die ihr Land in ein neues Jahrhundert führen. Hauptsächlich auf sie war der Satz gemünzt, den der Präsident noch in der Wahlnacht sprach: „Die besten Tage Amerikas liegen noch vor uns." Gerade die jungen Bürger Amerikas haben erkannt, was dieser Präsident will und verkörpert: die Erfüllung des amerikanischen Traums von der Freiheit für alle und den gleichen Chancen für alle.

Die Rhetorik ist gewiß zunächst an die eigenen Landsleute gerichtet. Aber die klassischen Worte Abraham Lincolns, den der heutige Präsident unter seinen Vorgängern am meisten verehrt, sind für Ronald Reagan ein amerikanisches Versprechen an die ganze Welt: „Laßt uns danach streben ... daß die Herrschaft des Volkes durch das Volk für das Volk nie von der Erde verschwinde."

Dies sieht Reagan als die wichtigste Aufgabe, die große Herausforderung, nicht nur für den Rest seiner Regentschaft, sondern „für die nächste Dekade, ja das nächste Jahrhundert". Es ist das eine Vision, zu deren Verwirklichung er nicht nur die Unterstützung seines eigenen Volkes benötigt, sondern die Mitwirkung aller, die guten Willens sind, wo immer sie leben mögen.

Sind wir alle guten Willens, besonders wir, die wir zu den Bündnispartnern Amerikas gehören, besonders wir Deutsche, wir Berliner, deren Freiheit allein von den Amerikanern garantiert wird? Die Antwort auf diese Frage kann kein überzeugtes Ja sein.

Gewiß bekennt sich eine große Mehrheit unserer Bevölkerung zu den Idealen, die auch in Amerika gelten. Gewiß betrachten noch immer die meisten in unserem Land das atlantische Bündnis als selbstverständliche und notwendige Grundlage unserer materiellen Existenz und unseres politischen Wollens. Aber wachsende und immer lauter werdende Minderheiten besonders unter Jugendlichen sind anderer Meinung.

Demonstrationen, etwa die Berliner Anti-Reagan-Veranstaltung am Tag vor der Wahl oder verschiedene Kundgebungen der Solidarität mit dem kommunistischen Regime in Nicaragua, sprechen eine deutliche Sprache. Wenn derartige durch Emotionen aufgeputschte Aufmärsche von Prominenten aufgewertet werden, wird das Bild noch verschlimmert.

Zwar wird die historische Wahrheit die Äußerung des Berliner Theologen Helmut Gollwitzer, Ronald Reagan müsse mit Hitler und Stalin verglichen werden, ad absurdum führen. Aber kurzfristig hat so etwas doch Wirkung.

Ebenso hat Wirkung, wenn der SPD-Vorsitzende Willy Brandt von seiner Lateinamerika-Reise als Verkünder der angeblich demokratischen Überzeugungen des sandinistischen Regimes in Nicaragua zurückkehrt; wenn er mit dem Satrapen des Kreml in jener Region, Fidel Castro, Bruderschaft schließt und sich von dem kubanischen Diktatoren den Bären aufbinden läßt, er denke nicht daran, seine Revolution in andere Länder Mittelamerikas zu exportieren; und wenn Brandt all dies und anderes im Bonner Hofgarten auf einer von Kommunisten, Grünen und Schwärmern organisierten, antiamerikanischen und prosandinistischen „Friedens"-demonstration verkündet.

Natürlich hat auch Wirkung, wenn ein Mann wie der saarländische SPD-Chef Oskar Lafontaine zusammen mit den Grünen von einer antiamerikanischen Kundgebung zur anderen tingelt; oder daß sich in der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sogar dann keine Hand zum Beifall rührte, als der Landesvorsitzende der SPD, Peter Ulrich, im Plenum Reagan zur Wiederwahl gratulierte.

Das alles schafft Mißstimmung zu Hause und Mißtrauen im Ausland, besonders in den USA.

Auch in unserem Lande wäre eine Rückkehr zu erprobten alten Werten und Tugenden wie Anstand, Zuverlässigkeit und Patriotismus überfällig, eine Rückbesinnung, so wie sie in Amerika durch Reagan eingeleitet wurde; hier wie dort eine Rückbesinnung mit dem Ziel, auf dem soliden Fundament des Bewährten eine noch bessere, moderne Zukunft zu bauen.

Das ist die Vision des amerikanischen Präsidenten, die seine Landsleute beflügelt. Ein Zug hat sich in Bewegung gesetzt. Wir Europäer sollten aufspringen, ehe es zu spät ist.

Nachdruck aus der WELT am SONNTAG vom 11. November 1984

Peking trainiert für Hongkong den Kapitalismus

Wenn die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft erfahren wollen, wie es China mit der versprochenen kapitalistischen Zukunft von Hongkong nach 1997 halten will, können sie das bald von einem kompetenten Gesprächspartner aus Hongkong erfahren.

Von FRIEDRICH THELEN

Der Deutschland-Besucher Wang Guangying, Schwager des in der Kulturrevolution verfolgten Ex-Staatspräsidenten Liu Shaoqi, lebt seit 1983 in Hongkong nach bester Kapitalistenart als viele 100 Millionen Dollar schwerer Investor. Der ehemalige Bürgermeister einer chinesischen Mittelstadt ist schon Eigentümer der Elektronik-Firma Conic und plant unverdrossen weitere Investitionen, auch wenn er sich beim Kauf eines 350 Millionen Mark teuren Appartement-Komplexes schon einmal die Finger verbrannt hat. Wenn dies den Skeptikern in Hongkong als Argument für die positiven Absichten Pekings vorgehalten wird, erwidern sie, das sei eben nur Symbolik, um die goldene Eier legende Henne Hongkong in trügerischer Sicherheit zu wiegen, um sie dann – mit soviel erreichbarem fremden Kapital wie möglich – schlachten zu können.

Ähnlich reagieren wohl die meisten der rund 100 000 Millionäre in der britischen Kronkolonie, wenn man sie auf den Besuch von Deng Xiaopings Sohn Deng Pufang in Hongkong anspricht. Der damals 21 Jahre alte Politstudent Pufang war in der Kulturrevolution von den Roten Garden aus dem Fenster gestürzt worden, weil er das Versteck seines Vaters nicht verraten wollte, und ist seit der Zeit querschnittsgelähmt. Vor drei Monaten kam er nach Hongkong – offiziell um Spenden für die chinesische Gesellschaft zur Förderung geistig und körperlich Behinderter zu sammeln, in Wirklichkeit wohl aber, weil sein Vater den pessimistischen Hongkong-Chinesen die Botschaft übermitteln wollte: „Seht her, was mir die Kulturrevolution angetan hat – das wird es in China nie wieder geben."

Ob sich die gebildete Mittelklasse Hongkongs, die Anwälte, Ökonomen, Ärzte und Ingenieure, an deren Verbleib China vor allem interessiert sein muß, von solcher Symbolik überzeugen läßt, steht dahin.

Für die Bestandskraft von Dengs Politik spricht, daß derzeit 18 000 Chinesen in den USA studieren, was gemessen an den letzten 20 Jahren ungeheuer viel ist. Ausbilden läßt China sein künftiges Führungspersonal in Wirtschaft und Finanzen schon seit einigen Jahren auch in Hongkong. In der Bank-of-China-Gruppe, die ungefähr einen Anteil von 20 Prozent am Bankgeschäft in Hongkong hat, trainieren Rotchinesen das Know-how internationalen Finanzmanagements. Und diese Azubis braucht Peking nicht einmal offiziell zu entsenden, sie kommen einfach so wie die Flüchtlinge in die Kronkolonie und kehren später wieder heim.

Aber selbst wenn das Vertrauen in die versprochene Zukunft Hongkongs wachsen sollte, so ganz möchten sich diejenigen, die Vermögen oder eine qualifizierte Ausbildung haben, nicht darauf verlassen. Die superreichen, Taipans genannten Großindustriellen und Finanziers waren schon immer mobil und besaßen fremde Pässe und Zweigniederlassungen in den USA, Kanada, Australien, Singapur oder Thailand.

Und um weiter an den großen Verdienstmöglichkeiten des Platzes Hongkong, wo die Einkommensteuer 18 Prozent beträgt und die Lohnnebenkosten bei Null liegen, teilhaben zu können, haben sich einfallsreiche Chinesen ein raffiniertes sicherheits- und profitversprechendes System ausgedacht. Kapital und Profit werden ins Ausland transferiert, und für diese sicheren Anlagen werden Kredite aufgenommen, die nach Hongkong zur erneuten Investition zurückfließen.

Andere erwerben für 100 000 Mark Schafland und Paß in Neuseeland oder erreichen das gleiche Ziel durch Eröffnung eines Möbelgeschäfts in Kanada.

Derweilen beschwört die Regierung in Peking die verunsicherten Bewohner der Kronkolonie, ihr trotz der 1949 gebrochenen Versprechungen für die Kaufleute von Shanghai, der Anti-Konfuzius-Kampagne, des mißglückten Großen Sprungs, der Kulturrevolution und der Viererbande zu vertrauen. Nicht nur, so Deng, würde eine andere Politik als die seine die zu 80 Prozent agrarische Bevölkerung Chinas, die jetzt deutlich besser lebt als vor Jahren, enttäuschen – auch die langfristigen chinesischen Entwicklungspläne würden zur Makulatur.

Einflußreichen Peking-Besuchern aus Hongkong erläutert man, daß die Entwicklung Chinas von Osten nach Westen geplant sei. Dazu seien die gegenüber von Hongkong, Macao und Taiwan gelegenen freien Wirtschaftszonen von Shen Zhen, Zhu Hai und Xiamen nur ein erster Schritt. Gleichzeitig pries Deng vor den Besuchern seine Idee von zwei Wirtschafts- und Sozialsystemen in einem Land als Beispiel für die mögliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Bleibt die Frage, ob die Deng-Nachfolger diese Verbeugung vor dem Kapitalismus als der einzigen Kraft, die China wirtschaftlich entwickeln kann, wiederholen werden und können. Denn im Mittelbau der Verwaltung und der Armee sitzen immer noch radikale Kader und überzeugte Maoisten. Und diese könnten sehr wohl fragen: „Warum soll es noch für über 50 Jahre jenen verruchten Kapitalisten im Perlfluß-Delta soviel beser gehen als den linientreuen Kommunisten im Reich der Mitte?"

Darauf gibt der Leitartikler des „Hongkong Standard" und Publizistik-Dozent am Baptist College, Chang Kuo-Sin, eine erstaunliche Antwort: Er glaubt nicht, daß die zwischen London und Peking ausgehandelte Übergangsregelung schon das letzte Wort ist, sondern daß Deng „sogar daran denken könnte, die britische Präsenz noch über das Jahr 1997 auszudehnen", um Stabilität und Wohlstand zu erhalten.

„‚Nachrüstung‘ bei Altwagen ist effektiver als ein Tempolimit“

CDU-Fraktionsvize Karl Miltner sieht technische Alternativen zum Katalysator

MANFRED SCHELL, Bonn

Durch technische Veränderungen an einem erheblichen Teil der bisher zugelassenen rund 24 Millionen Fahrzeuge kann nach Darstellung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Union, Karl Miltner, der Stickoxyd-Ausstoß um mindestens 30 Prozent reduziert werden. Deshalb sei die „Nachrüstung“ der sogenannten Altwagen im Sinne des Umweltschutzes „effektiver“ als ein Tempolimit, sagte Miltner in einem Gespräch mit der WELT. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat für heute Repräsentanten der Automobilhersteller und der Zuliefererindustrie zu einer nichtöffentlichen Anhörung nach Bonn eingeladen, um mit ihnen – für Altwagen gedacht – „technische Alternativen zum Katalysator“ zu erörtern.

Miltner, der in den zurückliegenden Wochen Gespräche mit der Automobilindustrie geführt hat, sagte, die Firmen hätten für die bisher zugelassenen Fahrzeuge „Lösungen parat, die effektiv und die wirtschaftlich sind“. Der Schadstoffausstoß könne damit beträchtlich mehr als durch ein Tempolimit reduziert werden. Zum anderen seien, was die Investitionen betreffe, „Billiglösungen“ möglich. Für eine technische „Nachrüstung“ müßten, je nach Wagentyp, jedenfalls beträchtlich weniger als 1 000 Mark aufgebracht werden.

„Die CDU/CSU ist nicht auf die Katalysatorlösung *festgelegt*. Sie scheidet für viele Altwagen sowohl aus technischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen aus. In vielen Altwagen ist zum Beispiel im Motorraum überhaupt kein Platz vorhanden, einen Katalysator einzubauen. Erreichen die Kosten des Katalysatoreinbaus den Zeitwert eines Personenwagens, ist er kaum noch wirtschaftlich“, *sagte Miltner. Zwar sei* die Katalysatortechnik die zur Zeit einzig erprobte und verläßliche, „aber für die Nachrüstung der Altwagen brauchen wir technische Alternativen“. Die Abgasrückführung sei eine Möglichkeit.

Miltner: „Ich bin überzeugt, daß unsere *Automobilindustrie* einfallsreich genug ist, diese technische Herausforderung zu meistern. Jede Lösung, die Schadstoffe mehr reduziert, als es ein Tempolimit könnte, wird von uns unterstützt. Anders werden wir der Forderung nach einem Tempolimit nicht begegnen können.“

Die Union habe ein Interesse daran, daß hier schnell gehandelt werde, und „zwar von der Technik her, von den formalen Voraussetzungen her“. Unter Umständen sollte ein „gewisser finanzieller Anreiz“ auch für die Umrüstung von Altwagen überlegt werden, obwohl die Bürger „heute so verantwortungsbewußt sind, daß sie das technisch Machbare und finanziell Tragbare im Interesse des Umweltschutzes auf sich nehmen.“ Er rechne damit, „daß mit dieser Umrüstung schon ab 1985 begonnen werden kann“.

Zu den dafür notwendigen formalen Voraussetzungen gehöre, daß beim Kraftfahrtbundesamt entsprechende Zulassungsrichtlinien erarbeitet werden. Der TÜV sei nicht vorbereitet auf „Abgasmessungen in dieser Dimension“. Deshalb werde man wahrscheinlich dazu übergehen müssen, die Abgasmessungen auch Werkstätten zu übertragen.

Seite 9: Katalysator-Diskussion

Schäuble zu Gesprächen nach Ost-Berlin?

hrk. Berlin/Bonn

Immer mehr Bewohner aus der „DDR“ verlassen nach Angaben informierter Kreise in Bonn die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag. Danach haben sich in den vergangenen drei Tagen etwa 65 Flüchtlinge zu einer Rückkehr in die „DDR“ entschlossen.

Die SED-Führung reagiert jedoch weiter mit „größter politischer Verstimmung und Verbitterung“ auf die anhaltende Weigerung der großen Mehrheit der Flüchtlinge, in die „DDR“ zurückzukehren. In Bonn und Ost-Berlin werden inzwischen Überlegungen angestellt, ob der für diese Woche fällige erste Besuch des Jenninger-Nachfolgers Wolfgang Schäuble in Ost-Berlin in dieser menschlich bewegenden Angelegenheit helfen könnte. Bundesminister Schäuble dürfte sowohl politisch als auch organisatorisch für die Ständige Vertretung in Ost-Berlin zuständig sein. Für ihn böte sich an, einen Vorstellungsbesuch bei den rund 80 Mitarbeitern der Mission mit offiziellen Gesprächen zu verknüpfen.

Staatssekretär Hans-Otto Bräutigam gibt am 13. Dezember seinen traditionellen Weihnachtsempfang und öffnet die Räume der Behörde damit zum ersten Mal seit dem Umbau des Hauses aus einem offiziellen Anlaß. Der Einladung folgen in der Regel höhere Offizielle Ost-Berlins.

Blüm: Das Gesundheitswesen beginnt uns aufzufressen

Bundesarbeitsminister warnt eindringlich vor einem Scheitern der Krankenhausreform

PETER JENTSCH, Bonn

Ein Scheitern der von der Bundesregierung geplanten Reform der Krankenhausfinanzierung führt nach den Worten von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm „zum Rotieren des Teufelskreises Beitragserhöhung, Arbeitsplatzvernichtung, Beitragserhöhung, Arbeitsplatzvernichtung.“ In einem Gespräch mit der WELT betonte Blüm, in dieser Frage gehe es nicht nur um die Sozialversicherung, sondern auch um den Arbeitsmarkt.

Der Minister hob hervor, „wenn Beitragserhöhungen der Krankenkassen jene Arbeitsplätze vernichten, von denen die Sozialversicherung ihre Einnahmen erwartet, dann ist das vergleichbar dem Versuch, eine Kuh zu schlachten und sie anschließend zu melken“. Es komme vielmehr darauf an, „die umgekehrte Bewegung zu erzeugen: Beitragsstabilität, mehr Arbeitsplätze – mehr Arbeitsplätze, niedrigere Sozialbeiträge. Die Sozialversicherung kann nicht Selbstmord begehen. Denn wie auch immer ein Sozialversicherungssystem organisiert ist, bezahlt wird es immer aus der Arbeit derjenigen, die Arbeit haben.“

Insofern sei die Reform der Krankenhausfianzierung eine „Bewährungsprobe“. Denn „wenn wir schon beim ersten Schritt einer Strukturverbesserung des Gesundheitssystems stolpern, werden wir unser Ziel nie erreichen. Das Krankenhaus ist nicht das einzige Problem des Gesundheitssystems: Versicherte, Ärzte, Pharmaindustrie – sie alle müssen sich umstellen.“ Gelinge es aber nicht, den teuersten, nämlich mit einem Drittel an den Gesamtausgaben der Krankenkassen (knapp 32 von rund 95 Milliarden Mark) beteiligten *Sektor*, das Krankenhaus, in die Kostendämpfung einzubeziehen, hätten alle anderen ein Alibi, so weiterzumachen wie bisher. Die Krankenhausreform müsse aber die Eröffnungspartie einer großen Gesundheitsreform sein. Denn im ersten Halbjahr 1984 sei die Grundlohnsumme, aus der die Kassen ihre Einnahmen schöpfen, um drei Prozent gestiegen, die Ausgaben dagegen um 8,1 Prozent. Blüm: „Das Gesundheitswesen beginnt uns aufzufressen.“

Unter diesen Prämissen erwarte er auch eine Einigung mit den Ländern und insbesondere mit Bayern in der Frage der Krankenhausfinanzierung. „In diesem Sinne setze ich auf den Zusammenhalt aller Unionsparteien, auf die Rücksicht gegenüber den Arbeitslosen und auf die Einsicht, daß wir jetzt handeln müssen.“

Blüm nannte eine Einigung in dieser Frage „nicht aussichtslos; wir waren in der Einigung aber schon weiter, als es jetzt scheint“. Festzuhalten bleibe, daß man sich in zwei wesentlichen Punkten einig sei: Erstens werde in die Pflegesätze künftig „mehr wirtschaftliche Vernunft eingebaut, zweitens werde in die Pflegesatzverhandlungen zwischen Kassen und Krankenhäusern mehr Chancengleichheit der Vertragspartner und damit mehr Einigungsdruck eingebaut“.

Auf welchen endgültigen Gesetzestext man sich in diesen Fragen mit den Ländern einigen werde, bleibe abzuwarten. Blüm betonte, er halte allerdings zäh an dem Gedanken fest, daß diejenigen, die die Hauptkostenlast tragen, die Krankenkassen also, mehr mitreden müssen bei der Entstehung der Kosten. „Wer das meiste Geld ausgibt, hat auch das größte Interesse, daß mehr gespart wird. Es kann nicht sein, daß die einen Krankenhäuser bauen, ausbauen und mit teuren Medizinapparaten ausstaffieren, und den Kassen nur übrigbleibt, die Folgen zu bezahlen.“ Allein von *1973 bis 1983* stiegen die Ausgaben der Krankenkassen für die stationäre Behandlung von 11,3 auf 30,9 Milliarden Mark. In der gleichen Zeit nahmen die Aufwendungen von Bund und Ländern für diesen Bereich von 3,2 auf 4,3 Milliarden Mark zu. Diese Zahlen bewiesen, „daß es hier um die Mitwirkungsrechte dessen geht, der den größten Brocken bezahlt“.

Bei Krankenhausplanung und Investitionsprogrammen müsse auf Einigung zwischen Ländern, Krankenhausträgern und Kassen gesetzt werden. „Daß die Länder die Letztverantwortung tragen und aus übergeordneten Gründen auch die Notbremse ziehen können, steht außer Frage.“

Zur Diskussion mit den Ländern in der Frage der neutralen Besetzung einer Pflegesatzkommission im Falle des Scheiterns der Pflegesatzverhandlungen sagte Blüm, „der Staat darf hier kein Ersatzmann bei fehlender Einigung sein. Er soll nur aufs Spielfeld, wenn sich Kassen und Krankenhäuser nicht einigen können. Der von Kassen ud Krankenhausträgern unabhängige Vorsitzende soll zwar von den Ländern bestimmt werden, aber er darf nicht einfach ihr verlängerter Arm sein. Denn sonst lebt die alte Preisfestsetzungsbehörde *unter neuem Namen fort*.“

Es komme vielmehr darauf an, „mehr Marktwirtschaft in das System zu bringen. Die Mutprobe für dieses Ziel ist aber die Reform der Krankenhausfinanzierung.“ Schließlich gehe es hier nicht nur um Geld und Kostendämpfungspolitik, sondern um Selbständigkeit, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.

Auf die Frage, ob er zur Durchsetzung seines Zieles möglicherweise auf die Stimmen der SPD setze, sagte Blüm: „Jede Stimme aus der Opposition ist herzlich willkommen, aber wir brauchen die SPD nicht als Notarztwagen dieser Regierung. CDU und CSU und FDP schaffen das auch alleine. Wir brauchen ein besseres Krankenhausfianzierungsgesetz, als die SPD uns hinterlassen hat. An Einigungsbereitschaft des Bundes mangelt es nicht.“

Stoltenberg: Über Grüne aufklären

D. G. Harrislee/Flensburg

Für eine offensive und scharfe Auseinandersetzung der Bonner Regierungsparteien mit den Grünen hat sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ausgesprochen. In seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holsteins sagte Stoltenberg am Sonnabend in Harrislee unmittelbar an der dänischen Grenze, die jüngsten Wahlen hätten deutlich gemacht, daß viele Wähler die konkreten politischen Ziele der Grünen und deren Programme gar nicht kennen. „Es wird grün gewählt, ohne die verheerenden Auffassungen dieser Gruppen zur Wirtschaftspolitik *zu kennen. Wir müssen in der* Öffentlichkeit stärker als bisher auf die gefährlichen Inhalte der Politik der Grünen hinweisen.“ Stoltenberg vertrat gleichzeitig die Auffassung, daß die Sympathiewelle für die Grünen noch andauern wird.

In seinem politischen Rechenschaftsbericht auf dem Landesparteitag ging Stoltenberg auch mit den Sozialdemokraten scharf ins Gericht. „Die heutige SPD zeigt, daß sie aus ihren verhängnisvollen Fehlern und ihrem Scheitern nichts hinzugelernt hat. Ihre wachsende Bereitschaft, sich aus Gründen der Machterhaltung von den Grünen abhängig zu machen, führt zu einem Verlust an Identität und bringt sie in eine peinliche Mitläuferrolle.“

In der Aussprache machten mehrere Delegierte aus ihrer Sorge über schädliche Folgen der Bonner Spendenaffäre für die Politik der Union kein Hehl. Die mehr als 400 Delegierten gaben ihrem Landesvorsitzenden starken Rückhalt. Für seine Bemerkung „Der beste Mann in Bonn kommt aus Schleswig-Holstein“ erhielt ein Redner lang anhaltenden Beifall des Parteitages.

Berliner SPD probt Schulterschluß mit Apel

Willy Brandt warnt die Partei vor „Extratouren“

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Vier Monate vor den Berliner Wahlen vollzogen die Berliner Sozialdemokraten am Wochenende den Schulterschluß mit ihrem Spitzenkandidaten Hans Apel. Er erteilte abermals jedem Zusammengehen mit den Alternativen oder der CDU eine Absage. In einer die Genossen mitreißenden Rede beschrieb Apel unmißverständlich die Grundpfeiler der Stadt: „Nur unsere ungeschmälerte Westbindung und die volle Präsenz unserer Schutzmächte kann unsere Freiheit und Zukunft sichern. Wer diese Bindung in Frage stellt, gefährdet *Berlin in seiner Existenz.*“

Hier gebe es „keinerlei Kompromiß und Zusammenarbeit“ mit der AL. Auch jegliches Abkoppeln von Bonn sei „lebensgefährlich“, sagte Apel. Protestwähler, die von der CDU enttäuscht seien, würden letztlich nur die sozial ungerechte „Wendepolitik“ der Union unterstützen. Der SPD-*Spitzenpolitiker* sagte voraus, die CDU werde nach dem 10. März 1985 „keine Regierungsmehrheit“ mehr haben. Er begründete seine Rechnung vor allem mit der Sozialpolitik des Senats, mit der die CDU vor allem die älteren Berliner „betrügt“. Die Union habe sie, die 40 Prozent der gesamten Wählerschaft ausmachten, 1981 mit dem „Gerede von den Gefahren für die innere Sicherheit geködert und dann gerade diesen Menschen unfair in die Taschen gegriffen“.

Apel warf der Union vor, durch ein „perfektes Gaukelspiel mit Feuerwerk, Sommernachtsträumen und Wintermärchen“ den Berlinern vorzutäuschen, „die Wunden dieser Stadt seien geheilt“. Der Herausforderer des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen stellte einen Stimmungswandel in der Stadt fest: „Die Bürger hören uns wieder zu, und es macht wieder Spaß, als Sozialdemokrat mit den Bürgern zu sprechen.“ Apel machte deutlich, daß die SPD im bevorstehenden Wahlkampf auf die Gruppe der Rentner, der jüngeren Frauen, der Arbeitnehmer mit *mittleren Einkommen sowie* der Sozialmieter zielt und sich dort Stimmenzuwachs verspricht.

Den stärksten Applaus heimste Apel ein, als er erklärte: „Unser politischer Gegner in diesem Wahlkampf ist die CDU. Wir wollen nicht koalieren. Wir wollen den CDU-Senat ablösen. Wir sagen von Berlin aus der Bonner Wende den Kampf an. Wir wollen in Berlin ein Zeichen setzen für den Neubeginn.“ Apel räumte ein, daß der Partei „heute noch der Wind ins Gesicht bläst“, aber der Wahlausgang sei angesichts von knapp 30 Prozent unentschiedener Berliner keineswegs sicher. Er forderte die Sozialdemokraten zu „Selbstbewußtsein“ auf. Den Berlinern müsse klargemacht werden, daß man mit Diepgen zugleich „auch das Schlamassel in Bonn“ wähle.

Im Gegensatz zu Apel vermied SPD-Parteichef Willy Brandt in seiner Grußansprache jede Festlegung auf politische Bündnisse in Berlin und schloß somit keine Variante aus. „*Es* geht darum, daß die *SPD* so stark wie möglich wird.“ Er warnte vor jedem „Koalitionsgequatsche“. Brandt richtete den dringenden Appell an seine Berliner Genossen, geschlossen hinter Hans Apel zu stehen. Offenbar in Anspielung auf durchaus unterschiedliche Strömungen, „grüne“ Affinitäten und den Streit über die Teilnahme von SPD-Mitgliedern an einer Anti-Reagan-Kundgebung rief Brandt: „Verzichten wir jetzt alle auf Extratouren!“

Wurbs contra Adam-Schwaetzer

ms. Bonn

Bundestagsvizepräsident Richard Wurbs (FDP) hat Versuche der FDP-*Schatzmeisterin Irmgard* Adam-Schwaetzer zurückgewiesen, im Zusammenhang mit der Diskussion über die Millionen-Spende Stimmung gegen ihn zu machen. Wurbs sagte am Sonntag gegenüber der WELT: Die Abwicklung des vom Altbundespräsidenten Walter Scheel „für die FDP akquirierten Betrages ist seinerzeit außerhalb der Bundesschatzmeisterei erfolgt“. Er habe deshalb keine Veranlassung, frühere Aussagen zu modifizieren, wie es Frau Adam-Schwaetzer gefordert habe. Wurbs war in der fraglichen Zeit Schatzmeister der FDP. FDP-Bundesgeschäftsführer Berndt habe in dieser Angelegenheit „auf Weisung anderer ohne meine Kenntnis gehandelt und sich hierbei eines mir damals nicht bekannten FDP-Kontos bedient“.

Wurbs wies zugleich mit Entrüstung die in Presseorganen gedruckte Aussage von Frau Adam-Schwaetzer zurück, er sei als Schatzmeister über mehrere Wochen hinweg nicht in der Lage gewesen, ein FDP-Konto zu nennen, auf das die Spende hätte überwiesen werden können.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Stoiber droht mit einem Scheitern

PETER SCHMALZ, München

Der Versuch der unionsregierten Länder, für die geplante Novellierung der Krankenhausfinanzierung einen Kompromiß mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zu finden, droht einen schwerwiegenden Konflikt zwischen München und Bonn hervorzurufen. Nachdem der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, erklärt hatte, für die bayerische Regierung sei „die Schmerzgrenze erreicht“ (WELT vom 8. 11.), betonte der CSU-Politiker in einem Gespräch mit der WELT, Bayern werde in grundsätzlichen Punkten dem Bundesarbeitsminister nicht weiter nachgeben und würde notfalls sogar das Scheitern der gesamten Reform in Kauf nehmen. „Dann“, so Stoiber, „gibt es halt keine Entmischung der Gemeinschaftsaufgaben.“

Aktuelle Ursache der Kontroverse war das Koalitionsgespräch unter der Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl, bei dem zum Erstaunen der bayerischen Vertreter (Arbeitsminister Franz Neubauer und Staatssekretär Stoiber) kein Protokoll geführt wurde. Bei einem anschließenden Telefonat zwischen Blüm und Stoiber gewann der bayerische Staatssekretär den Eindruck, Blüm stimme mit ihm überein, daß in der Koalitionsrunde das Einlenken des Bundes auf einige Länder-Forderungen beschlossen worden sei. Daraufhin habe er (Stoiber) die Ergebnisse des Koalitionsgespräches zusammengefaßt und an alle Teilnehmer verschickt. Kurz *darauf* habe ihm *Arbeitsminister* Blüm Formulierungsvorschläge geschickt, „die meine Kodifizierung völlig auf den Kopf stellten“.

Einer der strittigen Punkte ist die Besetzung der Schiedsstelle, die eingesetzt wird, wenn die Pflegesatzverhandlungen zwischen Krankenhausträgern und Krankenkassen gescheitert *sind. Nach dem Blüm-Entwurf* soll keines der drei Mitglieder an Weisungen gebunden sein; die Länder wollen sich aber zumindest die Möglichkeit offenhalten, einen weisungsgebundenen Beamten zum Vorsitzenden zu benennen. Im Koalitionsgespräch wurde nach Stoibers Worten auf eine Regelung verzichtet. Damit habe man den Ländern nicht das Recht verbaut, gegebenenfalls einen weisungsgebundenen Vertreter in die Schiedskommission zu entsenden. In den Formulierungsvorschlägen Blüms aber war wieder die Weisungsfreiheit fixiert. Stoiber verärgert: „Wenn wir so arbeiten wollen, dann brauchen wir uns gar nicht mehr zu unterhalten.“

Inzwischen hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth, der in dieser Frage bei den Unions-Ländern als „Fähnleinführer“ (Stoiber) gilt, einen neuen Kompromißvorschlag ausgearbeitet, in dem die Gesprächsfixierung Stoibers nach Meinung der Münchner Staatskanzlei „zu hundert Prozent“ eingebaut ist. Dieses Papier wurde in der vergangenen Woche an die Ministerpräsidenten der Unions-Länder verschickt, *bis letzten Freitag hatten* Niedersachsen schriftlich und Rheinland-Pfalz mündlich zugestimmt. Mit Baden-Württemberg und Bayern stehen hinter dem Stuttgarter Vorschlag demnach die vier Länder, die den Bundesratsentwurf ausgearbeitet hatten, den die Länderkammer mehrheitlich verabschiedete. In einem Telefonat mit Stoiber bestätigte Ministerpräsident Späth, er sei nicht bereit, über seinen Entwurf hinaus weitere Kompromisse einzugehen.

„Grüne erinnern mich manchmal ans Zentrum der Bismarck-Zeit“

Der katholische Sozialwissenschaftler Nell-Breuning über die Rolle der Alternativen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Der katholische Sozialwissenschaftler Oskar von Nell-Breuning hat davor gewarnt, in der Umwelt- und Friedenspolitik aus „Erschrekken“ und Trotz zu handeln. Das könne zwar für bestimmte Gruppen „politisch förderlich“ sein, um die anderen „aus ihrem Trott zu werfen“. Wenn aber Menschen mit anderer Meinung für rückständig und dumm erklärt würden, so füge sich diese Politik in unsere parlamentarische Demokratie nicht ein und trage nicht dazu bei, diese auf eine höhere Stufe zu heben.

Von Nell-Breuning, der auf einer Veranstaltung der katholischen Rabanus-Maurus-Akademie in Wiesbaden zum Thema „Die Grünen – Gefahr oder Rettung für die Demokratie“ sprach, lehnte es ab, Empfehlungen für oder gegen die neue Partei zu geben. Wenn er die Bischöfe wegen ihrer Wahlvorschläge kritisiere, tue er nicht gut daran, selbst welche zu erteilen. Wer aber die Politik wirklich auf „Erkenntnisse der ökologischen Art“ stützen wolle, der werde den Mitmenschen einen größeren Dienst tun, wenn er sanft, ruhig, bescheiden auftrete, um diese Erkenntnisse auszubreiten, bis sie allmählich zur Selbstverständlichkeit geworden sind.

Als Beispiel nannte von Nell-Breuning die Atomphysik. Sachkundig auf diesem Gebiet sei nur eine winzige Zahl von Wissenschaftlern im Bereich der theoretischen Physik und Technologie. „Wir anderen aber können nur nach unserem Gefühl sagen, ob wir dem einen oder anderen glauben.“ Das sei eine Sache des Vertrauens. Gutachten für oder gegen die Kernenergie könnten dabei nur wenig helfen, weil sie von Interessen und Ideologien geprägt seien.

Von Nell-Breuning räumte ein, daß er der gesamten Problematik der Ökologie zuerst voreingenommen gegenübergestanden habe. Auch Papst Johannes XXIII. habe noch 1961 in „rührendem Optimismus“ gesagt: „Der Liebe Gott hat uns so reichlich ausgestattet, wir brauchen uns um die wachsende Menschenzahl keine Sorgen zu machen.“ Heute sei klar, daß es sich hier um „Fragen von ganz grundsätzlicher Bedeutung handelt, die mit erschreckender Schnelligkeit auf uns zukommen“. Wer sich aber „mit Einseitigkeit“ darauf werfe und so tue, als ob er wirklich über die entsprechende Sachkunde verfüge, der werde nur Verwirrung stiften.

Dasselbe gelte, wenn es um Frieden geht. Wer für Vorleistungen in der Abrüstung eintrete und sich dabei auf die Bergpredigt stütze, der lehne ein gewolltes Risiko nicht nur für sich, sondern für das gesamte staatliche Gemeinwesen und die gesamte Bevölkerung auf sich. Man könne aber die Bergpredigt auch anders lesen: Wenn ein Gegner dich angreift, dann biete ihm deine eigene Wange, aber eben nicht diejenige deiner Frau und deiner Tochter.

Zur politischen Praxis der Grünen meinte er, sie erinnere ihn manchmal an die Haltung des Zentrums in der Bismarck-Zeit. Auch diese Partei habe damals einen politischen Einfluß ausgeübt, der weit über ihren Anteil an der Wählerschaft hinausging, und zwar, weil Bismarck sie gebraucht habe, um eine politische Mehrheit zu bekommen. Er halte es aber für eine Frage der politischen Ethik, ob eine Partei von einer solchen Konstellation „geradezu erpresserischen Gebrauch“ machen dürfe.

Machtverlust des syrischen Stabschefs

DW. Damaskus

Der Generalstabschef der syrischen Armee, General Hikmet Shihabi, hat in den letzten Wochen seinen politischen Einfluß verloren. Seine Ablösung von seiner militärischen Machtposition ist nach Angaben von gut unterrichteten Kreisen in Damaskus nur noch eine Frage der Zeit. Wie bekannt wurde, verlor General Shihabi in den vergangenen Tagen seine Mitgliedschaft im einflußreichen Nationalrat der Baath-Partei. Damit wird die labile Machtbasis des syrischen Baath-Regimes erneut gefährdet.

Die allmähliche Verdrängung des Generals Shihabi vom Machtzentrum in Damaskus wurde erstmals im September deutlich. Damals wurde der Generalstabschef ohne eine konkrete Mission in die Sowjetunion geschickt. Die Position des alawitischen Stellvertreters Shihabis, Ali Aslan, wurde gleichzeitig mit dem Abstieg Shihabis deutlich aufgewertet. Aslan wurde zum Armeegeneral befördert. Als General Shihabi im Oktober aus der Sowjetunion nach Syrien zurückkehrte, fand er eine veränderte Machtkonstellation vor. Ihm verblieben seither vor allem die zeremoniellen Aufgaben des Armeechefs.

Politische Beobachter in Damaskus vermuten, daß die Entmachtung Shihabis von Präsident Hafez el Assad betrieben wurde, da General Shihabi nach der Niederschlagung des Versuchs von Präsidentenbruder Rifaat Assad, die Macht in Damaskus zu übernehmen, eine entscheidende Machtposition erlangt hatte. Dies gelang Shihabi nicht zuletzt dadurch, daß er die Verteidigungsbrigaden, die etwa 20 000 Mann starke Elitetruppe von Rifaat Assad, in die Armee integrierte.

Andererseits kehrt Rifaat Assad nach halbjähriger Verbannung jetzt wieder auf die politische Bühne Syriens zurück. Nach einem am Wochenende in Damaskus veröffentlichten Dekret des Präsidenten wird Rifaat Assad, offiziell nach wie vor einer der drei Vize-Präsidenten, künftig mit Problemen der Sicherheit betraut. Dies geschehe „im Rahmen der Richtlinien und Instruktionen des Präsidenten der Republik“. Rifaat Assad war im Mai von einer Moskau-Reise nicht nach Damaskus zurückgekehrt, sondern lebte seit dem 1. Juni in der Schweiz und in Frankreich.

In Chile ist das Experiment der politischen Öffnung gescheitert

Ausnahmerecht und Verhaftungen erinnern an 1973 / Das Militär als Stütze Pinochets

WERNER THOMAS, Miami

Chiles Staatschef drohte vor wenigen Wochen der Opposition mit einer Rückkehr zu den Verhältnissen von 1973, dem Jahr des Militärputsches und der Repression. Die meisten Chilenen wollten diese Worte nicht ernst nehmen. „1984 ist nicht 1973“, kommentierte der christdemokratische Politiker Genaro Arriagada.

Tatsächlich herrschen heute wieder ähnliche Zustände wie damals: Ausnahmerecht, Ausgangssperre von Mitternacht bis fünf Uhr morgens, Versammlungsverbot, Pressezensur und Schließung linker Publikationen, Verhaftungen ohne Haftbefehl. Hunderte von Personen wurden in den letzten fünf Tagen festgenommen oder in den Wüstenort Pisagua in die innere Verbannung geschickt. Zu Beginn des chilenischen Sommers, der Sonnenschein und milde Temperaturen brachte, erlebt die Bevölkerung ein frostiges politisches Klima.

Pinochet reagierte mit diesen drastischen Maßnahmen auf eine 18monatige Protestwelle gegen seine Regierung, die das linsextreme Lager zur Gewaltanwendung nützte. Die Hauptstadt Santiago bebte fast jede Nacht unter Bombenexplosionen. Ende Oktober detonierte eine Dynamit-Ladung vor dem Diego-Portales-Gebäude, dem Sitz der Junta. Regelmäßig berichtete die Presse über Attentate auf Carabineros. Als an einem Tag sechs Polizeibeamte ums Leben kamen, verhängte der Präsident den Ausnahmezustand.

Referendum als Maßstab

Der General will „die Eskalation des kriminellen Terrorismus“ stoppen und seinen „verfassungsmäßigen Auftrag“ retten. „Eine Minorität respektiert nicht die klare und überwältigende Entscheidung des Volkes im Jahr 1980“, erklärte er. Pinochet, 68 Jahre und noch rüstig, legitimiert sein Regime immer wieder mit dem Referendum über die nach seinen Wünschen formulierte Verfassung, die ihm noch eine Amtszeit bis 1989 garantiert. Die Oppositionspolitiker behaupten dagegen, die damalige Abstimmung sei manipuliert worden. Man habe ihnen kaum Gelegenheit gegeben, ihren Standpunkt zu erläutern. Diplomatische Beobachter erinnern jedoch daran, daß der General vor vier Jahren auf dem Höhepunkt seiner Popularität stand. Sein Ansehen profitierte von einem dynamischen Wirtschaftsboom.

Anfang 1983 befand sich Chile in einer anderen Situation. Dem Boom folgte eine Rezession, die den Kreis der Arbeitslosen auf mehr als 20 Prozent erweiterte. Die meisten noch von Militärs regierten Länder Lateinamerikas kehrten zur Demokratie zurück oder waren auf dem Weg in diese Richtung. Das Beispiel Argentiniens reaktivierte das politische Leben. In dieser Atmosphäre begannen die Demonstrationen gegen den geschwächten Präsidenten.

Während der blutigsten Protestaktionen im August 1983 schien Pinochet tatsächlich angeschlagen zu sein. Er versteckte sich vor der Öffentlichkeit und konnte die Probleme nicht mehr alleine lösen. Er mußte Hilfe suchen. Sergio Onofre Jarpa, Chiles Botschafter in Buenos Aires, einst Führer der konservativen Nationalpartei, übernahm die Schlüsselposition des Innenministers.

Der resolute Minister leitete den politischen Frühling ein. Ein Dialog mit der Opposition, ein Ende des Ausnahmezustandes und des nächtlichen Fahrverbots, eine kritische Presseberichterstattung und ein pulsierendes kulturelles Leben markierten die Stationen dieser Öffnungsphase.

Aber die Gegner des Generals wünschten mehr als diese Konzessionen. Sie forderten einen Wechsel an der Regierungsspitze und baldige Parlamentswahlen. Pinochet weigerte sich, auch die zweite Bedingung zu erfüllen, obgleich Jarpa und Luftwaffenchef Fernando Mathei die Möglichkeit eines Urnengangs in zwei oder drei Jahren andeuteten. So kam es zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Oppositionsbewegung über die weitere Taktik. Die Linken setzten auf die Gewalt.

Die Pinochet-Regierung erklärt, daß die Terroristen von Kuba und anderen Ostblockländern unterstützt werden. Ein Vertreter der US-Botschaft teilt diese Meinung: „Für Fidel Castro ist Chile wieder ein interessantes Experimentierfeld geworden.“

Terror als Problem

„Pinochet steuert das Land in eine explosive und gefährliche Situation“, sagt der Christdemokrat Arriagada. „Diese Entwicklungen können nur die Militärs auf der einen und die Kommunisten auf der anderen Seite stärken. Die demokratische Mitte, die rationale politische Alternative, wird jedoch zerstört.“ Ähnlich besorgt äußerte sich auch der State Department-Sprecher in Washington: „Wir sind uns bewußt, daß in Chile ein ernstes Terroristenproblem existiert, das bekämpft werden muß. Wir glauben aber auch, daß ein geschlossenes politisches System dem Terrorismus einen besseren Nährboden bietet als eine Demokratie.“

1984 ist nicht 1973. Vor elf Jahren zeigten die meisten Chilenen Verständnis für den Putsch, der eine chaotische Regierungszeit der linken Volksfront beendete, selbst die Christdemokraten. Heute stützt sich der General lediglich auf die nach wie vor solide Unterstützung der Streitkräfte und jene Bevölkerungskreise, denen er mit seinen Warnungen vor einer weiteren Phase der „linken Anarchie“ Angst einjagen kann. Auch die katholische Kirche und Jarpas Nationalpartei zählen zum Lager der Kritiker.

Wieder konzentrieren sich die Hoffnungen auf den Innenminister, der Anfang letzter Woche seinen Rücktritt erklärte, jedoch bleiben mußte – auf Wunsch des Präsidenten. (SAD)

Hessens SPD droht schwerer Konflikt

D. GURATZSCH, Hanau

In Hessen haben sich die schwelenden Konflikte innerhalb der regierenden SPD über die Forderung der Grünen, die Hanauer Nuklearbetriebe Nukem und Alkem stillzulegen, am Wochenende weiter verschärft. In Hanau forderte die sozialdemokratische „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) die Landesregierung in einer Resolution auf, „ihre verantwortungsbewußte Politik bei der Genehmigung der Hanauer Nuklearbetriebe, die einen Mißbrauch von Kernbrennstoffen für militärische Zwecke ausschließt, fortzusetzen und sich dabei keinem sachfremden Druck, von welcher Seite auch immer, zu beugen.“ In Gießen verlangen die Jusos von SPD-Landesvorstand und von der SPD-Landtagsfraktion, „unverzüglich Verhandlungen mit den Grünen aufzunehmen mit dem Ziel, konkrete Schritte zum Ausstieg aus der Kernenergie bis 1995 zu vereinbaren“.

Karl Günther Kronawitter, der hessische AfA-Vorsitzende, hatte den Konferenzteilnehmern die neueste Ausgabe der Zeitschrift „Hessen-Blitz“ vorgelegt, in der er schreibt: „Die Beschlüsse der Grünen zum Genehmigungsverfahren der Hanauer Firmen Alkem/Nukem sind gerade so unakzeptabel, wie manche Beschlüsse zu Straßenbauprojekten, die von den Arbeitnehmern der jeweiligen Region zum Teil seit Jahrzehnten gefordert werden.“ Wenn die Grünen ihre Konfliktstrategie fortsetzten, müßten die Arbeitnehmer die „Rot-Grüne-Quasi-Koalition“ ablehnen. Dann müsse „Börner so handeln, wie es Helmut Schmidt im September 1982 getan hat“ – eine Anspielung auf Schmidts „Verrat-in-Bonn“-Kampagne bei Bruch der sozialliberalen Koalition.

Wirtschaftsminister Ulrich Steger wand sich mit Beschwichtigungen aus der Konfrontation. In Sicherheitsfragen werde es für die Nuklearfirmen keinen Rabatt geben. Wenn die Betriebe jedoch das Gesetz erfüllten, dürften sie auch arbeiten. Demgegenüber verwies der Juso-Vorsitzende Gernot Grumbach in Gießen auf den Essener Bundesparteitag der SPD, auf den die Absage an den Plutoniumstart beschlossen worden sei. Die Vereinbarungen mit den Grünen seien wichtiger als zwei Fabriken in Hanau.

Die Vertreter Namibias gaben ein Beispiel

Internationales Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung

RÜDIGER MONIAC, München

Das internationale Strategie- und Politik-Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung, das fünfte seiner Art, hat in München wieder Fachleute aus mehren Kontinenten zu intensivem Gedankenaustausch zusammengeführt. Beeindruckend war die Vielfalt der behandelten Themen. Sie reichten von der Deutschlandpolitik über die künftige Außenpolitik der USA, die Stellung Europas in der Welt, über wirtschaftliche und technologische Aspekte bis zu einer intensiven Diskussion der Probleme des südlichen Afrikas und Zentralamerikas. Strauß ist beizupflichten. Diese Symposien haben inzwischen eine Tradition entwickelt. Sie bringen im demokratischen Geist ähnliche Persönlichkeiten aus vielen Weltecken an einen Tisch und helfen so gewiß mit, „uns Konservativen“, wie der Leiter der Tagung, Dieter Schmidt, zum Schluß die Runde charakterisierte, ein Gefühl von Gemeinschaft über die Grenzen hinaus zu vermitteln.

„Den Geist von München“ hat Hans Klein, der außenpolitische Sprecher der Bonner CDU/CSU-Fraktion treffend charakterisiert. Er erinnerte die Konferenz an die Tatsache, daß es zwischen demokratischen Staaten noch nie Krieg gegeben habe. Eine Partei im Waffengang sei immer entweder ein autoritäres Regime oder gar ein diktatorisches gewesen. Klarer konnte kaum ausgedrückt werden, was das politische Ziel dieser Konservativen von München ist. Sie wollen helfen, daß sich überall auf der Erde demokratische Staaten mit innerer pluralistischer Struktur bilden können. Darin sehen sie fast schon eine Gewähr dafür, daß sich Interessen-Gegensätze allein mit friedlichen Mitteln ausgleichen lassen.

Beispiele solcher demokratischen Gesinnung gaben drei Vertreter aus Namibia und andere aus der krisengeschüttelten Region Mittelamerikas. Die beiden schwarzen Politiker aus Namibia, die Vorsitzenden der demokratischen Swapo-D und Swanu, Andreas Shipanga und Moses Katjiuongua und ihr weißer Partner Dirk Mudge, Vorsitzender der DTA aus Windhuk, vermittelten den Zuhörern eine demokratisch-friedliche Haltung, wie sie idealer kaum sein kann.

Auch Mudge will für die Weißen seines Landes nur die Rechte einer kulturellen Minderheit garantiert wissen. Politisch sollen sie sich gemeinsam mit Andersfarbigen die Mehrheiten zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele suchen. In diesem Sinne beschrieb er auch das Verhältnis seiner Demokratischen Turnhallen-Allianz zu den politischen Bewegungen seiner Mitstreiter in München: „Politisch sind wir Gegner, aber wir sind Landsleute, wir sind Bürger von Namibia.“

Ähnlich demokratisch und auch toleranzverpflichtet ließen sich Shipanga und Katjiuongua ein. Alle drei gemeinsam beklagten die unheilvolle Rolle der Vereinten Nationen in Namibia, deren Sicherheitsrat einseitig die kommunistisch beeinflußte Swapo begünstige. Deren Ziel für Namibia sei die Errichtung eines Regimes nach sowjetischem Stil. Wer wie die UN diese „terroristische Gruppe“ unterstütze, könne nicht erwarten, in Namibia als unparteiische Organisation angesehen zu werden, die freie Wahlen überwachen solle. Eine Regierung, die aus von den Vereinten Nationen überwachten Wahlen hervorginge, würde nach den Worten von Mudge allenfalls eine Woche überdauern, bis sie hinweggefegt sei und der Krieg weitergehe.

Ein weiteres Schwerpunktthema war Zentralamerika. Nach den Worten eines costaricanischen Diplomaten ist in Nicaragua nach einer „unverschämt manipulierten Wahl“ ein kommunistischer Staat entstanden, der eine gefährliche Ausstrahlung auf Zentralamerika habe. Andere Teilnehmer trugen weitere Erkenntnisse über die inneren Zustände des Landes bei. So gibt es dort offenbar eine Art Blockwartsystem, nicht unähnlich dem im Hitler-Deutschland, bei dem die Menschen überwacht werden bis in ihre Privatsphäre hinein, sogar die Priester. Denen lege man „gesellschaftliche Hinterhalte“, um sie denunzieren zu können. Allgemeines Urteil auf dem Symposium, zu dem der US-Vertreter wesentlich beigetragen hatte: Zentralamerika braucht wirtschaftliche Hilfe, die politische Solidarität auch der Demokraten aus Europa, vor allem Unterstützung für die Stärkung der pluralistisch-demokratischen Kräfte.

Genscher zu Botha: Apartheid überwinden

AP, Frankfurt

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat es am Wochenende bei Frankfurt in einem Gespräch mit seinem südafrikanischen Amtskollegen Roelof Botha positiv bewertet, daß auch in Südafrika eine Diskussion über die Überwindung der Apartheid begonnen habe. Er appellierte an die südafrikanische Regierung, „politische und gesellschaftliche Entwicklungen einzuleiten, die von allen Südafrikanern akzeptiert werden können und ihnen die Möglichkeit geben, über die Akzeptanz des Erreichten auch selbst zu entscheiden“. Eine solche Entwicklung läge auch im Interesse der weißen Minderheit. Genscher wies erneut auf die Notwendigkeit hin, die Sicherheitsratsresolution über die Unabhängigkeit Namibias „unverzüglich und vollständig“ zu verwirklichen.

Genscher drückte seine Sorge über die Zwangsumsiedlungen in Südafrika, über die Lage in den schwarzen Vorstädten sowie über die politischen Maßnahmen aus, die zu zahlreichen Todesfällen geführt hätten. Er bat darum, bei der Erteilung von Ausreisegenehmigungen für Besuche in der Bundesrepublik und Einreisesichtvermerken von Deutschen nach Südafrika die bisherige Praxis zu ändern, damit Aus- und Einreisen unbeschränkt möglich seien.

Unita fordert Mitsprache in Angola

Savimbi zeigt sich nach Erfolg seiner Guerrilla selbstbewußt / Zweifel am Abzug Kubas

MONIKA GERMANI, Jamba

Eine Lösung der Probleme in Angola und der Namibia-(Südwestafrika)-Frage ist nach Ansicht von Jonas Savimbi, des Führers der antikommunistischen angolanischen Widerstandsbewegung Unita, nur unter Mitwirkung der Unita möglich. Savimbi, der ausländische Journalisten in seiner provisorischen Hauptstadt Jamba in Südangola empfing, stützt seine Aussage auf die Erfolge seines Guerrilla-Krieges gegen die kommunistische Regierung Dos Santos in Luanda und der beiden letzten Unita-Offensiven seit Beginn des Jahres. Dabei kamen nahezu 2000 Soldaten der Regierung und 252 Kubaner ums Leben, 153 Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Große Mengen sowjetischer Waffen wie MiG-Flugzeuge, Hubschrauber und Panzer der Typen T-34 und T-54 wurden zerstört.

Panzer erbeutet

Bei einer Truppenparade zum Abschluß des außerordentlichen Parteitages der Unita präsentierten sich 2000 ihrer Soldaten mit preußischer Präzision; sie paradierten mit zwei T-54-Panzern und anderen erbeuteten Fahrzeugen. Nach eigenen Angaben kontrollieren die Rebellen ein Drittel des Landes; in einer Zangenbewegung stoßen sie von den Nordost- und Nordprovinzen auf Luanda vor. Bis Dezember will Savimbi 7000 Mann aus den „befreiten Gebieten“ abziehen, um sie vor Luanda einzusetzen.

Bei dem Gespräch mit Savimbi, an dem auch die WELT teilnahm, betonte dieser mit Blick auf die kürzlichen Verhandlungen auf den Kapverden, daß Südafrika kein Interesse habe, die Unita zu zerstören und die MPLA zu unterstützen. Er betrachte sowohl Südafrikas Präsident Pieter-Willem Botha als auch Außenminister Roelof Botha als seine Freunde. Er wies aber gleichzeitig darauf hin, daß zwischen der moçambiquanischen Widerstandsbewegung Renamo und der Unita ein Unterschied bestehe. Dessen seien sich die Südafrikaner bewußt. „Die Unita wurde von uns geschaffen, um für die Befreiung von den Portugiesen zu kämpfen.“

Savimbi wandte sich gegen eine Teilung Angolas zwischen der MPLA und seiner Bewegung. Die MPLA würde die Kubaner im Norden des Landes belassen. Ein solcher Plan würde den Sowjets nützen. Es sei nicht im Interesse Südafrikas, die Kubaner im Norden Angolas zu belassen, damit sie fünf Jahre später mit dem gleichen Problem konfrontiert würden, wenn diese an die Namibia-Grenze zurückkehrten.

Auf die Frage der WELT, wie er die Investitionen der US Gulf Oil in der Enklave Kabinda beurteile, die 75 Prozent der angolanischen Devisen einbringe und damit beitrage, die MPLA an der Regierung zu halten, sagte Savimbi: „Wir sind nicht gegen die amerikanischen Interessen. Die Wiederwahl von Präsident Reagan wurde von uns hier in Jamba mit Jubel begrüßt. Amerika ist nicht unser Feind. Aber wir halten seit langem Gulf Oil für sehr unvernünftig. Sie hat ihre Verträge seinerzeit mit den Portugiesen unterzeichnet. Jede angolanische Regierung muß ihr Öl verkaufen. Aber Gulf Oil intrigiert gegen uns, obwohl sie weiß, daß die MPLA den Kampf verliert. Wir werden weiterhin ihre Pipelines sabotieren.“

Vorwürfe gegen die MPLA

Auf die kubanische Präsenz eingehend, sagte Savimbi: „Die MPLA hat 2500 schwarze Kubaner ins Land gelassen, die man nicht von den Angolanern unterscheiden kann. Das beweist, daß sie nicht ehrlich mit den Amerikanern verhandelt.“ Er habe auch Beweise dafür, daß die Regierung den Abzug der Kubaner nicht wirklich wünsche.

Erneut bezweifelte Savimbi die Ernsthaftigkeit des angolanischen Angebots über einen Abzug der Kubaner. Doch würden die Amerikaner erkennen, daß Dos Santos „mit gezinkten Karten“ spiele. Außerdem werde die Kriegführung gegen die Unita künftig den Kubanern überlassen werden, da die Regierungstruppen immer stärker demoralisiert würden. Als Beispiel für den wachsenden Konflikt zwischen beiden wies Savimbi auf einen Vorfall hin, wonach sechs tote Kubaner aus der Kampfzone ausgeflogen, zehn verwundete angolanische Soldaten jedoch zurückgelassen wurden. Regierungssoldaten unterstützten inzwischen die Bevölkerung bei Ausschreitungen gegen Kubaner.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Apel

Apels Schrei: Schweinerei!

Der obige Aufschrei des Bürgermeisterkandidaten der SPD in Berlin wegen der Teilnahme großer Teile seiner Partei an antiamerikanischen Demonstrationen ohne sein Wissen (?) beweist eindeutig zweierlei: 1. Herr Apel hat selbst vom inneren Zustand seiner Berliner Partei keinerlei Ahnung. Wie wird es dann erst mit den Kenntnissen über Berlin sein? 2. Der von Herrn Apel geweckte Anschein, die SPD stände hinter ihm, ist eine glatte Täuschung. Apel ist nichts anderes als eine geduldete Gallionsfigur des SPD-Wahlschiffes, dessen Kurs in Wahrheit scharf links geht. Da wird Apel nach der Wahl ebenso wenig gefragt werden wie diesmal, ob eine Koalition mit der „AL" eingegangen wird. Mit diesen Tatsachen muß sich Herr Apel abfinden. Der Berliner Wähler aber sollte seine Stimmabgabe sehr eingehend durchdenken, damit er nicht wie in Hessen am Tage nach der Wahl gegen seinen Willen von einem neuen Börner-ismus überrascht wird.

Mit verbindlichen Grüßen
H. Gräbner,
Veckerhagen

„Friedensfreunde"

„Brandts Auftritt": WELT vom 5. November

Sehr geehrte Herren,

der Auftritt des SPD-Vorsitzenden als Scharfmacher auf der Veranstaltung der sogenannten Friedensbewegung in Bonn am letzten Wochenende war entlarvend, hat er doch mit aller Deutlichkeit bestätigt, daß Herr Brandt voll und ganz auf den Kurs der Grünen und Kommunisten eingeschwenkt ist und sich auch deren Vokabular bedient.

Während fanatisierte „Friedensfreunde", ohne daß jemand auch nur den leisesten Versuch gemacht hätte, sie daran zu hindern, die amerikanische Flagge verbrannten, geißelte Brandt die Mittelamerika-Politik der amerikanischen Regierung.

Es ist aufschlußreich, daß Brandt die Subversion und Aggression, wie Moskau und seine Helfershelfer sie in Mittelamerika betreiben, übersieht oder sogar – wie im Fall Nicaragua – begrüßt und gutheißt, die Abwehr dieser Aggression jedoch unter dem frenetischen Beifall seiner Gesinnungsgenossen als verwerflich verdammt. SPD, quo vadis?

Mit freundlichen Grüßen
P. Voelker,
Hildesheim

Renten

Sehr geehrter Herr Gillies,

Sie haben kluge Worte für die Erhöhung der Renten um rund ein Prozent gefunden, und mancher Rentner würde Ihnen auch gern zustimmen. Nur hat sich nach der letzten Rentenanpassung einiges in Deutschland geändert.

Glaubten die Rentner noch zuvor mit allen anderen ein gleichgewichtiges Opfer bringen zu müssen, so ist dies nach den letzten Tarifvereinbarungen, in der Wirtschaft und vor allen Dingen der für den öffentlichen Dienst geplanten, vorbei.

Bei Beibehalt der ursprünglich angekündigten Nullrunde wäre alles weiterhin in Ordnung gewesen, nach den angebotenen 2,8 Prozent, die sich sicherlich noch erhöhen werden, nicht mehr. Oder meinen Sie, daß die Rentner nun noch Einsicht haben werden? Bestimmt nicht.

Mit freundlichem Gruß
O. Jenner,
Wedel/H.

Wort des Tages

„In uns selbst liegen Kräfte, deren wir bedürfen, um den Nihilismus zu überwinden. Diese Kräfte wollen geweckt sein, so wie in jedem erkrankten Körper Kräfte des Widerstands geweckt sein wollen. Es ist die Stimme des Herzens, die wir nicht überhören dürfen. Sie verlangt nach dem Schönen und Ewigen, das uns auch in dieser bedrohten Welt in tausendfältiger Gestalt noch umgibt, wenn wir es nur erkennen wollen."

Otto Heuschele; deutscher Autor (1900–1984)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Dr. **Heinrich Reiß**, feierte in Bielefeld seinen 65. Geburtstag. Im März kommenden Jahres wird er in den Ruhestand gehen. Er wurde in Essen geboren. Als Schüler prägte ihn der Pietismus um den damaligen Jugendpfarrer **Wilhelm Busch**. Im Zweiten Weltkrieg war er Offizier. Danach studierte er Theologie. 1960 wurde er als Landeskirchenrat nach Bielefeld berufen. 1969 wählte ihn die Landessynode als Oberkirchenrat in die Kirchenleitung. Seit dem 1. Juli 1977 amtiert er in der Nachfolge von **Karl Koch, Ernst Wilm** und **Hans Thimme** als Präses der Westfälischen Kirche. Den Schwerpunkt seiner Aufgabe sieht Reiß als Präses in der Landeskirche. Aber er hält auch enge Kontakte zu den Kirchen in Mitteldeutschland.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Korea wird **Jürgen Kleiner**. Der Jurist, Jahrgang 1933, in Marburg geboren, trat 1964 in das Auswärtige Amt ein. Er war auf Auslandsposten in Oslo und in Seoul und dort bereits als Ständiger Vertreter des Botschafters eingesetzt gewesen. Anschließend folgte eine Versetzung nach Budapest, bevor Kleiner 1979 ein Referat in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes übernahm. Der Diplomat gilt für Korea als hervorragender Experte im Amt: Er lernte bereits bei seinem ersten Aufenthalt in Korea die Sprache des Landes und veröffentlichte unter anderem 1980 das Buch „Korea, Betrachtungen über ein fernliegendes Land".

Einer der profiliertesten Verleger Berlins, Ministerialrat a. D. Professor Dr. **Johannes Broermann**, ist in Berlin verstorben. Der aus Westfalen stammende Katholik war seit 1938 Eigentümer des renommierten Verlages Duncker & Humblot, in dem seit 1945 rund 5000 Bücher erschienen sind. Das Unternehmen legte das Schwergewicht stets auf Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

US-Bischöfe beklagen die Armut

Hirtenbrief der katholischen Kirche fordert eine „wirtschaftliche Demokratie"

FRITZ WIRTH, **Washington**

Fünf Tage nach dem Wahlsieg der Republikaner, der auch ein massives Votum für die Wirtschatspolitik der Reagan-Regierung war, hat die katholische Kirche der Vereinigten Staaten den noch umstrittenen Entwurf eines Hirtenbriefes vorgelegt, der verschiedene Aspekte der Wirtschaftspolitik der Regierung scharf kritisiert.

„Das Experiment in politischer Demokratie unserer amerikanischen Gründerväter hat viel zum Schutz unserer zivilen und politischen Rechte in unserer Nation beigetragen", heißt es in dem 110-Seiten-Dokument. „Die Zeit ist nun gekommen für ein ähnliches Experiment in wirtschaftlicher Demokratie: die Schaffung einer Ordnung, die die minimalen Bedingungen menschlicher Würde im wirtschaftlichen Bereich für jeden einzelnen sicherstellt."

Der Hirtenbrief ist die bisher intensivste und kritischste Auseinandersetzung der katholischen Kirche in den USA mit dem Kapitalismus. Die Bischöfe messen die Ergebnisse und Erscheinungsformen dieses Wirtschaftssystems an den Maßstäben katholischer Moraltheologie und Soziallehre. Das Ergebnis ist negativ.

Der Bericht erscheint 18 Monate nach dem Hirtenbrief der amerikanischen katholischen Bischöfe über Krieg und Frieden. Es ist zweifelhaft, ob die jetzt vorgelegte Kapitalismus-Kritik ähnliche Spannungen zwischen Regierung und katholischer Kirche auslösen wird wie die über die moralischen Aspekte der nuklearen Rüstung.

Affront gegen Reagan

Das Thema dieses jüngsten Hirtenbriefes ist spröder und nicht so emotional aufgeladen wie das Nuklearthema. Dennoch muß ihn die Regierung Reagan, die in diesem Dokument niemals direkt angesprochen wird, als einen Affront betrachten, denn zahlreiche Thesen dieses Briefes liegen den Wirtschafts- und Sozialideen der Demokraten wesentlich näher als denen der Republikaner.

Erzbischof Rembert G. Weakland von Milwaukee, der das Komitee von fünf Bischöfen leitete, die dieses Dokument in dreijähriger Arbeit verfaßten, wiegelt denn auch schon alle zu erwartende Kritik mit dem Hinweis ab: „Dieser Brief ist weder ein politisches Instrument für Demokraten oder Republikaner. Es ist nicht unsere Aufgabe, Partei zu ergreifen. Uns geht es allein darum, festzustellen, wie wirtschaftliche Fragen das Leben der Menschen behelligen".

Der Hirtenbrief steht im Mittelpunkt der katholischen Bischofskonferenz, die heute in Washington beginnt. Er ist zunächst nur ein Diskussionspapier und soll in den nächsten Monaten noch erheblich revidiert werden.

Sollte die Schlußfassung im November nächsten Jahres von mindestens 80 Prozent der 290 Bischöfe gebilligt werden, wird er zum offiziellen Hirtenbrief erklärt und damit an katholischen Schulen gelehrt und in den Gemeinden und von den Kanzeln als katholische Lehrmeinung vertreten. Die katholische Kirche ist mit 50 Millionen Gläubigen die größte Glaubensgemeinschaft in den Vereinigten Staaten.

Die Kritik der katholischen Bischöfe am kapitalistischen Wirtschaftssystem stützt sich vor allem auf jüngste Äußerungen des Papstes über die „imperialistischen Monopole", auf seine Enzyklika „Laborem Exercens" aus dem Jahre 1981 und auf Ergebnisse des zweiten vatikanischen Konzils. Sie ist im Grunde mehr eine Sozial- denn Systemkritik.

„Alle Menschen besitzen Rechte im wirtschaftlichen Bereich", heißt es wörtlich in dem Dokument, „und die Gesellschaft hat eine moralische Verpflichtung, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, daß niemand von uns hungrig, obdachlos und ohne Arbeit ist oder ihm anderweitig die nötigsten Dinge zu einem Leben in Würde verweigert werden."

Die Bischöfe fordern ferner, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze die höchste Priorität in der amerikanischen Wirtschatspolitik bekommen müsse. Das gegenwärtige Maß an Arbeitslosigkeit sei moralisch nicht zu rechtfertigen. Die Nation müsse mit einer neuen politischen Initiative anstreben, die Vollbeschäftigung zu erreichen.

Sie nennen ferner die Tatsache, „daß 15 Prozent der Bürger unserer Nation unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben, einen sozialen und moralischen Skandal". Die Verteilung von Reichtum und Einkommen sei unakzeptabel. Im Jahre 1982 hätten die reichsten 20 Prozent der Amerikaner mehr Einkommen bezogen als die „unteren" siebzig Prozent zusammen.

Zugleich kritisieren die Bischöfe scharf die Entwicklungspolitik der amerikanischen Regierung. Die Politik gegenüber den Entwicklungsländern, deren Akzente früher auf menschlichen Notwendigkeiten und dem jeweiligen Stand der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gelegen habe, sei selektiver geworden und lege nun mehr Gewicht auf die Bedeutung dieser Länder für die geopolitische Strategie der USA.

Die amerikanische Regierung habe eine moralische Pflicht, die Armut in der Dritten Welt zu reduzieren. Die Bischöfe fordern die amerikanische Regierung außerdem auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um die finanzielle Schuldenlast der ärmsten Nationen zu reduzieren.

Scharfe Reaktionen

Im übrigen stellen die Bischöfe eine direkte Beziehung zu ihrem so hochumstrittenen Hirtenbrief über Krieg und Frieden aus dem Jahre 1983 her. Sie kritisieren die angeblich wachsende Militarisierung der amerikanischen und der Weltwirtschaft. Das Rüstungsrennen zwischen Ost und West auf konventionellem und auf nuklearem Gebiet sei sowohl eine Bedrohung für den Weltfrieden als auch für wirtschaftliche Gerechtigkeit. Es entziehe finanzielle Mittel, die zur Befriedigung menschlicher Nöte gebraucht würden. Noch schädlicher sei das Rüstungsrennnen zwischen Entwicklungsländern und ihren Nachbarn.

Das Dokument der Bischöfe hat nicht nur in amerikanischen Regierungskreisen, sondern innerhalb der amerikanischen katholischen Kirche scharfe Reaktionen ausgelöst. Eine Gruppe von 27 prominenten katholischen Laien, der auch der ehemalige Außenminister Alexander Haig angehört, legte bereits vor zwei Tagen ein „Gegen-Dokument" vor, in dem freies Unternehmertum und das kapitalistische Wirtschaftssystem verteidigt werden. Die katholische Kirche beklage die Armut in der Dritten Welt, heißt es darin, die Beseitigung der Armut aber sei genau das Grundprinzip und die Essenz des Kapitalismus.

Die Diskussion um den provokativen Hirtenbrief der Bischöfe aber hat damit erst begonnen. Es ist zu bezweifeln, daß alle ihre Wirtschaftsthesen die nächsten zwölf Monate ungeschoren überleben werden.

Bahr und Scholz: Kein Streit über „DDR"-Fragen

p. p. **Bonn**

In den „Bonner Perspektiven" des ZDF haben der Berliner Bundessenator Scholz und der SPD-Bundestagsabgeordnete Bahr gestern in einem „Streitgespräch" deutlich werden lassen, daß der Streit über die Respektierung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft zwischen Regierung und Opposition „nicht so groß ist, wie es scheinen könnte" (Bahr). Der SPD-Politiker unterstrich, daß es darum gehe, „darüber zu reden, was will die DDR unter Respektierung verstehen". Dann werde man sehen, ob man sich darüber verständigen kann. Auch Scholz räumte ein, daß „wir die Respektierung ja in einer ganz bestimmten Dimension praktizieren: Wenn jemand aus der DDR zu uns kommt und hier vorübergehend ist, und er sagt, ich möchte hier behandelt werden als DDR-Bürger, dann respektieren wir das in seiner Person". Denn „wir begreifen ja unsere Staatsangehörigkeit im Grunde als eine Option, als ein Angebot". Während Bahr noch einmal unterstrich, daß „wir unser Staatsbürgerrecht nicht ändern, das heißt jeder, der hierher kommt als Deutscher, ist Deutscher", blieb Scholz bei seiner Warnung vor der „ebenso unklaren wie verführerischen Formel von der Respektierung".

Diepgen zu Besuch in Israel

SAD, **Jerusalem**

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen wurde am Sonntag, dem ersten Tag seines Besuchs in Israel, von Staatspräsident Chaim Herzog und dem Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, empfangen. Diepgen hatte zu Beginn seines Aufenthalts an einer Weihestunde für die Toten des Holocaust teilgenommen. Bürgermeister Diepgen wird im weiteren Verlauf seines Besuchs von Premierminister Peres, Außenminister Shamir und Knesset-Präsident Hillel empfangen werden. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, der zur offiziellen Delegation Diepgens gehört, hob hervor, daß – nach den Hauptstädten der drei Schutzmächte – der erste Auslandsbesuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Israel gelte.

Streit um eine geheiligte Tradition: Die Öffnungszeiten der britischen „Pubs"

„Ab drei gibt's nichts mehr zu trinken"

Time, gentlemen!" heißt der vom Klang einer Glocke begleitete Schreckensruf, der in Londons „Pubs" zehn Minuten vor 23 Uhr erklingt. Er ist das Signal für einen wilden Countdown, noch rasch ein „pint" oder eine letzte Runde für die Clique zu ergattern. Denn zehn vor elf ist in Englands Kneipen, was man andernorts fünf vor zwölf nennt. Sind die Engländer sonst im disziplinierten Schlangestehen Weltmeister, so können sie kurz vor Toresschluß an der Theke ganz gehörig knuffen.

Das ist freilich nicht der einzige Grund, daß die strengen Schlußzeiten von Englands „öffentlichen Häusern", wie die „public houses" zur Freude unserer englischlernenden Schulkinder in wörtlicher Übersetzung heißen, unter Beschuß geraten sind. Was Schotten recht ist, soll Engländern billig sein, meint eine starke Lobby unter letzteren, die seit einiger Zeit kräftig ins Horn stößt.

Ausgerechnet das als sittenstreng geltende Schottland hat die strikte Reglementierung der Schankstunden 1976 aufgehoben. Das war auch höchste Zeit, meinten viele, die mit den Ursprüngen dieser lange geheiligten Tradition vertraut sind. Die datiert aus dem Kriegsjahr 1915, in dem die britische Regierung die Produktion von Munition für den Stellungskrieg ankurbeln wollte und glaubte, mit Beschränkungen der Trinkfreiheit in den „Pubs" zum Ziel zu kommen.

„Im Sommer nächsten Jahres wird eine Untersuchung in Schottland Vor- und Nachteile der Liberalisierung der Öffnungszeiten amtlich ermitteln", sagte der WELT ein mit „Pubs" von Amts wegen vertrauter Sprecher des Innenministeriums in London. Er ließ keinen Zweifel daran, daß man in England nichts überstürzen und erst einmal die im Herbst erwarteten offiziellen Erfahrungen der Schotten abwarten wolle.

Die Zeiten haben sich auch sonst seit 1915 etwas geändert. Der Mann vom Ministerium über die Lobby der Zwangs-Abschaffer: „In erster Linie fordert die Fremdenverkehrsindustrie flexiblere Schankzeiten." Dazu

Rund um Big Ben – ARD, 21.45 Uhr

macht dieser Witz die Runde: Kommt ein Franzose zum ersten Mal ins Vereinigte Königreich und berichtet aus seinem Urlaub: „Da hab ich mich eben erst an das 'Bitter' gewöhnt, und schon machen die den Laden dicht." Oder die Reaktion eines Deutschen mit Bierbauch, der gerade durstig von einer Besichtigung des Tower auftaucht, alle „Pubs" der Gegend vergeblich abklappert und dann die Lieben zu Hause telefonisch warnt: „Kommt nicht nach, hier gibt's um drei schon nichts mehr zu trinken."

Unser Ministeriums-Insider weiter: „Well, wir Engländer sind inzwischen auch in vielen Urlaubsländern herumgekommen. Bei der Rückkehr wundern sich dann viele: Warum gibt es nur bei uns diese starren Regeln?"

Auch die Großbrauereien, denen in England die meisten „Pubs" gehören, versprechen sich plötzlich Wunder von flexiblen Schankzeiten, die das Schema – mittags drei Stunden Zapfzeit und dann erst wieder ab 17.30 Uhr – durchbrechen. Denn der Konsum ist rückläufig. In diesem Punkt haben die Brauer eine Wende um 180 Grad vollzogen, denn in den goldenen Zeiten der Wachstumskurven hörte man aus dieser Ecke oft eine besonders lautstarke Verteidigung des Status quo, der lautet: Muß der Gast immer ängstlich auf die Uhr schauen, dann trinkt er schneller und mehr, als wenn er sich Zeit lassen kann.

Nach Ansicht der „Gesellschaft zur Ehrung des Sonntags" sind die Verfechter der Trinkfreiheit zu jeder Tageszeit selbstredend im Ausland „verdorben" worden. Sie würde die Zwangsjacke der Öffnungszeiten am liebsten noch enger schnüren. Ebenso wie jene nur „Alkoholismus" verstehen, wenn jemand das Loblied geistiger Getränke singt. Unvoreingenommene Beobachter, und die sind im „Pub"-freudigen England wohl eine Minderheit, sehen bei dieser Kontroverse eines ganz klar: Wie sich die Regierung auch entschließt, allen wird sie es niemals recht machen können. SIEGFRIED HELM



Bierausschank streng nach Stundenplan: So war's in britischen Pubs bisher üblich. FOTO: GESCHE-M. CORDES

KRITIK

Auf des Bockes spitzem Buckel

Der Samstagabend im ZDF begann martialisch: Zur Hauptsendezeit sollte es Marschmusik geben, als wär's ein Fest der alten Kameraden. Aber als der Vorhang hochging, da stelzten nur österreichische Veteranen vor die Kamera, anzuschauen wie ein Betriebsausflug ausgedienter Wiener Gasableser. Gut so, sagte der erstaunte Zuschauer, hatte er doch vorher Max Rehbeins aufregende Minuten mit den professionellen Cowboy-Artisten in **Action** miterlebt.

Wer Tiere liebt, hört auf den Tierschutzbund. Dieser nämlich weiß Bescheid. Wer indes diesmal hinhörte, hatte Mühe, zwischen den Anschuldigungen der Tierlobby und den tatsächlichen Vorgängen bei den angekündigten Rodeos eine konkrete Verbindung zu finden. Zur Sache: In den USA gibt es Cowboys, die als Berufsartisten auftreten, das heißt, sie reisen von Rodeo zu Rodeo, kriegen dort ein ungezähmtes Pferd unter den Hintern und müssen sich auf der bockigen Ziese genau acht Sekunden behaupten. Danach werden sie mit Punkten bedacht. Die Pferde kommen nach jedem Acht-Sekunden-Ritt für zwei Wochen auf die freie Weide. Die Reiter jedoch rasen zum Flughafen, um pünktlich den nächsten Rodeo-Austragungsort zu erreichen.

Max H. Rehbein hat diese Macho-Szene aufgesucht. Voller Eifer und Beharrlichkeit verfolgte er eine Wegstrecke des Rodeo-Artisten Monty, sah ihm zu, wie er vor Beginn der öffentlichen Schaustellung fromme Gebete zum texanischen Himmel schickte, betrachtete das Aufzäumen des wilden „Mustangs", stieß ihm mit der Kamera nach, wenn er auf dem spitzen Buckel des Bocks auf- und niederhüpfte, kurz Rehbein sah zu. Aber in dem Zuschauen steckte ein hübscher Anteil kritischer Distanz.

Freilich galt sie nicht den Pferden, die gewiß viel weniger gequält werden in diesem Rodeo-Rund als unsere hochdotierten Rennpferde, die für länger als acht Sekunden in die Arena müssen und hinterher nicht zu zwei Wochen Koppelfreiheit entlassen werden. Sie galt allerdings auch nicht den supermännlichen Masochisten im Sattel, die sich ja selber zu einer anderen Zirkusdisziplin entscheiden könnten. VALENTIN POLCUCH







III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Mensch Bachmann
10.50 action
Der Acht-Sekunden-Cowboy
11.35 Der Harz
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Nachtzug nach Berlin
17.05 Der fliegende Ferdinand
5. Teil: Die Familie auf dem Ast
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Schönheit hat ihren Preis
21.00 Alter Mann, wir brauchen dich
Deutsche Senioren helfen in Afrika
Die Erfahrungen, die drei Rentner in ihrem langjährigen Berufsleben gesammelt hatten, konnten sie lange Zeit nicht nutzen und kamen sich daher, wie so viele ihres Alters, überflüssig vor. Doch dann gingen sie als „Senioren-Experten" nach Afrika, wo sie für einige Monate afrikanische Betriebe betreuten und sich und anderen bewiesen, daß sie noch nicht zum alten Eisen gehören. Über die Arbeit dieser Männer berichtet Peter Grubbe.
21.45 Rund um Big Ben
Britische Notizen
Bericht von Wolf von Lojewski
22.30 Tagesthemen
23.00 Im Zeichen des Löwen
Französischer Spielfilm (1959)
Regie: Eric Rohmer
Pierre Wesselin, als Komponist nicht sehr erfolgreich, hofft auf eine Erbschaft. Als diese jedoch ausbleibt, rutscht er ab ins Milieu der Clochards.
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mikroprozessor – Mikrocomputer
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Moschusochsen jenseits des Polarkreises
Mit Marlin Perkins
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 SOKO 5113
Der feine Unterschied
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Stahlgewitter
Über die weltweite Stahlkrise berichtet Günter Ederer
20.15 Willi wird das Kind schon schaukeln
Deutscher Spielfilm (1971)
Mit Heinz Erhardt u. a.
Regie: Werner Jacobs
Anschl. Ratschlag für Kinogänger „Unter dem Vulkan" von John Huston
Vorgestellt von Manfred Delling
21.45 heute-journal
22.05 Auf verwehten Spuren
Amerika wird entdeckt
Von Florida nach Kalifornien
22.50 Union der festen Hand (2)
Die verzweifelte Situation des Industrieproletariats im Ruhrgebiet von 1918 bis 1928 wird im zweiten Teil des Fernsehspiels von Claus Hubalek besonders deutlich. Auch die Bedeutung der beiden großen Parteien KPD und NSDAP soll in dieser Romanverfilmung nach Erik Reger Beachtung finden.
0.20 heute

Pierre Wesselin (Jess Hahn, li.) zieht mit einem Freund (Jean le Poulain) durch die Straßen von Paris (Im Zeichen des Löwen – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: TELEBUNK

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich ...
Otto Graf Lambsdorff
21.45 Landesspiegel
Mehr Umweltschutz – Chance für mehr Arbeitsplätze?
22.15 Der Ausflug
Film von Otto Schnelling
23.35 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Eine Klassenreise (5)
19.15 Mensch und Metall (6)
20.00 Tagesschau
20.15 Das geschenkte Kind
21.00 Das Montagsthema
Politiker mit gläsernen Taschen?
22.00 Der Tag der Eule
Italienischerr Spielfilm (1968)
Mit Claudia Cardinale, Franco Nero, Lee J. Cobb u. a.
Regie: Damiano Damiani
23.45 Nachrichten

HESSEN

19.00 Computer spezial
20.00 Trends
Magazin für Wirtschaft und Soziales
20.45 Die Sprechstunde
Der Blinddarm
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
Vergaloppiert
22.30 Wege zum Menschen
Urbilder der Seele
C. G. Jungs Analytische Psychologie

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
Claire Waldoff – Berliner Schnauze aus Gelsenkirchen
20.35 Die Weltwirtschaftskrise
Kann es wieder passieren?
21.20 Buck Rogers
21.45 Wer die Oma nicht kennt, hat die Zeit verpennt ...
Ein Autobahn-Kiosk und seine Gäste
22.30 Jazz am Montagabend
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
Bilder von Pieter Bruegel
22.05 Wege zum Menschen (13)
„Auf der Suche nach Sinn"
Logotherapie
22.50 Schauplatz New York
Ein hochbrisanter Fall
Kriminalfilm
23.35 Rundschau

Stoltenberg wehrt sich gegen die Kritiker in den eigenen Reihen

„Konzeption der Steuerreform nicht problematisieren" / Protest der Sozialausschüsse

DW. Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat an alle Politiker der *Regierungsparteien* appelliert, die Konzeption der Steuerreform in zwei Stufen nicht weiter zu „problematisieren". Unter deutlicher Anspielung auf Kritik aus den Reihen der Koalitionsparteien warnte Stoltenberg auf dem schleswig-holsteinischen CDU-Landesparteitag in Harrislee bei Flensburg: „Wer überzeugende Konzepte weiterhin in Frage stellt, der dient nicht unserer Sache, sondern schadet ihr."

Für eine Verwirklichung der Steuerreform in einem Zug 1986 sprach sich in der WELT am SONNTAG der bayerische Finanzminister Max Streibl aus.

Stoltenberg hatte offensichtlich auch die Kritik im Auge, wie sie insbesondere in der rheinischen CDU an seinem Kurs geäußert worden ist. Dem Bundesfinanzminister wurde *auf der Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft* christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter in den rheinischen Sozialausschüssen vorgehalten, sehr schnell 3,5 Milliarden Mark für die Bauern aufgetrieben zu haben und jetzt noch schneller die zwei Milliarden Mark der Investitionshilfeabgaben zurückzahlen zu wollen, nachdem das Bundesverfas*sungsgericht sie für rechtswidrig* erklärt habe. Für ein besseres Mutterschafts- und Kindergeld habe der Minister keine Mittel gehabt. Auch der rheinische CDU-Vorsitzende Bernhard Worms, der im Landtagswahlkampf 1985 gezielt um Arbeitnehmer- und SPD-Wähler wirbt, nannte die von Stoltenberg geplante Steuerreform unbefriedigend. Worms: „Eine solche Politik kann nicht in Wahl*stimmen umgesetzt werden."*

Der Bundesfinanzminister empfahl dringend, darauf zu achten, daß die geplante Steuerentlastung in Harmonie gebracht werde mit der vorrangigen Aufgabe, die Neuverschuldung des Bundes und der Länder noch weiter zurückzuführen. Die Ausgaben des Bundes könnten im nächsten Jahr um 2,5 bis vielleicht 3,0 Prozent zunehmen. Stoltenberg erinnerte daran, daß im Haushalt '85 keine weiteren gesetzlichen Eingriffe bei sozialen Leistungen vorgesehen seien. Er nehme an, daß dies für die Wahlperiode gelten könne. Zu den beabsichtigten Privatisierungsaktionen meinte der Minister, er rechne damit, daß noch in diesem Jahr eine Vorlage vom Kabinett verabschiedet werde. Man könnte durch die Privatisierung von Bundesbeteiligungen Erlöse in Höhe von etwa eineinhalb bis zwei Milliarden Mark erzielen. Eine Absage erteilte Stoltenberg der Forderung, die Stahlfusion Krupp/Kloeckner zu subventionieren.

Wirtschaftspolitisch bezeichnet der Finanzminister die Bundesrepublik heute als „Weltmeister der Stabilität". Das wichtigste Ergebnis der Bundespolitik seit dem Regierungswechsel sei das Herabdrücken der Inflationsrate von rund sechs Prozent während sozialdemokratischer Regierungsführung auf nunmehr rund zwei Prozent. Dieser „klare Kurs" müsse nun weiterhin gesichert werden. Stoltenberg sprach sich in diesem Zusammenhang gegen „zu viele Forderungen nach neuen Ausgaben bis in die Reihen der Koalitionsparteien" aus. Auf dem Arbeitsmarkt sei beschäftigungspolitisch „ein wirklicher Durchbruch noch nicht erreicht". Am wichtigsten sei jetzt das Beschäftigungsförderungsgesetz, dessen Verabschiedung bevorstehe.

Enderleins Wahl: Ist der Konflikt mit der Bundes-FDP programmiert?

Der neue Fraktionschef im Stuttgarter Landtag gilt als Kritiker Bangemanns

XING-HU KUO, Stuttgart

In einer Marathonsitzung haben sich die FDP-Abgeordneten im Stuttgarter Landtag am Wochenende geeinigt: Am 27. November werden sie den bisherigen *Stellvertreter* Jürgen Morloks, den 43jährigen Tübinger Historiker und Slawisten Hinrich Enderlein, zum neuen Fraktionschef wählen. Ferner scheint jetzt geklärt zu sein, daß Georg Gallus, Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Landwirtschaftsministerium, neuer Parteichef der durch Morloks Rücktritt „kopflosen" FDP in Baden-Württemberg wird. Allerdings muß Gallus, bisher einziger Kandidat für das Amt des Landesvorsitzenden, vom Dreikönigsparteitag am 5. Januar 1985 bestätigt werden. Eine Personalunion von Landes- und Fraktionsvorsitz, wie von Morlok praktiziert, wird es künftig nicht mehr geben.

Gallus als Gegengewicht

Vor allem die künftige führende Rolle Enderleins in der Südwest-FDP als neuer Fraktionschef dürfte viel Spreng- und Zündstoff in sich bergen. Denn der bisherige Lebenslauf des als „Linksaußen" geltenden Politikers weist vor allem einen Trend zur Auseinandersetzung mit der Bonner Parteizentrale und dem „rechten" Flügel der FDP auf. Nicht umsonst wurde jetzt der rechts eingeordnete Gallus für das Amt des Parteivorsitzenden vorgesehen, denn Enderlein als Landesparteichef würde eine Parallele zu Schmidt-Eppler-Querelen (in der SPD) innerhalb der FDP fast zwangsläufig hervorrufen.

Der 1941 in Luckenwalde geborene Enderlein flüchtete 1945 mit den Eltern aus Pommern, erlebte als Kind eine Zivilinternierung in Dänemark. In Bad Soden und Hamburg besuchte er bis 1954 Volksschulen, 1961 machte er sein Abitur in Gummersbach. In *Marburg und Tübingen studierte* Hinrich Enderlein Geschichte, Politik und Russisch, von 1968 bis 1969 war er als Forscher in der Sowjetunion. Die wissenschaftliche Laufbahn am Osteuropa-Institut der Tübinger Universität hielt Enderlein nicht lange aus, denn 1972 wurde er Landtagsabgeordneter der FDP, in die er 1969 eingetreten war. Enderlein gab seine Universitätslaufbahn auf, um *Berufspolitiker zu werden.*

Obwohl bundesweit Enderlein als zweiter Mann in der Führung der baden-württembergischen FDP weniger bekannt ist, sorgte er schon zu Beginn seiner politischen Karriere für Schlagzeilen im Lande. Heftige Kontroversen mit der CDU-Landesregierung einerseits, aber auch mit der FDP-Spitze in Bund und Land andererseits sind buchstäblich ein „roter" Faden im Leben des Vollblutpolitikers.

Vor allem als Kämpfer gegen den Extremistenbeschluß sorgte Enderlein bereits 1975 und später für Wirbel. Gemeinsam mit der auf Moskau orientierten DKP und ihren Hilfsorganistionen arbeitete er aktiv in Organisationen gegen „Berufsverbote" mit. Während die Landesregierung diese „Volksfront"-Aktivitäten des stellvertretenden FDP-Landesvorsitzenden heftig kritisierte, billigte ein FDP-Parteitag in Stuttgart später durch einen „Persilschein" diese punktuelle Zusammenarbeit mit der DKP.

Martin Bangemann, der 1985 als Nachfolger Genschers Bundesvorsitzender der FDP werden soll, war Enderlein schon lange ein Dorn im (linken) Auge. Enderlein warf Mitte der 70er Jahre dem heutigen Wirtschaftsminister Untätigkeit *vor, vor* allem als Folge von dessen Ämterhäufung (Bundestagsabgeordneter, Parteichef im Südwesten, Generalsekretär der FDP). Enderlein, der seine Abneigung gegen eine FDP-Koalition mit der CDU nie verheimlichte, gehörte deshalb auch nach der Bonner Wende im Oktober 1982 zu den schärfsten Kritikern dieser Regierungskoalition.

Sinn für Pragmatismus

Massive Attacken gegen Parteichef Hans-Dietrich Genscher standen im krassen Gegensatz zu der loyalen Haltung Morloks gegenüber Wende und Parteichef. Auch das schlechte Abschneiden der FDP bei der Landtagswahl am 16. März dieses Jahres führte Enderlein auf bundespolitische Fehlleistungen seiner Partei zurück. Auch wenn Enderlein, dem durchaus Sinn für Pragmatismus bescheinigt wird, nach außen inzwischen die Bonner Wende mitträgt.

In der Bonner FDP-Parteizentrale, wo sein einstiger Hauptgegner Bangemann demnächst Regie führen wird, ist sicherlich auch noch nicht vergessen, daß Enderlein auf dem entscheidenden Berliner Parteitag im November 1982 (unmittelbar nach der Installierung der CDU-FDP-Koalition in Bonn) gegen die Wiederwahl Genschers als Parteivorsitzender auftrat. Immerhin hat Enderlein für seine künftige Tätigkeit gute Vorsätze verkündet. Das „alte Flügeldenken" sei nicht mehr passend für die Partei.

Shultz: Keine Intervention in Nicaragua

DW. Paris/New York

Der amerikanische Außenminister Shultz hat versichert, daß die Vereinigten Staaten nicht direkt in Nicaragua eingreifen wollen. „Niemand hat *von einer direkten Intervention in* Nicaragua gesprochen", sagte er in einem Gespräch mit der französischen Zeitung „Le Monde".

Nach einem Bericht der „New York Times" erwägt die amerikanische Regierung, die zunehmenden sowjetischen Waffenlieferungen zur See nach Nicaragua mit US-Schiffen abzufangen und zu unterbinden. Unter Berufung auf hochrangige Regie*rungsvertreter meldete die Zeitung,* dies sei einer von mehreren Schritten eines gegenwärtig geprüften Planes, den diplomatischen und militärischen Druck auf die Regierung in Managua zu verstärken. Weitere Punkte seien zum Beispiel eine vollständige Flottenquarantäne Nicaraguas, die Rückberufung des dortigen amerikanischen Botschafters, eine Vermehrung und Intensivierung von Militärmanövern in Mittelamerika und die Wiederaufnahme der Hilfe für antisandinistische Rebellen.

Rückkehr in die UdSSR freiwillig?

AP/AFP, London

Zwei sowjetische Soldaten, die in Afghanistan desertiert sind und seit fünf Monaten in Großbritannien leben, werden in Kürze in die Sowjetunion zurückkehren. Das kündigte gestern die sowjetische Botschaft in London an. Unteroffizier Igor Rychow (22) und Soldat Oleg Chlan (21) sind nach Angaben des konservativen britischen Europa-Abgeordneten Lord Bethel seit Freitag „verschwunden", als sie sich in der Botschaft *nach ihren Familien hätten* erkundigen wollen. Einer der beiden habe am Vortag Post von seiner Familie aus der Sowjetunion erhalten.

Die sowjetische Vertretung erklärte dazu, die beiden Männer seien aus freien Stücken in die Botschaft gekommen und hätten ihre feste Entschlossenheit bekundet, in die UdSSR zurückzukehren. Die Botschaft werde ihnen dabei behilflich sein. Nach Angaben von Lord Bethel, der die beiden Deserteure nach Großbritannien gebracht hatte, droht ihnen in der UdSSR wegen Fahnenflucht die Todesstrafe.

Auch London will die Unesco verlassen

rtr, London

Großbritannien will nach einem Bericht der britischen Sonntagszeitung „Observer" dem Beispiel der USA folgen und die Unesco verlassen. Das Kabinett wird voraussichtlich in der kommenden Woche den von Premierministerin Thatcher und Außenminister Howe unterstützten Plan erörtern. Die USA wollen die von ihnen wegen undemokratischer Praktiken kritisierte Organisation zum Jahresende verlassen. Großbritannien, das umgerechnet 18,9 Millionen Mark zum Unesco-Jahresetat beiträgt, werde die vorgeschriebene Kündigungsfrist von einem Jahr einhalten, berichtet der „Observer".

Vogel warnt davor, das Thema der deutschen Minderheit aufzugreifen

Aussöhnung im Mittelpunkt der Warschauer Gespräche / Kontaktgruppe mit Polens KP gebildet

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Spitzen von Kirche und Partei in Polen haben den Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel „mit großer Sorge auf Äußerungen von Unionspolitikern hingewiesen, wonach die Grenzfrage wieder auf der Tagesordnung sei, und auch auf Äußerungen, die man so verstanden hat, als werde jetzt wieder von einer deutschen Volksgruppe oder Minderheitengruppe gesprochen". Nach seinem Warschau-Besuch warnte Vogel in einem WELT-Gespräch: Diese Debatte könnte „alles, was wir an Versöhnung auf den Weg gebracht haben, im Kern treffen". Ein Pole habe ihm gesagt: „Sollen wir wieder die Koffer packen, wo sollen wir denn eigentlich hin?" Vogel berichtete, daß in Polen „die Behauptung, es gebe eine deutsche Volksgruppe, in Erinnerung ruft, was damit unmittelbar vor dem Krieg im Zusammenhang stand".

Die „Wiederbelebung des deutsch-polnischen Aussöhnungsprozesses" habe im Mittelpunkt aller seiner Warschauer Gespräche gestanden, sagte Vogel. Er habe „konkrete Übersiedlungsfälle angesprochen, die mir mitgeteilt worden sind, aber auch das Problem generell". Auf KP-Chef Jaruszelski ruhe „eine ganz schwere Last, von deren Schwere man nach dem Gespräch noch eine deutlichere Vorstellung hat". Es sei in dem Gespräch „Bitterkeit" zu spüren gewesen über die Grenz- und Minderheiten-Debatte, aber auch über die Sanktionen, wie sie gegenüber keinem anderen Land ergriffen worden seien.

Die Spitzen der polnischen Kirche sowie der Parteiführung hätten ihm gegenüber einhellig den Mord an dem Priester Popieluszko als „Herausforderung" und „Schuß aus dem dunkeln" bezeichnet. Wie Vogel der WELT berichtete, sei es ihm gegenüber als „Schlüsselfrage" bezeichnet worden, „daß man über etwaige Hintermänner keine Klarheit hat und – wie einige sagten – im dunkeln tappt". Die Ermittlungen liefen weiter. Die derzeitige Lage ist nach seinen Eindrücken „gespannt". Der Mord sei „offenbar gegen die Reformpolitik der Staatsführung gerichtet, auch gegen die Haltung der Kirche und gegen die Kooperation beider". Es sei, wie einer seiner Gesprächspartner formuliert habe, „der empfindlichste Nerv überhaupt mit diesem Mord getroffen worden".

Zu den Vorwürfen aus Bonn, daß er während seines Warschau-Besuchs nicht mit Vertretern der polnischen Opposition gesprochen habe, sagte Vogel: Es gebe solche Gespräche zwischen der SPD und den „verschiedenen Bereichen der Opposition". Es gebe auch eine „laufende Information". Aber man müsse „alles zu seiner Zeit und nicht gleichzeitig tun". Diesmal sei er auf Einladung der Fraktion der Arbeiterpartei, „also de facto als Staatsgast", in Polen gewesen. Im übrigen müsse man an die Kritiker aus der Union die Gegenfrage stellen, „ob denn Herr Strauß, der nicht als Staatsgast, sondern als Privatmann in Polen war, bei seinem Aufenthalt in Warschau mit der Opposition zusammengetroffen ist".

Der Besuch habe auch ein Zeichen gesetzt, „daß die Periode der Stagnation des deutsch-polnischen Aussöhnungsprozesses und der Isolierung von unserer Seite aus doch sichtbar zu Ende geht". Und es sei – vergleichbar den Abmachungen mit der SED und der KPdSU – mit der Fraktion der Polnischen Arbeiterpartei die Bildung einer gemeinsamen Gesprächsgruppe vereinbart worden, die „vertrauensbildende Maßnahmen" besprechen soll.

Kohl an Warschau: Versöhnung nicht durch „törichte Propaganda" zerstören

Strauß: Deutsche Frage offen / Genscher und Rau nicht bei Vertriebenen-Kongreß

GERNOT FACIUS, Bonn

Die Position der Vertriebenenverbände, daß die 1972 verabschiedeten Ostverträge keine endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze bedeuten, wird nur von CDU und CSU auf höchster Ebene offensiv vertreten. Helmut Kohl und Franz Josef Strauß waren die einzigen Parteivorsitzenden, die der Einladung der Ostdeutschen Landsmannschaften und Landesvertretungen, auf ihrem Bonner Kongreß zu sprechen, folgten. Der Koalitionspartner FDP gab sich zurückhaltender. Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister und *Vorsitzender der Freien Demokraten,* auf den Einladungskarten als Redner ausgewiesen, entsandte den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Uwe Ronneburger. SPD-Chef Willy Brandt hatte bereits zu einem früheren Zeitpunkt abgesagt und seinen Stellvertreter Johannes Rau benannt. Aber auch Rau ließ sich entschuldigen und durch den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten Günter Herterich vertreten.

Rücksicht auf Polen?

Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende, der die Vertriebenen gegen Angriffe im Zusammenhang mit der „Revanchismus"-Kampagne verteidigte, ging unter dem Beifall der Delegierten auf diese Absagen ein. Kohl: „Für die Vorsitzenden der CDU und der CSU ist es heute selbstverständlich, hierherzukommen." Genschers Zurückhaltung wurde allgemein mit Versuchen des Bundesaußenministers begründet, seine bevorstehnde Polen-Reise nicht zu belasten. Die polnische Propaganda, die in der Visite eine willkommene Möglichkeit der internationalen Aufwertung Warschaus sieht, hatte in den vergangenen Wochen nichts unversucht gelassen, um den Kanzler gegen seinen Außenminister in der Grenzfrage auszuspielen. Genscher wiederum wurde in CDU/CSU- und Vertriebenenkreisen wegen seiner Bemühungen kritisiert, die Bezeichnung Ostdeutschland künftig zu vermeiden.

Der Kanzler bekundete den festen Willen zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen, ja er möchte, wie er vor dem Kongreß sagte, dem Verständigungswerk den Rang der deutsch-französischen Versöhnung geben. Er sparte in seiner Rede aber nicht die Stolpersteine aus. Die in der Bundesrepublik Deutschland lebende starke polnische Volksgruppe genieße alle Rechte und stelle eine Brücke zwischen Deutschen und Polen dar. Er wünsche sich, daß man ähnliches auch von den Deutschen im polnischen Machtbereich sagen könne. An dieser Stelle erwähnte er die bevorstehende Warschau-Reise Genschers und sagte, daß er daran die Hoffnung auf eine Vertiefung der Beziehungen knüpfe. Ausdrücklich warnte Kohl davor, das Werk der Verständigung durch „törichte Revanchismus"-Propaganda zu zerstören.

Strauß sprach sich für eine in der Öffentlichkeit zurückhaltende Politik im Verhältnis zum Osten aus. Im Warschauer Pakt, so der CSU-Vorsitzende, seien Entwicklungen im Gange, denen man nur schade, je mehr man darüber rede. Eine kluge Deutschlandpolitik erfordere eine umfassende Analyse der Vorgänge in Moskau sowie des Verhältnisses der Warschauer-Pakt-Staaten untereinander und zur Sowjetunion. Die deutschlandpolitischen Ziele dürften nicht aufgegeben werden. Eine andere Frage sei es, ob die Rechtspositionen bei jeder Gelegenheit dramatisch betont werden müßten. Strauß: „Die deutsche Frage bleibt völkerrechtlich bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einem vereinten Deutschland offen."

Attacken aus Moskau

Gegen den Vorwurf des Revanchismus nahm auch Uwe Ronneburger (FDP) die Heimatvertriebenen in Schutz. Der SPD-Abgeordnete Herterich forderte, die Ostverträge, die keine Grenzanerkennungsverträge seien, für Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu nutzen. Herterich plädierte wie Kohl für Gemeinsamkeiten der Parteien in der Ostpolitik.

Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass registrierte, daß sich Kohl für einen Dialog mit den sozialistischen Staaten eingesetzt habe, nahm aber Anstoß an der Erklärung über die offene deutsche Frage. Die schärfste Attacke kam von der Zeitung „Sowjetskaja Rossija". In ihrem Kommentar hieß es, das offizielle Bonn möchte die Anzeichen eines „sich belebenden Revanchismus" nicht wahrnehmen. Das hänge damit zusammen, daß „der rechtskonservative Block nach seinem Amtsantritt den Revanchismus in den Rang von Staatspolitik erhebt und das bereits in einem bedeutendem Maß getan hat".

Vorteile für den Fiskus

J.Sch. (Paris) – Seit Anfang November dürfen in Frankreich bei Aktien- und Anleiheemissionen keine effektiven Stücke mehr ausgegeben werden. An deren Stelle tritt die bloße Eintragung in die Bücher der staatlich zugelassenen Finanzinstitute einschließlich der Börsenmakler. Die bestehenden Titel sind in den nächsten dreieinhalb Jahren der zentralen Effektenverwaltung zur Einziehung vorzulegen. Damit ist die in den letzten Jahren eingeleitete „Entmaterialisierung" des französischen Wertpapierbesitzes besiegelt.

Schon seit einiger Zeit haben zahlreiche Emittenten auf die Ausgabe physischer Titel verzichtet, um Kosten zu sparen. Diese Buchverbriefung sei erheblich billiger als die Herstellung von Wertpapieren, heißt es. Gleichzeitig würden für den Kunden die Depotgebühren entfallen, und die Buchungsgebühren sollen durch die fortschreitende Umstellung auf den Computerbetrieb gesenkt werden.

Diesen Vorteilen steht allerdings die Beseitigung der Anonymität des Wertpapierbesitzes gegenüber. Der Staat kann ihn schon jetzt zur Erhebung der Vermögens- und Erbschaftssteuer weitgehend erfassen. Denn wer seine Aktien und Obligationen selbst aufbewahrt, verliert alle daran geknüpften Rechte. Die nicht hinterlegten Titel werden ab Mai 1988 zu Gunsten der nationalen Depositenkasse versteigert.

Diese Regelung gilt auch für französische Wertpapiere im ausländischen Besitz, aber nicht für ausländische Wertpapiere. Ob dies zu einer Flucht der Franzosen in ausländische Wertpapiere führt?

Gutes Gewissen

Mk. – Manche Bonner Agrarpolitiker denken in diesem Jahr mit gemischten Gefühlen an Weihnachten. Waldsterben und Tannenbaum - extra geschlagen zum Fest - läßt sich das auf eine Reihe bringen, droht nicht neuer Unmut? Immerhin rechnen die Experten damit, daß die Bäume um zehn bis 15 Prozent teurer werden. Und höhere Preise signalisieren Knappheit. Zögerliche Gemüter sehen den Wald vor lauter Bäumen schon jetzt nicht mehr. Dabei wissen sie genau, der Wald wäre nicht gesünder, wenn auf das festliche Ritual verzichtet würde. Die Weihnachtsbäume stammen entweder aus speziell angelegten Sonderkulturen oder sie fallen bei der notwendigen Durchforstung des Waldes. Kleinere Bäume müssen herausgeschlagen werden, um den anderen mehr Raum und Licht zu verschaffen. Mehr noch: Von den 18 bis 20 Millionen Bäumen, die von den Deutschen zum Fest aufgestellt werden, kommen 15 bis 17 Millionen aus dem Ausland, vor allem aus Dänemark. Ein schlechtes Gewissen zum Fest muß niemand haben.

Letztes Aufbäumen

Von JOACHIM GEHLHOFF

Irren ist menschlich. Für einen Mann wie Professor Reimut Jochimsen, Wirtschaftsminister im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen, den vielerlei beamteter Sachverstand bei seinem Tun eigentlich begleiten sollte, ein zwar peinlicher, aber eben doch auch menschlicher Vorgang, wenn er mal danebengreift. Bedenklich wird es erst, wenn der Irrtum zur Methode wird.

Im Sommer 1983 leistete sich Jochimsen die ordnungspolitische Sünde, im privatwirtschaftlichen Rennen von zwei am Leverkusener Walzstahlproduzenten Wuppermann interessierten Käufern, Krupp gegen Klöckner, mit öffentlicher Kaufpreisbürgschaft zum Sieg zu verhelfen, weil angeblich Klöckner den Stahlstandort Leverkusen zugunsten seiner Bremer Hütte wegradieren wollte. Das Stahlland Nordrhein-Westfalen dürfe „nicht zum Steinbruch der Interessen anderer Bundesländer werden", donnerte damals der Minister.

Wenige Monate später, die geplante Stahlfusion Krupp/Thyssen lag gerade im Sterben, trompetete er eine neue „Weisheit" ins Land: Die Zeit der Großfusionen in der deutschen Stahlindustrie sei vorüber. Schnell hat ihn nun die Wirklichkeit mit der bevorstehenden Stahlfusion Krupp/Klöckner Lügen gestraft. Auch deshalb, weil die Fusionspartner natürlich zwecks Erhöhung bislang dürftiger Wirtschaftlichkeit auf Standort- und Anlagenkonzentration ihres zu reduzierenden Stahlpotentials erpicht sind. Das soll den Standort Leverkusen mit dem Wegfall von 1000 oder zwei Dritteln seiner Stahl-Arbeitsplätze besonders hart treffen.

Zwar hätte der SPD-Politiker Jochimsen gerade in der blühenden „Chemie-Stadt" Leverkusen Gründe finden können, diesen harten Einschnitt ins Gewohnte als halbwegs tolerabel zu schlucken. Und auf solcher Basis an dieser Fusion den Zutritt des australischen Rohstoffgiganten CRA als einen Glücksfall im Aufbruch der deutschen Stahlindustrie zu neuen und weltumspannenden Strukturen zu preisen.

Aber der Minister griff, als nun – wie üblich – auch die „Wuppermänner" gegen ihren drohenden Arbeitsplatzverlust eine Protestdemonstration inszenierten, vor den Empörten in die alte Leier. Wieder das „Steinbruch"-Gerede. Und obendrauf Kritik an der Bundesregierung, weil sie deutsche Stahlinteressen in der Europäischen Gemeinschaft nicht energisch genug schütze.

Den Hieb nach Bonn zumal hätte sich der Minister schon mit Rücksicht auf seine Partei besser verkniffen. Denn es war die Zeit nach 1975, als seine Partei den Kanzler stellte, in der die in Europa technisch-wirtschaftlich führende deutsche Stahlindustrie durch den Subventionswahnsinn ihrer EG-Vettern mehr als zehn Milliarden DM Verluste machte (ein in der Nachkriegsgeschichte beispielloser Vorgang), vom einstigen Reichtum in Existenznöte taumelte, etliche Zehntausend Arbeitsplätze mehr als nötig verlor und für alle Hilferufe nach Bonn bei der Regierung der „Arbeitnehmerpartei" vorwiegend nur taube Ohren fand.

Die Folgen dieses Subventionswahnsinns erleben wir noch heute in den deutschen Stahlregionen mit heißem Streit um Kapazitäts- und Arbeitsplatzreduzierungen. Drastisch auch bei dem Getöse, das beispielsweise Niedersachsens CDU-Regierung um die bei der Krupp/Klöckner-Fusion anstehende Schließung der Georgsmarienhütte bei Osnabrück mit ihren 2000 Arbeitsplätzen macht.

Die Krupp/Klöckner-Fusion, so steht zu hoffen, wird von solchen landespolitischen Irritationen nicht mehr aus dem Konzept gebracht. Die politische Begleitmusik, die „Stahl-Föderalisten" den Protestdemonstrationen angedeihen lassen, ist nur noch ein letztes Aufbäumen der Unvernunft.

Denn an dem vernünftigen Weg der Konzentration deutschen Stahlpotentials auf kleineres und gesünderes Niveau kommt niemand mehr vorbei. Da hat die weiland sozialliberale Bonner Regierungskoalition um höherer Europaziele willen einst einen Schrumpfungsprozeß eingeleitet oder doch geduldet, von dem es heute längst kein Zurück mehr gibt. Das weiß natürlich auch ein Mann wie der Wirtschaftsprofessor in der Düsseldorfer Landesregierung. Leider fehlt ihm die Courage, diese Linie der Vernunft auch öffentlich und vor den betroffenen Arbeitnehmern zu vertreten.

AUTOMOBILINDUSTRIE / Streikverluste weitgehend aufgeholt – Trotzdem Sorgen

VDA: Die Katalysator-Diskussion hat die Kunden stark verunsichert

DANKWARD SEITZ, München

Angesichts der Zahlen, die die Automobilindustrie in diesen Tagen präsentiert, läßt sich der Eindruck gewinnen, die Wunden des langen Arbeitskampfes von Mai bis Juni seien schon jetzt so gut wie verheilt. Ein großer Teil der Ausfälle wird nach Ansicht des neuen Präsidenten des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie (VDA), Hans-Erdmann Schönbeck, auch aufgeholt werden können. Doch statt der einst geplanten Zuwachsraten werde letztendlich noch immer ein Produktionsminus verbleiben. Und wenn die umweltpolitische Diskussion nicht bald konkrete Ergebnisse bringe, drohe den Autoherstellern auch im kommenden Jahr eine schwierige Beschäftigungslage.

Bereits in den letzten sechs Wochen ist die an sich „recht gute Autokonjunktur", so Schönbeck vor dem Club Wirtschaftspresse München, durch die lange Zeit „unerfreuliche Diskussion" um die Einführung eines Abgas-Katalysators und die dadurch bedingte Verunsicherung der Kunden in Mitleidenschaft gezogen worden. Man sei nun froh, daß mit den angekündigten Steuervorteilen gewisse Klarheit geschaffen wurde, auch wenn diese noch keine sichere gesetzliche Basis darstellten.

Entscheidend kommt es nach Ansicht von Schönbeck jetzt darauf an, ob die Autofahrer die neue Technik annehmen. Vorerst müsse aber befürchtet werden, daß 1985 in der Bundesrepublik statt des Absatzpotentials von 2,5 Millionen Fahrzeugen nur 2,2 bis 2,4 Millionen neu zugelassen werden. Die Industrie werde auf jeden Fall mit „Hochdruck" an der neuen Abgastechnik arbeiten.

Schönbeck bedauerte in diesem Zusammenhang, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, die Firmen seien gegen die Einführung eines Katalysators. Gerade in den letzten Tagen habe man dem Bundesinnenminister noch Vorschläge unterbreitet, wie auch Altwagen zum Teil entgiftet werden könnten. Zwar erfüllten diese dann noch nicht die neuen Richtwerte, dennoch sollte überlegt werden, ob für eine entsprechende Umrüstung nicht ebenfalls steuerliche Anreize geschaffen werden sollten.

Kein Problem sieht Schönbeck in der notwendigen flächendeckenden Versorgung mit bleifreiem Benzin. Allein den Marktgesetzen gehorchend, würde sich die Mineralölindustrie schon rechtzeitig darauf einstellen. Viel schwieriger werde hingegen die absolut notwendige europaweite Einführung der Katalysator-Technik. Mit ihrem Alleingang, für den Schönbeck Innenminister Zimmermann großes Lob zollte, weil er Europa damit wachrüttelte, habe die Bundesregierung manche EG-Partner nämlich tief verärgert.

Als „nicht ungünstig" bewertete der VDA-Präsident die Entwicklung der Automobilindustrie nach dem siebenwöchigen Streik. Zwar bemühten sich alle Hersteller, diese Ausfälle aufzuholen, doch letztendlich werde bei einer Gesamtproduktion von etwa 3,7 Millionen Fahrzeugen gegenüber dem Vorjahr noch ein Minus von vier bis fünf Prozent verbleiben. Für die ersten drei Quartale ergab sich noch ein Rückgang von neun Prozent, obwohl im dritten Quartal alleine zehn Prozent mehr Pkw produziert wurden als vor einem Jahr.

Deutliche Spuren hinterließ der Streik vor allem auf dem Inlandsmarkt. Während ausländische Hersteller ihre Zulassungszahlen per Ende September um 27,4 (23,9) Prozent verbessern konnten, ergibt sich für die deutschen Firmen ein Minus von 30 Prozent. Dabei belebte sich der Auftragseingang im dritten Quartal gegenüber dem ersten um 16 Prozent und gegenüber dem zweiten um 82 Prozent.

Keinen nachhaltigen Schaden genommen hat, so Schönbeck, überraschenderweise der Export, obwohl er fast zum Erliegen kam. Die Pkw-Ausfuhr sank lediglich um vier Prozent. Allerdings habe man auch damit „Terrain verloren", denn das Ergebnis hätte „wesentlich besser" ausfallen können. „Sehr gut" entwickelt hat sich der US-Export mit plus 40 Prozent. Damit seien die USA zum zweitwichtigsten Abnehmer hinter Großbritannien geworden.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street wartet jetzt auf Reagans Haushaltspläne

H.-A. SIEBERT, Washington

Der erhoffte Spurt nach Präsident Reagans Erdrutschsieg ist nicht nur ausgeblieben, seit dem Urnengang am Dienstag hat der populäre Dow-Jones-Industrie-Index sogar mehr als 25 Punkte eingebüßt. Gewinnmitnahmen und die Tatsache, daß die US-Aktienmärkte seine Rückkehr ins Weiße Haus vorwegnahmen, erklären die Kursverluste nur zum Teil. Was die Wall Street verunsichert, sind zwei Faktoren: Den Republikanern ist es nicht gelungen, genügend Sitze im Repräsentantenhaus zurückzugewinnen, was eine Wiederherstellung der Koalition mit den moderaten Demokraten aus den Südstaaten erlaubt hätte. Auch die geschrumpfte Mehrheit im Senat spricht nicht dafür, daß Reagan im Kongreß einen willigen Vollstrecker seiner Fiskalpolitik finden wird.

Zum anderen hat der Präsident in seiner ersten Pressekonferenz nach der Wiederwahl den Fehler wiederholt, sich nicht klar über seine Pläne zum Abbau der immer noch riesigen US-Haushaltsdefizite zu äußern. Darauf wartet jedoch die Wall Street. Statt dessen erschüttern wilde Gerüchte das Vertrauen, da jeder weiß, daß die Einnahmelücken ohne Mehreinnahmen nicht zu verkleinern sind. So heißt es jetzt, daß die Unternehmen die Hauptlast der steuerlichen Anpassungskorrekturen tragen müssen, da die Demokraten das Reformpaket der Treasury anders nicht akzeptieren werden.

In diesem Umfeld können die Firmen natürlich nicht planen, und höhere Abgaben gehen zu Lasten der Gewinne, deren Wachstumskurve ohnehin scharf nach untern zeigt. Data Ressources sagt für 1985 sogar ein Minus von 6,2 Prozent voraus, während andere Institute mit plus 7,8 (1984: 22) Prozent rechnen. Der dritte Rückgang der US-Herstellerpreise hintereinander – im Oktober waren es 0,2 Prozent, seit Jahresfrist stieg der Index nur um 1,4 Prozent – zeigt überdies, daß die Unternehmen angesichts der Flut billiger Importe Preiserhöhungen nicht durchsetzen können.

Ohne diese Widrigkeiten wären die Weichen für eine kräftige Fortsetzung der Hausse gestellt. Es steht nun fest, daß der US-Zentralbankrat im September eine Ausweitung der Geldmenge beschlossen hat; drei Gouverneure, davon zwei von Reagan bestallt, wollten den Hahn sogar noch stärker öffnen. Wenn auch vorsichtig, marschiert das „Fed" weiter in Richtung niedrigerer Zinsen. Die Prime Rate ist bereits von 13 auf 11,75 Prozent gesunken, eine Zurücknahme des Diskontsatzes wird allgemein erwartet. 30jährige Treasury Bonds fielen am Freitag auf 11,65 Prozent, erreichten aber nicht das Vorwochentief (11,53 Prozent).

Im Wochenverlauf stieg der „Dow" denoch um 2,32 (Freitag: minus 9,72) auf 1218,97, der breitere Nyse-Index um 0,22 (minus 0,47) auf 96,73 Punkte.

AUF EIN WORT



„Die Beweglichkeit, die die IG Metall im Streikrecht fordert, sollte sie lieber bei der Anwendung des von ihr selbst unterschriebenen Tarifvertrages über die flexible Arbeitszeit zeigen."

Harald Dethlefsen, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie Hamburg – Schleswig-Holstein FOTO: CONTI-PRESS

Industrie durch NRW verunsichert

dpa/VWD, Münster

Die Medienpolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung verunsichert die Industrie. Wie das Vorstandsmitglied der Paderborner Nixdorf Computer AG, Arno Bohn, vor der Industrie- und Handelskammer Münster erklärte, werde die nordrhein-westfälische Nachrichtenindustrie für den Fall, daß sich die Landesregierung aus der gemeinsamen Medienpolitik der Bundesländer ausklinken sollte, ihre Konsequenzen ziehen müssen. Nixdorf beabsichte deshalb in München neue Arbeitsplätze zu schaffen, Entwicklungsfachleute einzustellen und einen Unternehmensteil aufzubauen, der vielleicht eines Tages 50 Prozent des Firmen-Umsatzes erziele.

IFO

Auslastung signalisiert keine konjunkturellen Fortschritte

DANKWARD SEITZ, München

Enttäuscht ist das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, über die Entwicklung der Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe (ohne Nahrungs- und Genußmittel) in den letzten Monaten. Zwar wird festgestellt, daß der Nutzungsgrad vom März 1984 sich von 80,9 Prozent auf saisonbereinigt 82,2 Prozent im September verbessert hat. Bedenke man aber, daß auch im Berichtsmonat noch in einigen Bereichen der Industrie verstärkt produziert worden sei, um die durch die Streiks im Mai und Juni verursachten Ausfälle wettzumachen, könne dieser Anstieg nicht als konjunktureller Fortschritt bewertet werden.

Die Nachfrageentwicklung im Schnitt der Monate Juni bis September sowie die trotz Produktionsausfall erneut vergleichsweisen niedrigen Auftragsreserven von 2,8 Produktionsmonaten lassen sogar, so das Ifo, zunächst an einer weiteren wirtschaftlichen Besserung bis zum Jahresende zweifeln. Gegen ein Absinken der Kapazitätsauslastung sprächen lediglich die zuversichtlichen Erwartungen der Unternehmen. Die schätzten ihre Aussichten, innerhalb der nächsten zwölf Monate eine etwa normale Beschäftigung ihrer Anlagen erreichen zu können, abermals weniger negativ ein als im Frühjahr.

Eine konjunkturelle Verbesserung – gemessen an der Kapazitätsauslastung – bescheinigt das Ifo nur dem Vorproduktbereich (82,5 nach 81,5 Prozent) und den Investitionsgüter-Herstellern (80,9 nach 78,4 Prozent); lediglich bei letzteren könne aber auch noch mit einem weiteren Anstieg gerechnet werden.

BUNDESHAUSHALT

Die Kreditaufnahme wird in diesem Jahr weiter sinken

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Trotz der geringeren Steuereinnahmen aufgrund der Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie und des langsameren Preisauftriebs wird der Bund seine Nettokreditaufnahme weiter senken. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der dies in einem Rundfunkinterview erklärte, daß die Neuverschuldung des Bundes 1983 von mehr als 37 auf 31,5 Milliarden Mark zurückgegangen sei. „Der zweite Schritt in diesem Jahr wird wichtig sein, aber nicht ganz so groß."

Die Kreditaufnahme des Bundes werde auf unter 30 Milliarden heruntergefahren, „ob es nun 28 Milliarden sein werden oder 29 Milliarden". Weitere Aufschlüsse dürfte bereits am Dienstag der Arbeitskreis Steuerschätzung liefern, wenn er seine neue Projektion veröffentlichen wird. Stoltenberg rechnet für 1985 mit einer Kreditermächtigung von 25 bis 26 Milliarden Mark.

Die Ausgaben des Bundes werden 1984 nach Angaben Stoltenbergs um etwa zwei Prozent zunehmen. „Für 1985 zeichnet sich ab, daß gegenüber dem Haushalts-Soll 1984, also dem Rahmen, der gesetzlich für die Ausgaben des Bundes vorgesehen ist, nur ein Wachstum von einem Prozent erkennbar ist", sagte Stoltenberg. Durch diese Haushaltspolitik werde die Geld- und Kreditpolitik entlastet.

„Wir haben im Haushalt 1985 keine weiteren gesetzlichen Eingriffe bei sozialen Leistungen vorgesehen. Ich nehme an, daß das für die Wahlperiode gelten kann", erklärte der Minister. 1985 sollten zwar die Finanzhilfen um rund 700 Millionen Mark sinken. In anderen Bereichen würden jedoch die Subventionen weiter zunehmen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Verzögert sich die EG-Erweiterung?

Brüssel (VWD) – Eine Verzögerung des für den 1. Januar 1986 vorgesehenen EG-Beitritts von Spanien und Portugal wird in Brüssel nicht mehr ausgeschlossen. Bei der Vorbereitung eines Sonderrates der EG-Außenminister stellte sich heraus, daß die Zeit für die Lösung einer Fülle von anstehenden Problemen nicht mehr ausreicht, um bis zum EG-Gipfeltreffen Anfang Dezember in Dublin den Abschluß der Verhandlungen sicherzustellen. Demgegenüber bekräftigten Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein spanischer Amtskollege Fernando Moran, die sich am Wochenende in Kronberg trafen, die Absicht, den Beitritt zu dem vorgesehenen Zeitpunkt zu verwirklichen.

Für mittlere Unternehmen

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die deutschen Wertpapierbörsen haben sich für die baldige Schaffung eines geregelten Marktes an der Börse ausgesprochen, der kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zur Börse erleichtert. Darauf verständigten sich die in der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Wertpapierbörsen verbundenen acht Börsen in Düsseldorf. Die Arbeitsgemeinschaft will in diesem Markt unter der Verantwortung der Börsenvorstände sowohl eine von den Börsenorganen überwachte Preisfeststellung als auch eine verbesserte Publizität gegenüber den Anlegern gewährleisten. Sie fordert dafür aber eine rechtlich einwandfreie Absicherung.

Gang an die Börse

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Moto Meter AG, Leonberg, wird unter Führung der Commerzbank noch 1984 ihre Aktien an der Börse notieren lassen. Zu diesem Zweck soll in einer außerordentlichen Hauptversammlung das Grundkapital der Gesellschaft um zwei Millionen DM auf zehn Millionen DM erhöht werden. Die Einbeziehung des gesamten Aktienkapitals in den geregelten Freiverkehr ist für die Börsenplätze Stuttgart und Frankfurt vorgesehen. Moto Meter ist Hersteller von Kraftfahrzeug-Instrumenten und Erstausrüster von Fahrzeugen. 1983 betrug der Umsatz 100 Mill. DM; für 1984 werden rund 120 Mil. DM erwartet. Für die letzten drei Geschäftsjahre wurden jeweils zwölf Prozent Dividende gezahlt.

Weizen subventioniert

Brüssel (AFP) – Der EG-Getreideausschuß hat die seit sieben Wochen hartnäckig verweigerten Exportsubventionen für Weizen wieder aufgenommen. Der Schritt erfolgte auf Drängen der Produzenten, insbesondere der französischen, die einer Rekordernte gegenüberstehen. Brüsseler Fachkreisen zufolge beläuft sich die überschüssige Exportreserve der EG an Weichweizen auf 19 Mill. Tonnen gegenüber 17 Mill. Tonnen im Jahre 1983.

Weg frei für Übernahme

Mailand (dpa/VWD) – Die Gläubigerbanken des italienischen Elektrogerätekonzerns Zanussi in Pordenone haben nach mehrmonatigen Verhandlungen den Modalitäten zur Schuldentilgung zugestimmt. Damit ist der Weg frei für die Übernahme der Zanussi-Mehrheit durch den schwedischen Elektrokonzern Electrolux. Der Vertrag mit den Gläubigerbanken soll am 23. November unterzeichnet werden. An die Stelle der Gründerfamilie Zoppas-Zanussi tritt als neue Kapitaleigner die Firma Electrolux mit 51 Prozent und eine italienische Unternehmensgruppe mit 49 Prozent. Vorgesehen ist außerdem die Eingliederung aller Betriebsführungsgesellschaften durch Zanussi, um auf diese Weise etwaigen Folgen aus laufenden Devisen-Gerichtsverfahren aus dem Wege zu gehen.

Weg der Kurse

	9.11.	2.11.
Boeing	57,50	59
Chrysler	30,375	30,875
Citicorp	35,75	35,50
Coca-Cola	64,125	65,50
Exxon	43,75	43,75
Ford Motors	47,625	47,625
IBM	123,50	125,875
PanAm	5	4,75
US Steel	25,375	25,125
Woolworth	37,75	38,375

DUNLOP / Unvorhergesehener Wechsel im Vorstand

Kritik an Krisenmanager

WILHELM FURLER, London

Daß der ehemalige Vorstandsvorsitzende des britischen Reifen- und Gummihersteller Dunlop Holdings seinen Platz eher unfreiwillig räumen mußte, hat zu einem in Großbritannien unerwarteten Wechsel nahezu des gesamten Verwaltungsrates geführt. Damit wird die Entscheidung des zur Rettung des stark angeschlagenen Reifenkonzerns eingesetzten Banken-Konsortiums, dem Verwaltungsrat Sir Michael Edwardes voranzustellen. Sir Michael ist bekannt als Retter des staatlichen Automobilkonzerns British Leyland.

Danach war Sir Michael Chairman des größten britischen Computer-Unternehmens ICL. Nach der Übernahme ICLs durch Standard Telephones and Cables trat das aus 46 Banken bestehende Konsortium an ihn mit der Bitte heran, der Dunlop Holdings als geschäftsführender Chairman voranzustehen. Daraufhin dankte der nebenamtliche Chairman von Dunlop, Sir Maurice Hodgson, ab, obwohl das Bankenkonsortium ihn gebeten hatte, sein Amt zu behalten und gemeinsam mit dem neuen geschäftsführenden Chairman die großangelegte finanzielle Umstrukturierung des tief verschuldeten Konzerns durchzusetzen. Doch Sir Maurice lehnte ab.

Der Entscheidung schlossen sich vier weitere nebenamtliche Direktoren und Mitglieder des Verwaltungsrates an. Vier hauptamtliche Geschäftsführer und Verwaltungsrats-Mitglieder wurden schließlich von Sir Michael Edwardes gedrängt, ihre Posten zur Verfügung zu stellen. Vom bisherigen Verwaltungsrat sind *noch zwei Mitglieder übrig geblieben.*

GROSSBRITANNIEN / Hartes Ringen um Etatkürzung

Schatzkanzler gab nach

WILHELM FURLER, London

So hart wie selten zuvor ist im Kabinett der Regierung Thatcher gegen die vom Schatzamt geforderten Ausgabenkürzungen im Haushalt 1985/1986 um 2,5 Mrd. Pfund (9,25 Mrd. Mark) gekämpft worden. Schatzkanzler Nigel Lawson war fest entschlossen, die in der Planung vom Frühjahr dieses Jahres vorgesehenen Staatsausgaben für das am 1. April 1985 beginnende Finanzjahr auf 131,6 Mrd. Pfund zu begrenzen.

Ganz ist ihm dies nicht gelungen, nachdem sich vor allem zwei Minister quergestellt haben: der für den Bereich Haus- und Wohnungsbau zuständige Umweltminister Patrick Jenkin und Energieminister Peter Walker. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Schatzkanzler und den Ministern waren derart verbissen, daß Premierministerin Thatcher mehrfach eingreifen mußte.

Sie war es auch, die den Ministern Walker und Jenkin Zugeständnisse machte. So werden die Strom- und Gaspreise nicht, wie von der Treasury gefordert, um bis zu zehn Prozent angehoben, sondern „um einen Satz steigen, der genau der gegenwärtigen Inflationsrate entspricht". Das bedeutet nicht mehr als fünf Prozent. Und Minister Jenkin konnte durchsetzen, daß die vom Schatzamt geforderte Streichung von 600 Mill. Pfund an Zuschüssen für den Haus- und Wohnungsbau ausbleibt.

Das durch die Weigerung der Minister entstandene „Loch" dürfte zwar nicht größer sein als eine Milliarde Pfund; politisch von Bedeutung ist aber, daß sich zwei relativ unbedeutende Ministerien gegen die mächtige Treasury durchsetzen konnten.

ZIGARETTENINDUSTRIE / Wettbewerber gehen geschlossen gegen BAT vor

Ein neuer Filter erregt die Gemüter

JAN BRECH, Hamburg

In der deutschen Zigarettenindustrie herrscht Streit wie schon lange nicht mehr. Die Hersteller Reemtsma, Philip Morris und Reynolds haben sich zu einer Einheitsfront gegen den zweitgrößten deutschen Tabakkonzern BAT zusammengeschlossen, um gemeinsam die neue BAT-Marke „Barclays" zu Fall zu bringen. Zurückhaltung übt in dieser Sache nur die Bremer Martin Brinkmann AG. Der Grund liegt seit dem Wochenende auf den Theken des Handels. Brinkmann überrascht ebenfalls mit einer Superleichten Marke mit Werten von 1 Milligramm Teer und 0,1 Milligramm Nikotin, die aber dank „modernsten Filtersystems kräftigen Charakter" haben soll.

Eben dies verspricht seit Anfang Oktober auch die BAT für ihre „Barclays". Eine neue Filtertechnologie ermögliche es, meinte die BAT, daß die Zigarette trotz extrem niedriger-Werte kräftigen Geschmack entwickele. Die Konkurrenz hat diese Aussage als „Trick" angeprangert. Der neuartige Filter produziere die niedrigen Werte nämlich nur in den Abrauchmaschinen.

Wer in dieser Auseinandersetzung, die die Juristen und wohl auch das Bundesgesundheitsamt noch lange beschäftigen wird, letztlich die besseren Karten hat, ist offen. Der BAT dürfte aber ein in diesen Tagen in der Schweiz ergangenes Urteil im Magen liegen. Das Schweizer Bundesgericht hat die von der BAT (Suisse) eingelegte Berufung gegen ein Urteil des Genfer Kantonsgerichts zurückgewiesen und damit den Verkauf der dort „Barclay" genannten Marke mit dem angefochtenen Schadstoffaufdruck „Teerstoffe (Kondensat) 1 Milligramm, Nikotin 0,2 Milligramm, bestimmt nach Standardmethoden" in der Schweiz endgültig verboten.

Die deutsche BAT hat sofort versichert, daß das Schweizer Urteil kein Präjudiz für die auch in der Bundesrepublik anstehenden Verfahren darstelle. Mehr Klarheit wird der 20. November schaffen, wenn sich die Parteien zum ersten Mal in München vor Gericht treffen. Dort soll der BAT untersagt werden, die „Barclays" auch in Deutschland zu verkaufen.

Die hektische Aufregung um die neue Marke hat einen realen Hintergrund. Stimmen die Aussagen der BAT, wäre es zum ersten Mal wirklich gelungen, eine leichte Zigarette im wachsenden Segment kräftiger Zigaretten zu etablieren. Außerdem macht der beträchtliche Einführungserfolg die Konkurrenten nervös. Einen guten Teil dieses Erfolgs besorgen sie allerdings selbst. Je länger und je lauter öffentlich über die „Barclays" gestritten wird, desto fester etabliert sich der Markenname ins Bewußtsein der Raucher. Sollte sich später tatsächlich herausstellen, daß die heute übliche Abrauchmethodik für diesen neuen „ventilierten" Filtertyp nicht angewendet werden kann, fiele der BAT eine Änderung der Wertangaben nicht mehr schwer.

TAPIE-GRUPPE / Sanierungsreifen Batterie-Produzenten übernommen

Gegen eine Staatsbank durchgesetzt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Seit sechs Jahren erregt Bernard Tapie als „Unternehmensretter" großes Aufsehen. Diesmal aber ist ihm ein besonderer Coup gelungen. Nach zweimonatigem Tauziehen sprach ihm das Pariser Handelsgericht die Kontrolle über die konkursreife Gesellschaft Piles Wonder zu, mit 750 Millionen Franc Umsatz und 2254 Beschäftigten der zweitgrößte Batteriehersteller in Frankreich nach der Compagnie Generale d'Electricité (CGE). Die von der verstaatlichten Banque Worms unterstützte Gegenofferte der Continentale d'Entreprise (Elektrowatt) und Hellessens (Great Northern Telegraph) wurde zurückgewiesen.

In seinem Sieg sieht der viel bewunderte, sehr gut aussehende und intelligente Tapie – manche halten ihn allerdings für einen etwas fragwürdigen Emporkömmling – ein Symbol. Zum ersten Mal habe sich ein aus dem Nichts kommender privater Unternehmer ohne die geringste staatliche Unterstützung gegen eine Staatsbank durchgesetzt. Dies sei ein gutes Omen für die wirtschaft*liche Zukunft Frankreichs. Er selbst* wäre „verrückt vor Freude".

In seinem Übernahmeangebot stützte sich Tapie auf eine 37prozentige Beteiligung, die er von der Gründerfamilie der Piles Wonder nach eigenen Angaben für 14 Millionen Franc erworben hatte. Hinter der Gegenofferte standen 40 Prozent des Kapitals, wovon 17 Prozent Worms hält. Beide Parteien kamen überein, daß sie dem vom Gericht bestimmten Gewinner 15 Prozent des Kapitals zum Aktienpreis von 115 Franc für nominal 100 Franc überlassen. Die Entscheidung zugunsten Tapies war vor allem darauf zurückzuführen, daß sich dieser mit nur 680 Entlassungen begnügen will, während die Gegenseite rund 1000 zur Sanierung des Unternehmens für notwendig hält.

Die Tapie-Gruppe besteht nunmehr aus 44 Unternehmen, die zusammen 9000 Personen beschäftigen und mehr als 5 Mrd. Franc im Jahr umsetzen. Das Schwergewicht der Aktivität liegt bei Waagen. Es folgen diätetische Lebensmittel, Bekleidung (Mic-Mac und Kickers), Sportartikel (Look-Skibindungen) sowie die *Haute Couture (Grès). Die meisten* dieser in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen wurden zu symbolischen Preisen ohne Inanspruchnahme von Bankkrediten erworben. Bei Piles Wonder hat Tapie 450 Millionen Franc Schulden und die laufenden Verluste – 30 Millionen Franc im ersten Halbjahr 1984 – zu verkraftenn. Er will das durch Konzentration des Batterie-Verkaufs an die Supermärkte erreichen, deren Absatzanteil von gegenwärtig 20 auf 60 Prozent gebracht werden soll. Schon im nächsten Jahr hofft Tapie, das Unternehmen aus den roten Zahlen zu bringen.

Vor der Konsolidierung seines stark aufgeblähten Mischkonzerns möchte Bernard Tapie allerdings sein „Jahrhundertgeschäft" machen, nämlich die Übernahme des seit Jahren in Konkurs stehenden und von einer staatlich kontrollierten Verwaltungsgesellschaft mehr schlecht als recht fortgeführten Textilkonzerns Boussac nebst Modehaus Dior und verschiedenen Pariser Warenhäusern. Hier soll die gerichtliche Entscheidung zum Jahresende fallen.

FRANKREICH / Zinssubventionen werden reduziert

Mehr Wettbewerb erhofft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wirtschafts- und Finanzminister Beregovoy hat eine wesentliche Begrenzung der staatlich subventionierten Kredite angekündigt. Dafür sollen die Banken mehr Kredite zu Marktbedingungen bereitstellen. Von der zum Jahresende in Kraft tretenden formellen Beseitigung der behördlichen Kreditkontingentierung verspricht sich der Minister außerdem eine verstärkte Konkurrenz der Banken und damit eine allgemeine Kreditverbilligung. Dies würde auch den Unternehmen zugute kommen, die keine subventionierten Kredite erhalten.

In Frankreich gibt es gegenwärtig über 200 verschiedene Arten von Kre*diten mit Vorzugsbedingungen. Ihre* Bereitstellung erfolgt nach meist sehr umständlichen Verfahren unter mehr oder weniger großen staatlichen Auflagen. Seit 1981 hat sich der Betrag der jährlich neu vergebenen Kredite dieser Art von 10 auf 50 Mrd. Franc erhöht. Entsprechend ist die Belastung der Staatskasse gestiegen. Im Haushaltsplan für 1984 waren 28 Mrd. F Staatsausgaben für Zinssubventionen vorgesehen, unter Einschluß der fortdauernden Subventionierung früher bereitgestellter aber noch nicht getilgter Kredite. An erster Stelle stand der Wohnungsbau mit 13 Mrd. Franc, gefolgt von der Landwirtschaft mit 6 Mrd., der Industrie mit 4,5 Mrd. und vom Export mit 3 Mrd.

Im Industriebereich gibt es gegenwärtig drei Hauptgruppen von subventionierten Krediten: die Investitionssonderkredite (PSI) zum Vorzugszins von 9,25 Prozent, die allgemeinen Vorzugskredite (PAE) zu 11,45 Prozent und die sogenannten Sonderkredite zu Marktbedingungen (PCM) zu 14,5 Prozent, was einer Subvention von einem Prozentpunkt entspricht.

Vorgesehen ist, die letzte Gruppe zu beseitigen und die beiden anderen zu fusionieren. Die in diesem Bereich bereitgestellten 21 Mrd. F sollen 1985 bis 18 Mrd. F erreichen. Diese Mittel sind für die Modernisierung der Industrie, den Export und Beschäftigung zu verwenden. Ihr Zinssatz beträgt 9,25 Prozent.

Beregovoy stellte ferner eine weitere Lockerung der Devisenkontrolle in Aussicht, ohne allerdings Einzelheiten zu nennen. Außerdem müßte das Europäische Währungssystem, insbesondere die Rolle des Ecu, verstärkt werden. Für eine Franc-Abwertung sieht der Minister zur Zeit keine Veranlassung. Denn die französische Regierung würde ihren Kampf gegen die Inflation und gegen die öffentlichen Defizite energisch fortsetzen.

RENTENMARKT / Zinsen auf Jahrestiefstand

Störungen aus den USA

Die Kapitalmarktzinsen sind in der vorigen Woche auf einen neuen Jahrestiefstand gesunken. Möglicherweise wäre die Bewegung noch ausgeprägter gewesen, wenn es nicht Störungen aus den USA gegeben hätte. Überdies wurden hier und da Befürchtungen laut, daß der Finanzminister den Kapitalmarkt über Gebühr belasten wird, weil er zusätzliche zwei Milliarden Mark zur Refinanzierung der Investitionshilfeabgabe benötigt. Als Positivum dürften dem in dieser Woche die Hoffnungen gegenüber stehen, daß die Zinsen in den USA weiter sinken. (cd.)

Emissionen	9.11. 84	2.11. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,84	6,88	7,88	7,45	10,65
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,96	6,97	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,84	6,89	7,83	7,61	10,28
Schuldverschreibungen der Industrie	7,23	7,23	8,39	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,85	6,90	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,60	6,64	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,34	7,40	8,39	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	6,85	6,90	7,89	7,83	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,42	7,44	8,06	8,45	10,32

Gott der Herr erlöste von den Beschwerden ihres hohen Alters unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Clärchen Haver

geb. Jungkenn

* 13. 8. 1890 † 9. 11. 1984

In ihrer geistigen Frische war sie bis in ihre letzten Lebenstage der Mittelpunkt ihrer großen Familie.

In Liebe und Dankbarkeit

Liselotte Hendrich geb. Haver
Rudolf Haver und Marianne Haver geb. Gück
Karl Erich Haver und Gabriele Haver geb. Rösler
Gertrud Pöhlmann geb. Haver **und Eberhard Pöhlmann**
Gisela Haver
für die Familie Suberg:
Annemarie Koenig geb. Suberg
Wolfgang Suberg
11 Enkel
10 Urenkel

4740 Oelde, Grüner Weg 11

Die Trauerfeier findet statt am Mittwoch, dem 14. November 1984, um 13.30 Uhr in der evangelischen Stadtkirche Oelde, anschließend ist die Beisetzung auf dem alten evangelischen Friedhof.

Anstelle zugedachter Kranz- oder Blumenspenden bitten wir auf Wunsch der Verstorbenen um eine Spende für die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Landesverband NRW, Konto-Nr. 101 550 00 bei der Stadt-Sparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10).

Wir trauern um

Prof. Dr. med. Kurt Nitsch

Er war von 1975 bis 1981 Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes.

Seine hervorragenden Kenntnisse vor allem im Bereich der sozialen und präventiven Kinderheilkunde hat er in wirksamer Weise zur Grundlage modernen Kinderschutzes gemacht und dessen Gewicht in der Öffentlichkeit und Politik gestärkt.

Er hat sich um den Kinderschutz verdient gemacht.

Prof. Dr. Walter Bärsch
Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes

Hamburg, den 9. November 1984

Unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Olga Petersen

geb. Paschen

* 26. Oktober 1897

wurde heute morgen von ihrem schweren Leiden erlöst. Wir sind sehr traurig.

Ralf Baetgen und Frau Elisabeth geb. Petersen
Dr. Gerda Jordan geb. Petersen
Frank und Gale Jordan
Fritz und Almut Gailberger geb. Baetgen
Sigrid Baetgen
Ralf und Verena Baetgen
Emily und Louis
Frank und Steffen, Christoph und Michael

Halstenbek, den 9. November 1984

Trauerfeier am Freitag, dem 16. November 1984, um 11 Uhr, Krematorium Ohlsdorf, Halle B.

VOLKS- UND RAIFFEISENBANKEN / Schieflagen fördern Risikobewußtsein

Organisation mußte oft einspringen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Mangelnde Vorsicht und falsche Risikoeinschätzung einzelner Mitglieder haben die Stützungseinrichtungen der niedersächsischen Volks- und Raiffeisenbanken in den beiden vergangenen Jahren in beträchtlichem Umfang belastet. In zehn Fällen mußte nach Angaben von Wilfried Bungenstock, Direktor des Genossenschaftsverbandes Niedersachsen, die Gesamtorganisation einspringen, um Schlimmeres zu verhindern. Die dafür aufgewandten Mittel lagen bei 20 Mill. DM. Die Schieflagen, so Bungenstock auf dem Verbandstag in Hannover, hätten immer auch personelle Konsequenzen nach sich gezogen, weil wiederholt „genossenschaftliche Grundsätze sträflich außer acht gelassen oder gar in ihr Gegenteil verkehrt wurden".

Für 1984 rechnet Bungenstock für die 317 dem Verband angeschlossenen Institute mit einem Geschäftsergebnis, das trotz gestiegener Bilanzpositionen das Niveau des Vorjahres „auch nicht annähernd erreichen wird". Die zunehmend kritischer werdende Risikolage der Wirtschaft verlange im Kreditgeschäft eine adäquate Risikovorsorge durch die Banken. Im Durchschnitt dürfte sich das Ergebnis der Institute nahezu halbieren und 0,2 Prozent der Bilanzsumme erreichen.

In den ersten neun Monaten 1984 nahmen die Einlagen der Volks- und Raiffeisenbanken um 145 Mill. DM auf 20,7 Mrd. DM zu. Die Ausleihungen stiegen gleichzeitig um 628 Mill. DM auf 17,8 Mrd. DM. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 2 Prozent oder 518 Mill. DM auf 26,5 Mrd. DM.

Bei den Einlagen beobachtet der Genossenschaftsverband einen merklichen Trend zugunsten höherverzinslicher Werte bei mittelfristiger Bindung des Kapitals. So verringerten sich die Spareinlagen um 2,7 Prozent oder 332 Mill. DM auf rund 12 Mrd. DM, während die Sparbriefe im Berichtszeitraum um 44,3 Prozent oder 422 Mill. DM auf 1,4 Mrd. DM zulegten. Hier mache sich die Zinssensibilität der Kunden bemerkbar. Bei den Sichteinlagen ergab sich ein Minus um 1 Prozent oder 31 Mill. DM; die befristeten Einlagen nahmen um 2,1 Prozent oder 86 Mill. DM zu.

Auf der Kreditseite stiegen die kurzfristigen Ausleihungen um 3,2 Prozent oder 240 Mill. DM auf 7,8 Mrd. DM und die langfristigen Kredite um 4,9 Prozent oder 445 Mill. DM auf 9,6 Mrd. DM. Bei den Wechselkrediten ergab sich ein Rückgang um 12,6 Prozent oder 57 Mill. DM auf 393 Mill. DM.

Skeptisch beurteilt der Genossenschaftsverband die neuen Initiativen des Landes Niedersachsen zur Vermögensbildung breiterer Arbeitnehmerschichten. Zum einen sei deren Neigung, sich mit entsprechendem Risiko direkt an mittelständischen Unternehmen zu beteiligen, als nicht besonders ausgeprägt einzuschätzen. Andererseits würden sich gerade diese Betriebe gegen eine Beteiligung aussprechen.

FÖRDERPOLITIK / Interview mit Ministerpräsident Späth, Baden-Württemberg

„Wir wollen unsere Chancen nutzen"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

WELT: Die Wirtschaft des Bundeslandes Baden-Württemberg hat bisher konjunkturelle Talfahrten besser durchgestanden, als dies andernorts der Fall war. Sehen Sie diese gute Position künftig gefährdet?

Späth: Ich sehe unsere gute Position im Grundsatz nicht als gefährdet an. Aber natürlich muß man aufpassen, daß bestimmte Entwicklungen des Strukturwandels rechtzeitig erkannt und aktiv mitvollzogen werden. So ist die Integration der Mikroelektronik und der Computertechnik in Produkte und Verfahren des Maschinenbaus für uns ein eminent wichtiges Thema, weil Baden-Württembergs Wirtschaftskraft wesentlich von der Wettbewerbsfähigkeit unserer Maschinenbauindustrie abhängt.

Wir haben vor allem auf drei Gebieten einen staatlichen Handlungsbedarf gesehen: Erstens, dafür zu sorgen, daß die Umsetzung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse aus den Hochschulen in die mittelständischen Betriebe ohne eigene Forschungskapazität besser und schneller als bisher klappt; zweitens, unseren kleinen und mittleren Firmen ohne größere Exporterfahrung bei der Erkundung und Erschließung neuer Auslandsmärkte zu helfen; und drittens, durch neue Formen von „Start-up"-Unterstützungen möglichst viele junge Menschen zu ermutigen, sich als Unternehmensgründer selbständig zu machen.

Bisher gute Erfolge

In allen drei Bereichen können wir gute Erfolge verzeichnen. Baden-Württemberg verfügt über ein nahezu flächendeckendes System des Technologietransfers. Es reicht von Beratungs- und Kontaktvermittlungszentren an den Hochschulen bis zu Innovationsberatern bei allen Industrie- und Handelskammern, mit einer Koordinierungsinstanz, die beim Regierungsbeauftragten für den Technologietransfer angesiedelt ist.

In der Exportförderung haben wir die Zahl der vom Land unterstützten Messe- und Ausstellungsbeteiligungen in den interessanten Wachstumsregionen der Welt von Jahr zu Jahr gesteigert, mit der Folge, daß bei manchen Messen schon 50 Prozent der beteiligten deutschen Unternehmen aus Baden-Württemberg kommen. Und von denen sind die meisten wiederum mittelständische Betriebe, die sich ohne Unterstützung des Landes eine solche Präsentation im Ausland finanziell gar nicht leisten könnten.

Was schließlich die Existenzgründungsförderung anbelangt, hatten wir im letzten Jahr mit über 3700 geförderten Unternehmensgründungen eine Rekordzahl, die sich jedoch, nach den bislang vorliegenden Daten, in diesem Jahr nochmals erhöhen wird.

WELT: Bemängelt wird da und dort auch mangelnde Transparenz der vielen Förderprogramme und eine unzureichende Abstimmung zwischen ihnen. Steckt nicht gerade in einer starken Entbürokratisierung auch ein beträchtliches Rationalisierungspotential?

Späth: Die Förderprogramme sind im Wirtschaftsförderungsprogramm der Landesregierung zusammengefaßt und nach Fördertatbeständen und Adressatenkreisen gegliedert.

Mittelstands-, Technologie- und Infrastrukturpolitik bilden die Säulen dieses Systems. Die Forderung nach Entbürokratisierung ist sicherlich gerechtfertigt. Aber auch auf diesem Gebiet sind wir schon sehr gut vorangekommen. Nur darf Entbürokratisierung nicht heißen, erst Förderprogramme aufzulegen und dann nicht mehr genügend Leute zu ihrer Umsetzung und zur Beratung möglicher Interessenten zur Verfügung zu haben. Deshalb sparen wir zwar, wo immer es geht – Baden-Württemberg wird 1986 als erstes Bundesland ohne Neuverschuldung auskommen –, aber wir sparen nicht bei der Organisation unserer Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung, weil dies unverzichtbar zur guten Infrastruktur unseres Landes gehört.

Im übrigen ist beim Wirtschaftsministerium jetzt eine neue Abteilung eingerichtet worden, in der die Zuständigkeiten für die Wirtschafts- wie für die Technologieförderung gebündelt sind. Es gibt also neben den regionalen Beratungsstellen jetzt auch eine zentrale Anlaufstelle für Ratsuchende.

WELT: Baden-Württemberg weist gegenüber anderen Regionen Standortnachteile bei Personal-, Energie- und Transportkosten auf. Was tut die Landesregierung, um Milderung oder Abhilfe zu schaffen?

Kein Standortnachteil

Späth: Es ist richtig, daß in unserem Land besonders gute Löhne gezahlt werden, weshalb unsere Bürger das höchste Pro-Kopf-Einkommen in der Bundesrepublik haben, und daß wir nicht über nennenswerte Rohstoffe verfügen. Als „Standortnachteil" haben sich diese Faktoren aber nicht erwiesen, sonst wären wir nicht das Land mit der größten Industrie- und Handwerksdichte, der weitaus niedrigsten Arbeitslosenquote und dem wirtschaftsstärksten Ballungszentrum, dem Mittleren Neckarraum. Hinzu kommt, daß Baden-Württemberg aus seiner einstigen Randlage zu einem Kernland im Herzen Europas geworden ist, was ebenfalls gegen die These einer Standortbenachteiligung spricht. Die bundesweite Diskussion läuft ja auch in entgegengesetzter Richtung, nämlich in Richtung eines angeblichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen Süd-Nord-Gefälles.

Ich glaube aber, für unternehmerische Standortentscheidungen spielen ganz andere Fragen eine Rolle. Schon heute ist die Forschungsinfrastruktur eines Landes, also Umfang, Stärke und Erreichbarkeit von Hochschulen und Wissenschaftlichen Instituten, für viele Unternehmen ein entscheidendes Kriterium für Neuansiedelungs-Entscheidungen. Immer mehr hinzukommen wird in den nächsten Jahren die Frage, wie es mit der technologischen Infrastruktur aussieht, also dem Ausbaustand der geschäftlich nutzbaren Telekommunikation. Baden-Württemberg hat hier gute Chancen. Wir wollen und werden sie nutzen.

MOBIL OIL

Kaum Hoffnung für Wilhelmshaven

JAN BRECH, Hamburg

Der Vorstand der Mobil Oil AG, Hamburg, wird am 28. November erste Gespräche mit dem Wirtschaftsausschuß über die Zukunft der Raffinerie in Wilhelmshaven führen. Wie der Vorstandsvorsitzende Herbert C. Lewinsky im Anschluß an eine turnusmäßige Aufsichtsratssitzung erklärte, werde gegenwärtig ein Papier erstellt, das als Entscheidungsgrundlage für alle denkbaren Alternativen dienen soll. Bislang, so betonte Lewinsky, gebe es keine endgültige Entscheidung über Wilhelmshaven.

In einem kurzfristig einberaumten Pressegespräch erklärte allerdings auch Paul J. Hoenmans, Vice Präsident der Mobil Oil Corp., New York, und Präsident der Marketing und Refining Division, daß die Raffinerie aufgrund völlig veränderter Marktbedingungen für die ihr einst gestellten Aufgaben nicht mehr benötigt werde.

Hoffnungen, daß die Raffinerie durch neue Vereinbarungen doch noch gerettet werden könnte, gibt es offenbar nicht mehr. Man habe seit zwei Jahren intensiv alle Möglichkeiten ausgelotet, so Lewinsky, aber kein tragfähiges Modell entwickeln können. Das gelte vor allem für die Gespräche mit den anderen in Norddeutschland ansässigen Ölkonzerne. „Uns fällt nun nichts mehr ein", erklärte Lewinsky.

Die Ausweglosigkeit für Wilhelmshaven dürften Hoenmans und Lewinsky auch der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Frau Breuel in einem Gespräch am Wochenende verdeutlicht haben. Überlegungen, die Raffinerie zunächst nur „einzumotten", werden bei Mobil aus technischen und finanziellen Gründen wenig Chancen eingeräumt. Aber auch die Schließung wäre ein finanzielles Desaster. In Wilhelmshaven sind fast eine Mrd. DM investiert worden, wovon Mobil 10 Prozent in Form öffentlicher Zuschüsse erhalten hat. Auf die Anlage sind Restabschreibungen von 250 Mill. DM erforderlich. Durch die Stillegung gibt Mobil 8 Mill. Jahrestonnen modernster Verarbeitungskapazitäten auf und reduziert die eigenen Kapazitäten auf rund 7 Mill. Tonnen pro Jahr.

INDUSTRIELLE KRAFTWIRTSCHAFT

Gegen „Nutzungsgebot"

HANS BAUMANN, Düsseldorf

Jedes Verständnis fehle der industriellen Kraftwirtschaft dafür, daß es in der Politik wieder Bestrebungen gebe, mit neuen Instrumenten direkter staatlicher Einflußnahme in den Energiemarkt einzugreifen. Dies sagte Hans Graf, neuer Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK), auf deren Jahrestagung in Düsseldorf. Er meine damit die Bestrebungen, ein sogenanntes „Abwärmenutzungsgebot" in das Energiewirtschaftsgesetz aufzunehmen.

Ein solches Nutzungsgebot werde ins Leere führen und darüber hinaus eine weitere Belastung des ohnehin komplizierten immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahrens mit sich bringen. Bürokratie und Verwaltungskosten würden zunehmen, auf der anderen Seite aber eine Lähmung des unternehmerischen Engagements zur rationellen Energieverwendung gerade bei Mittelständlern eintreten.

Mit großer Sorge erfüllt Graf die Tatsache, daß die deutsche Industrie wegen der hohen Strompreise im internationalen Wettbewerb benachteiligt sei und daß sich das Verhältnis zu den wichtigsten Nachbarländern weiter verschlechtern werde. Graf übernimmt die Meinung des Verbandes der kommunalen Unternehmen, der sagt, daß die Energiewirtschaft nicht länger von unbekümmerten Politikern zum Goldesel der Nation für die Finanzierung von fiskalischen und umweltpolitischen Plänen gemacht werden darf.

Die verfehlte Kernenergiepolitik habe dazu geführt, daß heute die Stromerzeugung nicht mehr optimal strukturiert sei. Er verweist auf das Defizit von 11 000 Megawatt Kernkraft in der Grundlast. Dieses Defizit addiere sich zu Mehrkosten in der Stromerzeugung von rund 2,5 Mrd. DM pro Jahr. Bauverzögerungen und zusätzliche Auflagen führten zu weiteren Mehrkosten von einer Mrd. DM im Jahr. Die Vorreiterolle beim Umweltschutz in Europa wird die deutschen Stromverbraucher nach Graf rund 4 bis 7 Mrd. DM im Jahr kosten. Die Ausgleichsabgabe aus dem Jahrhundertvertrag koste die industrielle Kraftwirtschaft ferner 2 Mrd. DM im Jahr. Die wie eine zusätzliche Steuer wirkende Konzessionsabgabe erfordert weitere knapp 3 Mrd. DM im Jahr.

Eine Kurskorrektur in der Energiewirtschaft könne nur behutsam erfolgen. Schnell aber müsse die Strompreisstruktur in der Bundesrepublik umgebaut werden, damit nicht noch mehr Arbeitsplätze vornehmlich bei stromintensiven Industrien verlorengingen. Graf fordert eine konzertierte Aktion, um die deutschen Industriestrompreise von den hausgemachten Wettbewerbsnachteilen zu befreien.

Steigender Absatz bei Faltschachteln

ss., Bonn

Die deutsche Faltschachtel-Industrie rechnet in den kommenden Jahren mit einem realen Wachstum von zwei bis drei Prozent. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurde unter anderem infolge von Preissteigerungen ein überdurchschnittliches Umsatzplus von sieben Prozent erreicht, nachdem der Umsatz 1983 rund 1,47 Mrd. DM betragen hatte, gab der Fachverband Faltschachtel-Industrie anläßlich der Jahreshauptversammlung in Bonn bekannt.

Der vorsichtige Absatzoptimismus richtet sich vor allem darauf, daß im Verpackungsbereich eine Nachfrageverschiebung von der auf Erdölderivaten basierenden Plastikverpackung zu der recycling-fähigeren Kartonverpackung erwartet wird. Da die Plastikverpackung gegenüber Zellstoffprodukten aber einige Handhabungsvorteile und – wenn auch abnehmende – Kostenvorteile aufweise, gehe es jetzt darum, dem Verbraucher stärker die Umweltfreundlichkeit der Faltschachtel ins Bewußtsein zu rücken. Am gesamten Verpakkungsvolumen von 25 Mrd. DM im Jahr 1983 hatten Papier und Pappe einen Anteil von 39,1 Prozent, gefolgt von Kunststoff mit 26,9 und Metall mit 22,6 Prozent.

NAMEN

Horst Bentz, ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Melitta, Minden, ist am 9. November an seinem Wohnsitz in Ascona/Schweiz im Alter von 80 Jahren gestorben.

Achim Middelschulte (39) wird per 1. Juli 1985 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Ruhrgas AG, Essen, als Nachfolger von **Hans-Lothar v. Salmuth**, der am 30. Juni 1985 in den Ruhestand tritt.

Dr. **Maximilian Hackl,** Vorstandssprecher der Bayerischen Vereinsbank AG, München, ist per 1. Januar 1985 zum Vorstandsvorsitzenden des Bayerischen Bankenverbandes gewählt worden. Er ist Nachfolger von Dr. **Wilhelm Arendts.**

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Christa Reubke; **Brilon:** Nachl. d. Willy Kuhler, Winterberg; **Brühl:** Trude Reisiger, Transporte, Erftstadt-Gymnich; **Goslar:** Nachl. d. Otto Curt Werner; **Idar-Oberstein:** Klaus Kebrich; **Wesel:** 1. Autohaus Schott GmbH u. Co. KG, Voerde 1; 2. Autohaus Schott Verwaltungsges. mbH; **Wilhelmshaven:** Elektroanlagen Kirchwehm GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Köln: Mathias Moskopp & Söhne GmbH & Co. KG; Mathias Moskopp Verwaltungs GmbH.

NORDINVEST / Unverändert großes Interesse

Gesamtvermögen gestiegen

J. BRECH, Hamburg

Unverändert großes Interesse registriert die Nordinvest GmbH, Hamburg, eine 100-Prozent-Tochter der Vereins- und Westbank AG, an den vier von ihr aufgelegten Publikums-Fonds. Wie in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1983/84 (30. Sept.) mitgeteilt wird, hat sich sowohl das Fondsvermögen als auch der Anteilsumlauf zum Teil deutlich erhöht. Das Gesamtvermögen des Fonds ist nach Angaben der Nordinvest um 53,5 Prozent auf 167 Mill. DM angewachsen.

Das mit Abstand größte Fondsvermögen (117,1 Mill. DM) verwaltete der Nordrenta International, dessen Anlagestrategie sich 1983/84 nicht wesentlich verändert hat. Basis blieben mit einem Anteil von 77,5 Prozent US-Dollar-Anleihen. Der Wertzuwachs der Nordrenta-International-Anteile betrug unter Berücksichtigung einer unveränderten Ausschüttung von 7,10 DM je Anteil 10,8 Prozent.

Bei dem Australien-Pazifik-Fonds ist der in Australien investierte Anteil reduziert worden. Er betrug zum Stichtag nur noch 35,7 Prozent. Der Japan-Anteil lag bei 20,4 Prozent. Die aus dem vollständig aufgelösten US-Aktien-Engagement stammende Liquidität ist in US-Anleihen investiert worden. Der Rücknahmepreis des Fonds-Anteils lag per Ende September mit 54,90 DM um 10 Prozent unter dem des Vorjahres. Die Ausschüttung blieb mit 3 DM unverändert.

Die Ausschüttung von 5 auf 4 DM je Anteil zurückgenommen hat der Japan-Pazifik-Fonds. Der Rücknahmepreis verringerte sich um 2,1 Prozent auf 68,78 DM. Ebenfalls 4 (i. V. 5) DM schüttet der Wekafonds aus, der 77 Prozent seines Fondsvermögens in deutsche Aktien investiert hat. Der Rücknahmepreis eines Anteils betrug am Stichtag 79,75 DM.

FRANKONA-RÜCKVERSICHERUNG / Fehlbetrag beachtlich abgebaut

Sanierungsmaßnahmen greifen

DANKWARD SEITZ, München

„Wir sind noch nicht über den Berg", aber mit gewisser Erleichterung kann man jetzt bei der Frankona Rückversicherungs-AG, München, nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Achim Kann feststellen, daß „die eingeschlagene Richtung stimmt". Zwar muß die Gesellschaft, die sich zu den zehn größten Rückversicherern der Welt zählt, auch noch für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) einen versicherungstechnischen Verlust von 63,9 Mill. DM vor bzw. 27,3 Mill. DM nach Verwaltungskosten und Schwankungsrückstellungen ausweisen. Gegenüber dem seit Jahren auf zuletzt 90,4 Mill. bzw. 60,1 Mill. DM gestiegenen Fehlbetrag stellt dies aber schon eine recht beachtliche Trendwende dar.

Nicht ganz ohne Stolz verweist Kann darauf, daß dies gelungen ist, obwohl das Rückversicherungsgeschäft weltweit auf vielen Märkten und bei einer Reihe wichtiger Sparten in einer tiefen Krise verharrte. Jetzt beginne es sich für die Frankona auszuzahlen, daß sie in den letzten Jahren eine sehr differenzierte Wachstumspolitik betrieben, ihr Portefeuille durchforstet und eine Vielzahl negativer Verträge beendet habe – so „schmerzlich" dies auch gewesen sei. Doch diese Sanierungsmaßnahmen tragen inzwischen offenbar so gute Früchte, daß vielleicht schon für 1984/85 ein ausgeglichenes Ergebnis in Sichtweite kommt.

Zum Ausdruck kommen die Bereinigungsbemühungen auch in dem geringen Wachstum bei den Prämien. Während hier früher zweistellige Zuwachsraten üblich waren, ergab sich 1983/84 erneut bei den Netto-Beträgen nur ein Plus von 1,0 (1,1) Prozent auf 1000,3 Mill. DM und brutto von 1,8 (0,5) Prozent auf 1314,8 Mill. DM. Da die Verluste überwiegend aus dem Auslandsgeschäft kommen, sank sein Anteil am Prämienvolumen auf 40,8 (42,3) Prozent. Verlustschwerpunkte waren Großbritannien, Frankreich und die Niederlande.

Die deutlichsten Sanierungserfolge erzielte man in den Sparten Luftfahrt und Transport. Ihr Anteil am technischen Verlust von 63,9 Mill. DM konnte auf 0,8 (6,1) Mill. sowie 6,4 (21,8) Mill. DM gedrückt werden. Im Bereich Leben ergab sich sogar ein Gewinn von 2,6 Mill. nach noch minus 2,0 Mill. DM im Vorjahr. Noch einmal deutlich verschlechtert hat sich die Feuer-Sparte mit minus 36,7 (25,0 nach 12,2) Mill. DM. Trotz des geringen Prämienwachstums wurden die versicherungstechnischen Rückstellungen um 5,7 (10,2) Prozent auf 1,84 Mrd. DM aufgestockt.

Im allgemeinen Geschäft erzielte die Frankona bei einer Durchschnittsverzinsung von 7,35 (7,8) Prozent aus den auf 1,9 (1,8) Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen (einschl. Depotforderungen) Erträge von 62,3 (60,8) Mill. DM und 38,1 (70,6) Mill. DM aus dem Abgang von Kapitalanlagen. Als Ergebnis vor Steuern werden 13,2 (14,9) Mill. DM ausgewiesen. Aus dem Jahresüberschuß von 5,3 (7,1) Mill. DM verbleibt nach Einstellung von 1,5 (3,5) Mill. DM in die freien Rücklagen ein Bilanzgewinn von 3,86 (3,6) Mill. DM. Der Hauptversammlung am 14. Dezember wird vorgeschlagen, daraus eine unveränderte Dividende von 10 Prozent auszuschütten.

Wir trauern um

Rechtsanwalt, Ministerialdirigent a. D.

Hubert Grünewald

Mitglied des Vorstandes der Ruhrkohle AG

der am 8. November 1984 im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Herr Grünewald hat seine ganze Kraft, sein großes fachliches Können und seine Erfahrung in den Dienst unseres Unternehmens und seiner Mitarbeiter gestellt.

Den Aufbau der Ruhrkohle AG und ihre Entwicklung hat Herr Grünewald seit der Gründung im Jahre 1968 entscheidend mitgeprägt.

Willenskraft, Offenheit und Bescheidenheit sowie soziales Verantwortungsbewußtsein zeichneten ihn besonders aus.

Uns werden sein Weitblick, sein sicheres Urteil und sein besonnener Rat fehlen.

Wir gedenken des Verstorbenen in Trauer und Dankbarkeit.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

RUHRKOHLE AKTIENGESELLSCHAFT

Essen

zugleich im Namen aller Tochtergesellschaften

Die Trauerfeier der Ruhrkohle AG findet am Donnerstag, dem 15. November 1984, 11.00 Uhr, im Saalbau Essen, Huyssenallee 53, 4300 Essen 1, statt.

Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir, den Fördererkreis der Odenwaldschule e. V., 6149 Ober-Hambach, Konto-Nr. 19/2500, Deutsche Bank AG in 6140 Bensheim, zu bedenken.

Am 8. November verstarb der

Vorsitzende unseres Aufsichtsrats

Hubert Grünewald

Mitglied des Vorstandes der Ruhrkohle AG.

Unsere Gesellschaft verliert mit Herrn Grünewald mehr als den Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Seit 1979 hat er mit großem Engagement und unternehmerischem Weitblick die Geschicke unserer Gesellschaft mit beeinflußt.

Wir werden sein Wirken für unser Unternehmen in dankbarer Erinnerung behalten.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft der

Industrieverwaltungsgesellschaft mbH, Bonn-Bad Godesberg

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Herrn

Rechtsanwalt, Ministerialdirigent a. D.

Hubert Grünewald

Herr Hubert Grünewald gehörte unserem Aufsichtsrat seit 1970 an und war Vorsitzender unseres Finanz- und Investitionsausschusses.

Er hat unser Unternehmen in langen Jahren mit herausragenden fachlichen Erfahrungen und seinem ausgeprägten Verantwortungsbewußtsein tatkräftig unterstützt.

Seine unternehmerischen Leistungen und seine vorbildliche menschliche Haltung werden uns immer ein Leitbild sein. Sein Rat und sein ausgewogenes Urteil werden uns sehr fehlen.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat, Belegschaft

STEAG Aktiengesellschaft

Die bergbaulichen Gemeinschaftsorganisationen trauern um

Hubert Grünewald

der am 8. November 1984 verstorben ist.

Hubert Grünewald war Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, des Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlenbergbaus, des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, stellvertretender Vorstandsvorsitzer des Vereins für die bergbaulichen Interessen und Mitglied zahlreicher weiterer Gremien der bergbaulichen Gemeinschaftsorganisationen. Als Vorsitzender des Verwaltungsrates stand er an der Spitze des Rationalisierungsverbandes des Steinkohlenbergbaus. In allen diesen Gremien hat Hubert Grünewald seine umfassenden Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen in den Dienst der Gemeinschaftsarbeit gestellt. Sein stetes Engagement, sein Sinn für gemeinsame Verantwortung und sein persönliches Wesen trugen ihm im Bergbau und weit darüber hinaus hohe Wertschätzung ein.

Seine Persönlichkeit bleibt im deutschen Bergbau unvergessen.

Die bergbaulichen Gemeinschaftsorganisationen

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 15. November 1984, 11 Uhr, im Saalbau Essen, Huyssenallee 53, statt.

Am 8. November 1984 starb Herr

Ministerialdirigent a. D.

Hubert Grünewald

Mitglied des Vorstandes der Ruhrkohle AG

im Alter von 59 Jahren.

Sein Tod erfüllt uns mit tiefer Trauer. Wir verlieren mit ihm einen uns in langjähriger Zusammenarbeit verbundenen guten Freund unseres Unternehmens. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten hat Hubert Grünewald Entscheidungen von besonderer Bedeutung für unser Unternehmen mitgetragen. Seit 1979 war er Vorsitzender des Beirates der Bergemann GmbH.

Wir nehmen Abschied von einem Mann, dessen hohe menschliche Eigenschaften und vornehme Gesinnung in unserer Erinnerung bleiben werden.

RUHRGAS AKTIENGESELLSCHAFT

Essen, den 9. November 1984

Wir trauern um

Ministerialdirigent a. D.

Hubert Grünewald

Mitglied des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft

Wir haben eine herausragende Persönlichkeit verloren, deren kenntnisreichen Rat wir sehr geschätzt haben.

Aufsichtsrat und Geschäftsführung der

VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH

2000 Hamburg 36, Neue Rabenstraße 21

Nach einem arbeitsreichen und erfüllten Leben ist unser Vater von uns gegangen.

Horst Bentz

* 27. Mai 1904 † 9. November 1984

Über viele Jahrzehnte hinweg hat er die Unternehmensgruppe Melitta als persönlich haftender Gesellschafter geführt und zusammen mit allen Mitarbeitern zur heutigen Bedeutung entwickelt. Seine unternehmerische Kraft, verbunden mit hohem Verantwortungsbewußtsein für die Menschen in unseren Unternehmen, wird uns als seinen Nachfolgern stets Vorbild bleiben.

Sein Erbe ist uns Verpflichtung.

In tiefer Trauer

Jörg Bentz
Thomas Bentz
Stephan Bentz

Ringstraße 99, D-4950 Minden

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Anstelle zugedachter Blumenspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen um Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes, Konto-Nr. 40 003 410, Sparkasse Minden-Lübbecke.

Am 9. November 1984 verstarb im Alter von 80 Jahren der langjährige frühere persönlich haftende Gesellschafter unserer Unternehmensgruppe, Herr

Horst Bentz

In über 50jährigem erfolgreichem Wirken hat er insbesondere durch seinen unermüdlichen persönlichen Einsatz den Aufbau und die Ausweitung unserer Unternehmensgruppe zu ihrer heutigen Bedeutung gestaltet.

Seine besondere Fürsorge galt stets seinen Mitarbeitern.

In Dankbarkeit und Verehrung nehmen wir Abschied.

Geschäftsleitungen und Mitarbeiter
der
Unternehmensgruppe Melitta

Ringstraße 99, 4950 Minden

Anstelle zugedachter Blumenspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen um Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes, Konto-Nr. 40 003 410, Sparkasse Minden-Lübbecke.

Am 8. November 1984 starb

Hubert Grünewald

Mitglied des Vorstandes der Ruhrkohle AG

Der Verstorbene gehörte dem Aufsichtsrat unseres Unternehmens seit 1979 an. Er war uns stets ein kluger und umsichtiger Ratgeber. Mit liebenswürdiger und herzlicher Menschlichkeit hat er Freundschaft gegeben. Wir schulden ihm Dank.

Aufsichtsrat, Beirat, Vorstand, Mitarbeiter

des

Haftpflichtverband der Deutschen Industrie
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Hannover, im November 1984

Am 8. November 1984 verstarb im Alter von 59 Jahren

Herr Ministerialdirigent a. D.

Hubert Grünewald

Herr Grünewald war seit 1981 Mitglied des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft. Seinen von reichen Kenntnissen und Erfahrungen getragenen Rat haben wir stets besonders geschätzt. Wir trauern um einen Freund unseres Hauses. In Dankbarkeit und Anerkennung werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand und Belegschaftsvertreter
der
Rütgerswerke Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marte Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Gunther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

ERGEBNISSE

K'lautern – Braunschweig	1:0	(0:0)
Düsseldorf – Dortmund	0:0	
Bochum – Uerdingen	1:0	(0:0)
Hamburg – Köln	3:1	(1:1)
Frankfurt – Mannheim	7:2	(4:1)
Karlsruhe – Bielefeld	4:0	(2:0)
Leverkusen – Bremen	0:0	
Schalke – Stuttgart	4:3	(4:0)

DIE SPIELE

Bochum – Uerdingen 1:0 (0:0)

Bochum: Zumdick – Tenhagen – Zuggic (63. Schreier), Knüwe – Lameck, Woelk, Oswald, Bönighausen (75. Kree) – Kuntz, Fischer. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Brinkmann (65. Puszamszies), W. Funkel – van de Loo, Wöhrlin, F. Funkel, Klinger, Raschid – Schäfer, Gudmondsson (71. Thomas) – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tor:** 1:0 Schulz (64.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karte:** Brinkmann (4).

Düsseldorf – Dortmund 0:0

Düsseldorf: Greiner – Fach – Edvaldsson, Kuczinski – Bockenfeld, Bommer, Fleer, Weikl, Dusend (78. Kaiser) – Thiele, Holmquist. – **Dortmund:** Immel – Loose – Storck, Rüßmann – Egli, Huber, Zorc, Schüler, Anderbrügge (58. Pagelsdorf) – Klotz, Dreßel (89. Simmes). – **Schiedsrichter:** Correll (Heilbronn). – **Zuschauer:** 7200.

Frankfurt – Mannheim 7:2 (4:1)

Frankfurt: Pahl – Berthold – Sievers, Körbel, Trieb (68. Kraaz) – Müller, Svensson, Kroth, Falkenmayer – Krämer, Tobollik. – **Mannheim:** Quasten – Sebert – Knapp, Tsionanis – Hein, Heck, Schlindwein, Dickgießer – Bührer (76. Schön), Walter, Remark (46. Rombach). – **Schiedsrichter:** Wuttke (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Krämer (7.), 2:0 Kroth (9.), 3:0 Müller (13.), 4:0 Kroth (40.), 4:1 Heck (44.), 4:2 Dickgießer (57.), 5:2 Krämer (76.), 6:2 Krämer (83.), 7:2 Müller (90.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Kraaz (2), Falkenmayer, Tsionanis, Heck (2).

Hamburg – Köln 3:1 (1:1)

Hamburg: Stein – Jakobs – Schröder, Wehmeyer (82. Steffen) – Kaltz, Rolff, Soler, Magath, von Heesen – McGhee, Wuttke. – **Köln:** Schumacher – Strack – Geils, Steiner – Hönerbach, Lehnhoff, Hartwig, Bein, Engels – Littbarski, Allofs. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 0:1 Hartwig (30.), 1:1 Wehmeyer (31.), 2:1 Wuttke (47.), 3:1 Wuttke (66.). – **Zuschauer:** 37 000. – **Gelbe Karten:** Wehmeyer, Allofs (3), Littbarski (2).

K'lautern – Braunschweig 1:0 (0:0)

K'lautern: Ehrmann – Bold – Wolf, Dusek – Moser, Geye, Allofs, Brehme – Trunk (79. Melzer), Hübner (67. Eilenfeldt), Kitzmann. – **Braunschweig:** Josef – Pahl – Geiger, Bruns, Kindermann (76. Plagge) – Tripbacher, Gorski, Posipal, Hintermaier, Lux – Worm (85. Brügmann). – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tor:** Allofs (71.). – **Zuschauer:** 16 200. – **Gelbe Karten:** Geye (2), Pahl (3), Tripbacher.

Karlsruhe – Bielefeld 4:0 (2:0)

Karlsruhe: Fuhr – Theiss – Zahn, Roth – Nadu (71. Bühler), Keim, Dittus, Löw, Becker – Günther, Künast (84. Harforth). – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe – Büscher, Foda, Kühlhorn, Borchers, Schröder (67. Ellguth) – Reich, Westerwinter (63. Ozaki). – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 1:0 Theiss (13.), 2:0 Günther (41.), 3:0 Nadu (59.), 4:0 Wohlers (63., Eigentor). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Günther (3), Roth (4/1), Kühlhorn (4), Schnier (4), Reich (2), Ellguth.

Leverkusen – Bremen 0:0

Leverkusen: Vollborn – Bast – Schlegel (72. Giske), Gelsdorf – Winklhofer, Röber, Hörster, Geschlecht, Tscha – Schreier (78. Götz), Waas. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Otten – Sidka, Möhlmann, Hermann, Okudera, Meier – Völler, Reinders (72. Neubarth). – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Zuschauer:** 10 000.

Schalke – Stuttgart 4:3 (4:0)

Schalke: Junghans – Dietz – Kleppinger, Schipper – Dierßen, Opitz, Memering, Jakobs (70. Berge), Thon – Schatzschneider, Täuber (62. Kruse). – **Stuttgart:** Roleder – Niedermayer (23. Müller) – Schäfer, K.-H. Förster, B. Förster – Ohlicher, Allgöwer, Sigurvinsson, Klinsmann – Reichert, Claesen. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Zuschauer:** 28 000. – **Tore:** 1:0 Täuber (4.), 2:0 Täuber (8.), 3:0 Niedermayer (17., Eigentor), 4:0 Kleppinger (32.), 4:1 Allgöwer (75.), 4:2 Müller (80.), 4:3 Claesen (87.). – **Gelbe Karten:** Berge, Memering, Sigurvinsson, K.-H. Förster.

VORSCHAU

Dienstag, 13. November, 20 Uhr:

Stuttgart – Hamburg	(0:1)
Uerdingen – Leverkusen	(2:1)
Dortmund – Braunschweig	(0:2)

Mittwoch, 14. November, 20 Uhr:

Bremen – Karlsruhe	(–:–)
Bielefeld – K'lautern	(3:2)
Düsseldorf – Frankfurt	(4:2)
Köln – M'gladbach	(1:2)
München – Bochum	(5:1)

Das Spiel Mannheim – Schalke (–:–) wurde auf den 26. Januar verlegt.

Samstag, 17. November, 15.30 Uhr

Hamburg – Mannheim	(2:3)
Frankfurt – Dortmund	(2:2)
Braunschweig – Bielefeld	(2:0)
Kaiserslautern – Bremen	(3:3)
Karlsruhe – Uerdingen	(–:–)
Leverkusen – München	(1:5)
Bochum – Köln	(2:3)
Mönchengladbach – Stuttgart	(2:0)
Schalke – Düsseldorf	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / Siegeszug des 1. FC Köln vom Hamburger SV gestoppt – Schlappe für Waldhof Mannheim in Frankfurt

● Die Konkurrenz reibt sich verwundert die Augen. Ausgerechnet der VfL Bochum, vor der Saison wieder einmal als Absteiger getippt, sorgt für frischen Wind in der Bundesliga. Er liegt gleichauf mit dem Hamburger SV auf Platz vier. Und wenn die Bochumer, wer hätte das gedacht, am Mittwoch in München antreten, muß von einem Spitzenspiel geredet werden. Trainer Rolf Schafstall stapelt wie immer tief: „Bisher haben wir nur Punkte im Kampf gegen den Abstieg gewonnen."

● Bayern München kann sich ins Fäustchen lachen. Das Spiel in Mönchengladbach fiel aus, trotzdem bleibt der Vorsprung von fünf Punkten (jetzt überraschend vor Kaiserslautern) erhalten. Die Bundesliga scheint so ausgeglichen wie nie, jetzt wurde auch der 1.FC Köln (9:1 Punkte aus den letzten fünf Spielen) in Hamburg kräftig gebremst. Und zwischen dem Tabellenzweiten und dem Letzten (Borussia Dortmund) liegen nur acht Punkte. Spricht schon jetzt alles für einen Meister Bayern München?

● Am Samstag um 17.15 Uhr, normalerweise der Zeitpunkt, an dem die Bundesligaspiele beendet sind, traf die Mannschaft von Borussia Mönchengladbach aus Warschau mit dem Flugzeug in Düsseldorf ein. Seit Donnerstag hatte sie wegen Nebels in der polnischen Hauptstadt festgesessen. 15 000 Mark kostete dieser zusätzliche Aufenthalt. Manager Grashoff will prüfen, ob der Europäische Verband einen Teil übernimmt. Das Spiel gegen München soll am 11. oder 12. Dezember nachgeholt werden.

Wolfram Wuttke – ein „frecher Hund" schießt brav seine Tore: „Habe mein Leben total verändert. Ich will in die Nationalelf"

WERNER EMS, Hamburg

Als sich die Tür öffnete und die meisten draußen vor der Tür erwartungsvoll auf ihn heruntersahen, packte Wolfram Wuttke (23) die Tasche etwas fester und ging entschlossen die knapp 15 Meter von der Kabinen- zur Bustür. Er ließ sich auch durch Fragen nicht aufhalten: „Kein Kommentar." Vorher hatten ihn auch schon die Kölner nicht stoppen können. Zwei Tore hatte Wuttke zum 3:1-Sieg des HSV über die Erfolgself der letzten Wochen beigesteuert. Wolfram Wuttke hätte also stehenbleiben können, hätte auf die Frage nach der Größe des Augenblicks nicht „168,5" antworten und *die Betonung dabei auf die „Komma fünf"* hinter den Zentimetern legen müssen. Nicht nur DFB-Trainer Horst Köppel auf der Tribüne hatte „ein riesiges Spiel" von Wuttke gesehen.

Doch Wuttke sagte „Kein Kommentar", kletterte in den Bus und schaute ausgesprochen gelassen von oben herab. Die Einladung zu einem Besuch im „Aktuellen Sportstudio" sagte er ab: „Ich komme gerne, wenn das bei mir noch so einige Wochen weitergeht." Und Köppel empfahl er, „ruhig noch ein paarmal wiederzukommen". Dann ging er mit fünf Freunden aus Castrop-Rauxel („Die habe ich ein halbes Jahr nicht gesehen") essen und lag „um zwölf Uhr im Bett, *schließlich hatten wir ja am* Sonntagmorgen Training."

Drei Reaktionen, die den Mann zeichnen, der von sich behauptet: „Ich habe mein Leben total verändert." Keine großen Auftritte mehr wie früher, das Ziel von früher („Ich will in die Nationalelf") wieder vor Augen und mit einer ganz anderen Einstellung zur Arbeit als früher.

Wuttke früher, das war „einer, der vielleicht zu schnell groß geworden ist" (Wuttke). Mit 16 verdiente er in Schalke 5000 Mark im Monat, mit 17 nannte Ex-Präsident Siebert ihn „einen frechen Hund", mit 18 fauchte Wuttke den Kollegen Klaus Fischer an „beweg du lieber deinen dicken



Michael Schröder (links), Ulli Stein und der brave Torschütze Wolfram Wuttke in der Mitte.

FOTO: MÜLLER

Arsch", mit 19 warf ihn der damalige DFB-Jugendtrainer Weise aus dem Team („Der muß erst mal erzogen werden"), mit 20 taufte er seinen Trainer in Gladbach, Jupp Heynckes, „Osram", weil er so schnell rot wird, mit 21 strich ihn Berti Vogts aus der Juniorenauswahl, weil er ihn drei Stunden vor einem Spiel mit Karten in der einen und einer Zigarette in der anderen Hand erwischte, und mit 22 nannte ihn HSV-Trainer Ernst Happel „einen teuren Fehleinkauf" (für 950 000 Mark) und urteilte: „Eine Biene, die keinen Honig gibt, ist wertlos." Das war im Dezember '83, als beim HSV die etablierten Stars über die Newcomer Wuttke und Dieter Schatzschneider sogar Gericht hielten. Das Urteil in der Geheimverhandlung: „Beide sind faul, haben aber eine große Klappe." Schatzschneider überstand den Spruch nicht, mußte nach einem Jahr gehen.

Wuttke blieb, so wie die Probleme mit ihm und für ihn blieben. Er tat sich schwer, akzeptiert zu werden, obwohl er Einsicht („Ich muß mich anpassen") und andere Moral („Schlendrian im Training gibt's nicht mehr") verkündete. Freunde hat er im Team noch keine. Mit Uli Stein spielt er immerhin schon mal Karten, mit den jüngeren wie von Heesen oder Schröder geht er mal aus. Doch vor allem die Stars wie Magath, Kaltz, Jakobs bleiben auf Distanz.

Die Gratulation nach dem großen Spiel gegen Köln, sagt Wuttke, sei „normal gewesen, wie sie eben so ist". Happel hat nichts gesagt („warum sollte er auch?"), Kapitän Jakobs wollte erst nichts sagen, hat sich dann zu einem „Ich glaube, er ist allmählich auf dem richtigen Weg" bequemt. Und Manager Günter Netzer nannte ihn einen „erstklassigen Spieler, der langsam begriffen hat, worauf es bei uns ankommt".

Was das genau ist? Vielleicht dies: Vor dem Spiel der bis dahin gebeutelten Hamburger beim Spitzenreiter Bayern München am 3. November war Wuttke am Zeh operiert worden. Donnerstags vor dem Spiel waren die Fäden gezogen worden, erst montags sollte der Stürmer wieder spielen. Wuttke bestand von sich aus auf seinem Einsatz, kam zur Pause und brachte den Schwung, der dem HSV ein 1:1 ermöglichte. Beim Europacup gegen Sofia nahm Wuttke dann als einziger die Partie ernst, schoß ein Tor. Und dann zwei gegen Köln.

Genugtuung, es seinen Kritikern – im internen Sprachgebrauch Hamburger Journalisten wird Wuttke wegen seiner gedrungenen Figur *„Milser" genannt – gezeigt zu haben?* „Was habe *ich* davon?" fragt er zurück, um dann festzustellen: „Natürlich ist es schön, bestätigt zu sehen, was ich mir immer wieder gesagt habe: Das ich es schaffen werde." Und die fehlende Akzeptanz durch die Stars? „Ich spiele in erster Linie für mich. Nicht für den Trainer, nicht für den Manager und nicht für die Mannschaft. Und die älteren Spieler muß man als jüngerer akzeptieren, sie sind erfahrener. An ihnen kann man sich aufrichten." Tiefer kann ein Bückling nicht sein, Majestätsbeleidigung ist kein Thema mehr.

Hinzu kommt noch, daß Wolfram Wuttke seit Mai Vater ist. Sohn Benjamin spielt jetzt schon mit. Wuttke: *„Ich habe gespürt, daß* ich eine Verantwortung trage. Ich muß dafür sorgen, daß meine Familie ihr Auskommen hat." Und das hat sie wohl, solange der Ernährer sich mit Benjamin im Arm im Fernsehen seine Tore anschauen kann.

Wolfram Wuttke heute, das ist eine seltsame Mischung zwischen Angepaßtsein und Ernsthaftigkeit. Eigentlich eine Mischung, die eher Probleme schafft als den Kopf frei macht. Aber dem Fußball-Profi Wuttke hat sie ermöglicht, die Stärke des Talents Wuttke wiederzuentdecken. Und die beschreibt Wuttke so: „Den Ball pakken, sich ein Herz fassen, drauflosdribbeln und Tore machen."

Schlappner: Was soll das Jammern!

MARTIN HÄGELE, Frankfurt

Der 19 Jahre alte Abiturient Armin Kraaz von Eintracht Frankfurt verspottete den Gegner: „Auf eine solch schwache Mannschaft werden wir in dieser Saison wohl nicht mehr treffen." Der Gegner war immerhin Waldhof Mannheim, das Team, das bisher als einziges Bayern München besiegen konnte. Die WELT sprach mit Mannheims Trainer Klaus „Schlappi" Schlappner über die 2:7-Niederlage in Frankfurt.

WELT: Wie fühlt sich der Trainer Schlappi nach einer 2:7-Schlappe?

Schlappner: Es gibt im Fußball schöne Tage und beschissene Tage. Heute war für uns ein mieser Tag. Aber die Frankfurter Zuschauer sind auf ihre Kosten gekommen.

WELT: Torwart Gregor Quasten hat in seinem zweiten Spiel für den SV Waldhof nicht gerade Ruhe ausgestrahlt. Quasten war an einigen Toren schuld. Wie behandeln Sie den Herrn Quasten nun?

Schlappner: Dem klopf' ich auf die Schulter. Spaß beiseite. Ich lasse den absolut in Ruhe, werde nicht an ihm herummäkeln. Quasten ist jetzt der dritte Torwart, den wir in dieser Saison im Tor haben. Da kann es mit der Abstimmung in der Abwehr nicht hundertprozentig klappen. Und vor dem Quasten stehen schließlich auch noch ein paar andere.

WELT: Sie sind als Trainer im hessischen Raum groß geworden. Ärgert es Sie besonders, daß Sie mit Ihrer Mannschaft ausgerechnet in Frankfurt so hoch verloren haben?

Schlappner: Ich hab' da kein besonderes Konkurrenzdenken. Wir haben einfach schlecht gespielt.

WELT: Aber die Stimmung war vor diesem Spiel doch angeheizt?

Schlappner: Sicher, wir haben das auch gehört, daß die Frankfurter im Training diese Woche immer erzählt haben, gegen die Waldhof-Klopper, da müssen wir richtig draufhalten. Ich hab' meiner Mannschaft vor dem Spiel auch gesagt: „Paßt auf, die Frankfurter gehen druff wie Blücher." Aber im Spiel waren wir dann die Gelackmeierten.

WELT: Ihre Mannschaft hat sich auch nur in den ersten zehn Minuten und dann zwischen der 50. und 75. Minute richtig gewehrt.

Schlappner: In dieser Phase haben die Frankfurter angefangen, sich in die Hosen zu machen. Wir hatten nach dem 4:2 drei riesige Möglichkeiten durch Rombach und Fritz Walter. Ich weiß nicht, was passiert wäre, wenn in dieser Situation auch noch das 4:3 gefallen wäre.

WELT: Ihnen kommt das Verdienst zu, aus eigenen Nachwuchsleuten eine Bundesliga-Mannschaft gebastelt zu haben. Aus Finanznot und etwas später sind die Frankfurter ebenfalls auf diese Idee gekommen. Wie sehen Sie Ihr Modell heute?

Schlappner: In dieser Runde werden wir anders betrachtet. Kritischer, härter, der Bonus des Aufsteigers ist weg. Wir haben jetzt fünf Jahre lang mit jungen Spielern etwas erreicht, andere Vereine ziehen mit diesem Konzept nun nach. Bei uns ist aber im Moment eine gewisse Strapaziertheit erreicht.

WELT: Was heißt Strapaziertheit?

Schlappner: Torwart Zimmermann ist verletzt, Quaisser und Scholz ebenfalls, und Spielmacher Alfred Schön laboriert seit Wochen an einer Kniekehlenreizung. Der Torjäger Fritz Walter trifft nicht mehr so häufig wie im letzten Jahr. So fehlen uns vier wichtige Leute. Wir können deshalb häufig nicht taktisch so operieren, wie ich mir das vorstelle. Aber was soll das Jammern! In drei Wochen, so schätze ich, sind alle wieder an Bord. Durch diese Situation muß man eben durch.

WELT: Einen neuen Stürmer wollen Sie nicht kaufen?

Schlappner: Sicher sind wir im Angriff etwas dünn. Aber ich komme schon mit den Leuten klar, die mir zur Verfügung stehen. Nein, es gibt keine Neueinkäufe.

WELT: Ist Waldhof vom Frankfurter „Kindergarten" überholt worden?

Schlappner: Sie sollen bloß aufhören mit dem Geschwätz von der Jugend, so jung sind die doch gar nicht mehr. Vor allem besitzen sie sehr viel Erfahrung. Da spielen doch schon acht Mann seit fünf Jahren in der Bundesliga oder sogar international.

WELT: Das Verhältnis zwischen Ihnen und Frankfurt-Trainer Dietrich Weise soll nicht das beste sein? Sind Sie vom Typ her so gegensätzlich?

Schlappner: Ich hab' nichts gegen den Kollegen Weise. Neulich ist er von Bremen aus mit uns nach Frankfurt zurückgeflogen, hat nicht geredet und nicht guten Tag gesagt. Ich bin dann im Flugzeug zu ihm hin, hab' gegrüßt, aber ich dachte, ich sehe einen Fremden.

„Boxer" Täuber schießt Tore, Schatzschneider hilft ihm dabei

Genüßlich schlürften die Schalker Spieler wenige Stunden nach dem 4:3-Sieg über Meister VfB Stuttgart Sekt Marke „Fürst Metternich". Schatzmeister **Ingo Westen**, ein Anwalt, hatte zum 40. Geburtstag geladen und dabei feststellen können, daß alle Gewinner vom Nachmittag anwesend waren. Für ihn Indiz dafür, daß in Schalke zur Zeit alles stimmt – sportlich wie wirtschaftlich. Bis zum Ende der Hinspielrunde glaubt der frühere Skandal-Klub die letzte Million des Schuldenberges abtragen zu können. Ins Parkstadion kommt vor Weihnachten schließlich auch noch der Hamburger SV.

Viele Experten glaubten bei Saisonstart, Schalke werde gleich wieder absteigen. Inzwischen, das wird niemand bestreiten, sind die Schalker neben dem VfL Bochum der zweite Klub, der alle Prognosen auf den Kopf stellte. Dabei ist die Mannschaft, von **Dieter Schatzschneider** (26) abgesehen, beinahe identisch mit der Truppe, die den Aufstieg schaffte. „Daß wir mit einer eingespielten Mannschaft antreten konnten, hat uns so stark gemacht", sagt Trainer **Diethelm Ferner** (43), der freilich auch zugibt, daß einiges anders lief als erwartet.

So schießt nicht der HSV-geschädigte Dieter Schatzschneider, sondern der Nordfranke **Klaus Täuber** (26), den sie wegen seines Draufgängerstils den „Boxer" nennen, die Tore, die die Konkurrenz erschrecken. Ferner dazu: „Ich habe nichts einzuwenden, denn jeder weiß, daß der Jürgen nur deshalb so oft zum Zuge kam, weil der Dieter ihm die Räume schafft."

So war es nach Ferners Ansicht auch beim Sieg gegen Stuttgart, der nach einem 4:0-Vorsprung noch ins Wanken geriet, „weil uns eben etwas von der Kälte des HSV fehlt" (Dieter Schatzschneider).

Schatzschneider ist zwar nicht eifersüchtig auf Täuber – sein Bruder Jürgen spielte früher mal bei Schalke und kehrte dann nach Nürnberg zurück –, hätte aber nichts dagegen, wenn er öfter mal in der Torschützenliste auftauchen würde. „Vielleicht in der Rückrunde", hofft er. Wenn er trotz spärlicher Ausbeute sich in Schalke viel wohler fühlt als vorher in Hamburg, so hat das für ihn gleich mehrere Gründe.

Grund Nummer eins: „Hier werde ich nicht von den Kollegen verarscht, und ich werde vom Trainer wie ein Mensch behandelt."

Grund zwei: „In Schalke gibt es keine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Da ziehen wir alle an einem Strick und sagen uns offen und ehrlich die Meinung."

Grund drei: „Hier ist das Publikum schon dankbar, wenn es den guten Willen sieht, also nicht so anspruchsvoll wie in Hamburg."

*

Um allen Eventualitäten vorzubeugen und nicht doch noch in Abstiegsgefahr zu geraten, will sich Schalke bis zum Nennungsschluß am 10. Dezember nach Verstärkung umsehen. Ferner: „Unsere Decke ist zu dünn, wehe, wenn bei uns einer längere Zeit ausfällt." Er habe vor, so sagt Ferner, einen Spieler zu kaufen oder auszuleihen, der wie sein Schützling **Michael Jakobs** (25) mehrere Aufgaben übernehmen kann. Doch in Schalke wird immer häufiger der Name **Bernd Patzke** (25) genannt. Schatzschneider: „In Leverkusen ist er *immer verletzt, aber unser Masseur* **Gerard Kuipers** (35) wäre wohl der richtige Mann für ihn. Der hat Zauberhände."

Schatzschneider ist überzeugt, daß Kuipers auch ihm bis zum nächsten Heimspiel gegen Frankfurt am 24. November die Blutergüsse wegknetet, die der Torjäger in rüden Zweikämpfen gegen Nationalspieler

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe

Karl-Heinz Förster (26) erlitt. „Der hat dreimal hingelangt, und der Schiedsrichter hat vorbeigesehen", ärgerte sich der Betroffene, für den es keinen Zweifel gibt, daß Nationalspieler nach wie vor einen Bonus bei den Pfeifenmännern haben. Schatzschneider: „Auf kleine Spieler gehen sie dagegen gleich los, so wie auf unseren Auswechselspieler **Klaus Berge** (20), der Gelb bekam, ohne dem Gegner etwas getan zu haben.

*

In Köln sinnierte **Sepp Maier** (39), nach einem schweren Autounfall seit 1979 Sportinvalide, über vergangene Zeiten. „Da wurde noch anders gespielt. Es geht neuerdings alles so hektisch zu, ganz wie im richtigen *Leben", sagte er nach dem Besuch* des Spiels Bayer Leverkusen gegen Werder Bremen (0:0). Das Spiel erinnerte das frühere Fußballoriginal an Münchner Zeitgenossen, wenn sie in der Stadt einkaufen gehen: „Da hasten sie durch die Straßen, als würde ihnen die Zeit unter den Nägeln brennen."

Maier sah am Samstag seit drei Monaten, wie er beteuerte, zum erstenmal wieder ein Bundesligaspiel und war von der Qualität enttäuscht. Seine FC-Bayern-Dauerkarte benutzt er kaum noch. „Ich weiß Besseres mit meiner Zeit anzufangen", sagt er. Gute Worte hat er zur Zeit nur für die Torhüter-Gilde übrig: „Da stimmt es immer in Deutschland. Und mit dem Toni haben wir einen ganz Großen."

*

Um diesen „Großen", gemeint ist Kölns Torhüter **Toni Schumacher** (30), gibt es in Köln zur Zeit ein heftiges Gezerre hinter den Kulissen. Die Frage, die die Kölner Fußballwelt bewegt: Bleibt er, oder wird er verkauft? Geht es nach dem Publikum, dann muß der Verein den unbequemen Mann behalten, der mit dem Vorstand in Dauerfehde lebt und mit seiner Forderung nach einem Fünfjahresvertrag zu besseren Bedingungen zur Zeit noch auf taube Ohren stößt.

Wie es heißt, hält Schatzmeister ***Karl-Heinz Thielen*** *(44)* verstärkt nach Sponsoren Ausschau, die die Lücke zwischen den Vorstellungen des Spielers und seines Arbeitgebers stopfen können. Die Sportartikelfirma Puma, so wird kolportiert, sei bereit, Schumacher mit einem Sondervertrag zufriedenzustellen. Doch Schumacher will einen Spezialkontrakt mit dem Hause adidas bis 1987 erfüllen und provoziert so eine Konfliktsituation: Vom Sommer 1985 an hat sich der FC Köln, sehr zum Leidwesen des adidas-Generalvertreters **Wolfgang Overath** (41), bei Puma eingekauft.

Vergrößert wird die Spannung durch den Versuch der FC-Funktionäre, Schumacher von seinem Freund und Berater **Rüdiger Schmitz** (42) abzukoppeln. Ein untauglicher Versuch, wie Schumacher beteuert. Sein Standpunkt: „Wer etwas von mir will, muß sich an den Rüdiger wenden. Ohne den Rüdiger geht bei mir gar nichts."

Mit viel Energie versucht jetzt der Verein über Vorstandsmitglied **Bernd Schäfer** (42), einen Juristen, Schmitz am Zeuge zu flicken. Man will versuchen, ihm Verletzung der Aufsichtspflicht im Falle **Gerd Strack** (29) nachzuweisen. Der Libero des 1. FC Köln hatte sich von Schmitz getrennt, nachdem Verluste in sechsstelliger Höhe in Stracks Toto- und Lottoladen bekanntgeworden waren.

Die Abkehr von Schmitz (Strack hat seine Geschäfte jetzt dem FC überantwortet) bezahlt der Spieler mit Isolation im Kollegenkreis. So saß er vor dem 1:3-Spiel gegen Hamburg allein am Tisch und stocherte lustlos in seinem Essen herum. Die Kontakte zum früheren Freund Toni Schumacher beschränken sich auf gelegentliche Anweisungen auf dem Spielfeld.

*

Wie beliebt Toni Schumacher beim Kölner Publikum ist, durfte er nach der Rückkehr vom deprimierenden 1:3-Spiel in Hamburg beim Sportpressefest in der Kölner Sporthalle einmal mehr feststellen. Der „Fußballer des Jahres" badete in „Toni-Toni"-Chören, während Schumachers Gegenspieler, Vereinspräsident **Peter Weiand** (66), eisiger Wind ins Gesicht blies (er wurde ausgepfiffen), als er zu einem Eisstockschießen Kölner Vereinspräsidenten antrat.

Paradoxe Tabelle: Kaiserslautern Zweiter, Bochum vor Gladbach, Köln

							Heim		Auswärts	
1. München	11	8	2	1	25:11	18:4	13:7	9:3	12:4	9:1
2. K'lautern	12	5	5	2	20:15	15:9	13:7	10:2	7:8	5:7
3. Bremen	12	4	6	2	28:21	14:10	18:10	9:3	10:11	5:7
4. Hamburg	12	4	6	2	20:17	14:10	13:6	9:3	7:11	5:7
4. Bochum	12	4	6	2	20:17	14:10	8:4	8:4	12:13	6:6
6. M'gladbach	11	4	4	3	32:22	12:10	21:8	8:2	11:14	4:8
7. Köln	11	5	2	4	27:24	12:10	17:11	8:4	10:13	4:6
8. Stuttgart	12	5	2	5	33:23	12:12	17:9	8:4	16:14	4:8
9. Uerdingen	12	5	2	5	24:20	12:12	15:11	9:3	9:9	3:9
10. Karlsruhe	12	3	6	3	21:21	12:12	11:6	8:4	10:15	4:8
11. Frankfurt	12	4	4	4	29:30	12:12	17:9	9:3	12:21	3:9
12. Leverkusen	12	3	6	3	19:20	12:12	13:11	8:4	6:9	4:8
13. Mannheim	11	4	3	4	14:20	11:11	6:5	6:4	8:15	5:7
14. Schalke	12	5	3	4	23:26	11:13	15:12	8:4	8:14	3:9
15. Düsseldorf	12	2	4	6	21:28	8:16	11:9	7:5	10:19	1:11
16. Braunschweig	12	4	0	8	20:33	8:16	13:9	6:6	7:24	2:10
17. Bielefeld	12	1	6	5	12:29	8:16	10:16	5:7	2:13	3:9
18. Dortmund	12	3	1	8	12:23	7:17	8:11	4:8	4:12	3:9

● *Der Frankfurter Uwe Müller schoß* beim 7:2 über Mannheim das 400. Tor der Saison. Diese 400 Treffer in 106 Spielen (Schnitt 3,77) liegen trotz der Nachholspiele Mannheim – Köln und Mönchengladbach – München bereits um 13 Tore über dem Stand der letzten Saison. Klaus Allofs (Köln) führt mit 12 Treffern weiter die Torschützenliste an. Sein Bruder Thomas rückte in die Gruppe auf, die neun Treffer auf dem Konto hat. Zu ihr gehören außerdem Klaus Fischer (Bochum) und Klaus Täuber (Schalke). Unter den 26 Treffern waren zwei Eigentore von Niedermeyer (Stuttgart) und Wohlers (Bielefeld).

● Die Spieler *sechs, sieben und acht* in dieser Saison müssen im nächsten Spiel zuschauen, weil sie am Samstag zum vierten Mal verwarnt wurden. Es sind Norbert Brinkmann (Uerdingen) und die Bielefelder Detlef Schnier und Stefan Kühlhorn. Uerdingen sammelte als Spitzenreiter einer Tabelle nach gelben Karten bereits 23 Verwarnungen. Fortuna Düsseldorf bleibt die *bravste Mannschaft mit nur* acht gelben Karten. Insgesamt 17 Spieler sind mit drei gelben Karten belastet. Der Karlsruher Dietmar Roth wurde bereits zum fünften Mal verwarnt, ihm droht die zweite Sperre.

● *Zu den acht Spielen am Freitag* und Samstag kamen insgesamt nur 163 400 Zuschauer (Durchschnitt 20 425) in die Stadien. Dazu war das Mönchengladbacher Bökelberg-Stadion mit seinen 38 000 Plätzen für das ausgefallene Schlagerspiel gegen München allerdings schon ausverkauft. Der Gesamtbesuch stieg auf 2,32 Millionen Zuschauer und liegt *damit relativ gesehen* über dem Vorjahr. 1983 hatte es nach dem 12. Spieltag 2,335 Millionen Zuschauer gegeben, jetzt aber fehlen noch die beiden Nachholspiele. Aufsteiger Schalke 04 hat mit durchschnittlich 32 533 Zuschauer den zweitbesten Besuch.

2. Liga

DW. Bonn

Die Tabellenspitze der Zweiten Liga rückt immer weiter zusammen. Saarbrücken, Hannover und Hertha BSC liegen punktgleich nur einen Zähler von Alemannia Aachen, dem neuen Tabellenführer, getrennt. Die größte Überraschung dabei ist der Aufschwung in Saarbrücken. Die Mannschaft von Trainer Uwe Klimaschefski besiegte Kickers Offenbach deutlich mit 5:0. Einen weiteren Rückschlag mußte dagegen Wattenscheid 09 hinnehmen. Ausgerechnet beim 1. FC Nürnberg, der sechs Stammspielern gekündigt hat und nun mit einem neuen Team den Kampf aufgenommen hat. Fortuna Köln hat die Abstiegszone mit einem 2:0-Sieg über Aufsteiger St. Pauli verlassen. Dieses Spiel sahen lediglich 500 Zuschauer.

DIE ERGEBNISSE

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Stuttgart – BW Berlin	1:2	(1:0)
Kassel – Homburg	3:2	(1:1)
Hannover – Ulm	2:0	(0:0)
Hertha BSC – Solingen	3:2	(1:0)
Saarbrücken – Offenbach	5:0	(4:0)
Nürnberg – Wattenscheid	2:0	(0:0)
Köln – St. Pauli	2:0	(1:0)
Freiburg – Oberhausen	1:1	(0:0)
Duisburg – Aachen	0:2	(0:1)
Darmstadt – Bürstadt	1:2	(0:0)

DIE TABELLE

Verein	Sp.	G	U	V	Tore	Punkte
1.Aachen	14	8	4	2	30:17	20:8
2.Saarbrücken	14	8	3	3	33:15	19:9
3.Hannover	14	8	3	3	28:21	19:9
4.Hertha BSC	14	8	3	3	26:20	19:9
5.Kassel	14	7	4	3	29:23	18:10
6.Wattenscheid	14	8	2	4	22:19	18:10
7.Nürnberg	15	7	2	6	25:21	16:14
8.Solingen	14	7	1	6	26:26	15:13
9.Offenbach	15	6	3	6	20:23	15:15
10.Köln	14	5	4	5	22:24	14:14
11.Bürstadt	15	7	1	7	26:22	15:15
12.Homburg	14	6	1	7	25:24	13:15
13.Ulm	15	5	3	7	23:26	13:17
14.Darmstadt	14	4	4	6	20:25	12:16
15.Freiburg	14	4	4	6	18:21	12:16
16.Oberhausen	14	3	5	6	21:27	11:17
17.BW Berlin	14	4	2	8	21:27	10:18
18.Stuttgart	14	4	1	9	15:23	9:19
19.Duisburg	14	2	4	8	18:32	8:20
20.St. Pauli	14	3	2	9	19:31	8:20

DIE VORSCHAU

Mittwoch, 14. November, 19.30 Uhr: BW Berlin – Saarbrücken, Darmstadt – Kassel; **20 Uhr:** Solingen – Hannover, Wattenscheid – Duisburg, Aachen – Freiburg, Oberhausen – Köln. – **Samstag, 17. November, 14.30 Uhr:** Stuttgart – Oberhausen, Freiburg – Wattenscheid, Kassel – Bürstadt; **15.30 Uhr:** Hannover – Homburg, Hertha BSC – Darmstadt, Köln – Aachen, Nürnberg – Solingen, Saarbrücken – St. Pauli. – **Sonntag, 18. November, 15.00 Uhr:** Offenbach – BW Berlin, Duisburg – Ulm.

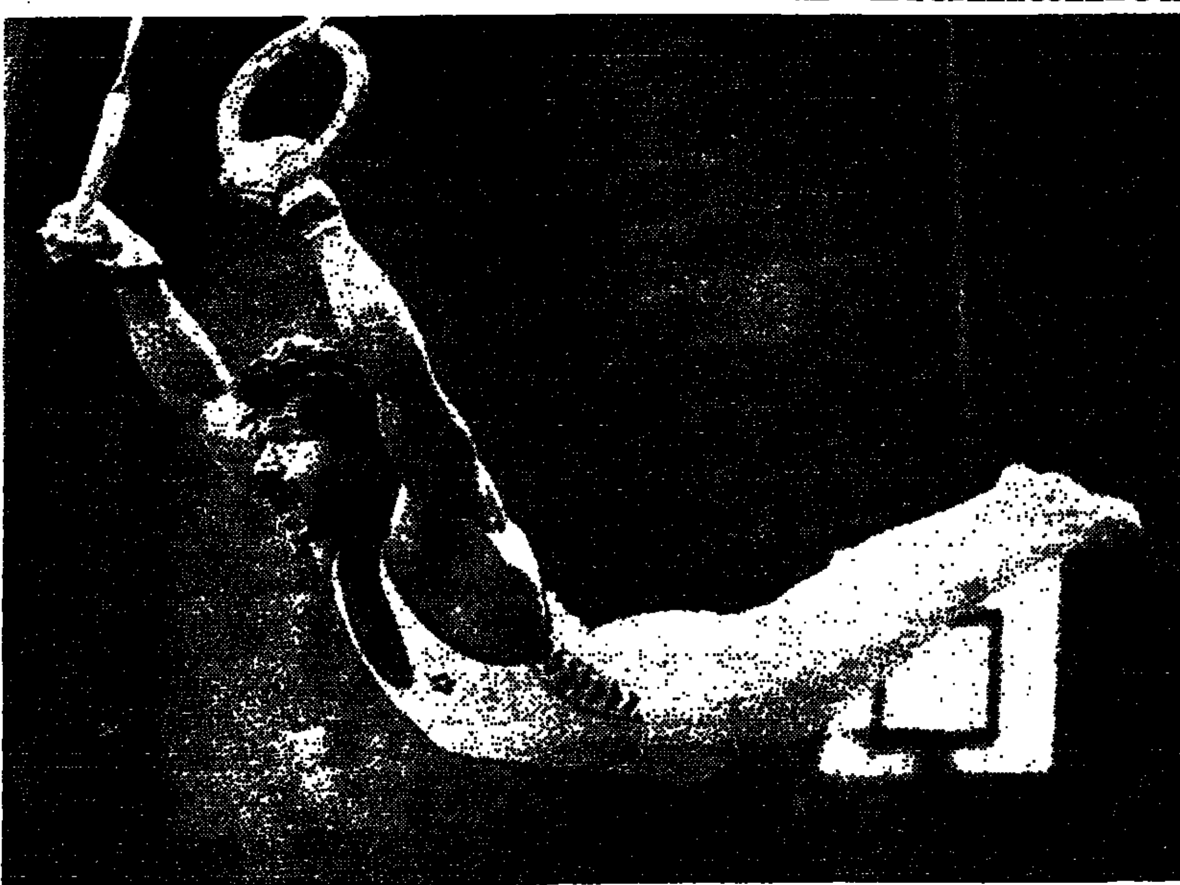
KUNSTTURNEN / 27 Jahre alter Kurt Szilier gewann seinen ersten deutschen Titel im Zwölfkampf

Nach dem Sieg telefonierte der ehemalige Freund von Nadia Comaneci mit den Eltern in Rumänien

sid/dpa, BOUS

Ganz überlegen sicherte sich der 27jährige Kurt Szilier seinen ersten deutschen Zwölfkampf-Titel. Der ehemalige Studenten-Weltmeister im Kunstturnen, der sich im Oktober 1982 in Völklingen gemeinsam mit Dimitri Sirbu von der rumänischen Riege abgesetzt hatte und seitdem mit seinem Freund im hessischen Weiskirchen lebt, erzielte in Bous im Saarland 113,15 Punkte und lag damit deutlich vor Daniel Winkler (Heusenstamm – 111,60) und Bernhard Simmelbauer (Mühldorf – 111,35). Außer Konkurrenz, weil noch nicht deutscher Staatsbürger, wurde Sirbu mit 111,75 Punkten inoffiziell Zweiter.

Die Weichen zu dieser Meisterschaft hatte Szilier zuvor bereits in der Pflicht mit 56,20:55,50 gegenüber seinem Landsmann gestellt. Und weil dem 23maligen rumänischen Meister in der Kür kein grober Schnitzer mehr unterlief, blieb der Konkurrenz nur das Nachsehen. Ohne Chance auf den Titel waren schon nach der erst seit wenigen Wochen bekannten (und teilweise verpatzten) Pflicht die beiden Olympia-Starter Daniel Winkler und Bernhard Simmelbauer gewesen. Die übrigen Los-Angeles-Fahrer, Titelverteidiger Jürger Geiger sowie die deutschen Meister Benno Groß, Volker Rohrwick und Andreas Japtok, waren aus beruflichen Gründen der Meisterschaft ferngeblieben.



Kurt Szilier: Er war 23mal Meister in Rumänien, nun gewann er den Titel eines deutschen Zwölfkampfmeisters und gehört dem Kader des Deutschen Turnerbundes für die Weltmeisterschaften 1985 an. FOTO: HORSTMÜLLER

Vor zwei Jahren hatte sich Kurt Szilier beim DTB-Pokal in Völklingen von der rumänischen Riege abgesetzt, nun wurde er in der mit 800 Zuschauern ausverkauften Südwesthalle von Bous deutscher Meister im Olympischen Zwölfkampf. Nicht nur, weil der ehemalige Studenten-Weltmeister eine Uhr als Ehrenpreis erhielt, war die Zeit reif für einen Erfolg des Banater Schwaben. „Ich konnte mich gewissenhaft auf diese Titelkämpfe vorbereiten, das hat sich ausgezahlt," erklärte der 1,72 m große und 65 Kilogramm schwere Athlet seinen überlegenen Erfolg.

Gleich am frühen Sonntagmorgen berichtete der jetzt für den SV Weiskirchen startende Szilier seinen noch in Rumänien lebenden Eltern am Telefon von seinem Sieg. Alle Bemühungen, ihnen eine Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen, blieben bislang erfolglos. Szilier: „Seit 1970 haben wir Antrag auf Antrag gestellt. Wie meine Eltern habe ich mich immer als Deutscher gefühlt."

Szilier, der ehemalige Freund von Nadia Comaneci, konnte seinen Eltern in Lugos nur Gutes berichten von seinen Leistungen („in den Geräte-Finals habe ich ein paar neue Übungsteile ausprobiert"), von seinen Medaillen und Geschenken, von seinen neuen Freunden, die ihm und seinem Freund Sirbu in Weiskirchen helfen.

Der Auftritt der beiden Rumänen sorgte für angenehme Stimmung vor den Kulissen. Dahinter aber gab es reichlich Krach: Da wurde über den schlechten Termin geschimpft und über die „Frechheit" der letztjährigen Meister Geiger, Japtok, Groß, Rohrwick und Aguilar. Statt für die Meisterschaften zu trainieren, zogen und ziehen sie Reisen zu ausländischen Turnieren vor. „Die haben schlichtweg gekniffen, weil sie die neue Pflicht noch nicht konnten", sagten die Fachleute.

Bei einem Schultest 1966 in Logosj, einem kleinen Ort in der Nähe seiner Heimatstadt Lupeni, begann seine Turnkarriere, mit einer Teilnahme an den Olympischen Spielen 1988 in Seoul soll sie zu Ende gehen. „Zunächst stehen jedoch die Weltmeisterschaften 1985 in Montreal für mich im Vordergrund", beschreibt der Vize-Europameister am Seitpferd von 1981 sein Nahziel. Glück für Szilier: Seine dreijährige internationale Sperre läuft am 1. November 1985 ab, die Welttitelkämpfe beginnen zwei Tage später.

Angesichts stagnierender Leistungen der besten Aktiven des Deutschen Turnerbundes (DTB) wurde der Sieg von Kurt Szilier dankbar registriert. „Er könnte in Montreal zu einer wichtigen Führungspersönlichkeit werden", urteilte der ehemalige Reck-Weltmeister Gienger.

Krach vor und hinter den Kulissen hatte es in Bous beim Reckturnen gegeben. Zwölf der 15 Landeskampfrichterwarte drohten mit der Abreise, weil Hans Hohenstein aus Hattingen, der Oberkampfrichter am Reck, wegen einer Flut von Protesten abgelöst werden sollte. Die Solidaritäts-Erklärung kam, obwohl von den 34 Protesten allein 15 am Reck registriert worden waren.

HANDBALL

Gummersbach scheiterte an Siegfried Roch

DW./sid/dpa, Gummersbach

Klasse-Leistungen, Spannung und Überraschungen: Die Handball-Bundesliga verwöhnt ihr Publikum in jeder Woche mit neuen Attraktionen. Erst THW Kiel, jetzt TV Großwallstadt und TV Hüttenberg: Die Mannschaften der Stunde wechseln wöchentlich, und Tabellenführer TuSEM Essen gerät dabei fast in Vergessenheit. Endgültig untergegangen im Angriffswirbel der Gegner ist der VfL Gummersbach, die ehemals schillerndste Galionsfigur der Liga.

Mit 20:21 verlor der ehemalige Europapokalsieger sein Heimspiel gegen den deutschen Meister TV Großwallstadt und gleichzeitig die Hoffnungen auf einen oberen Tabellenplatz. Ein einziger Mann verursachte dabei den endgültigen Sturz in die Mittelmäßigkeit, die sich jetzt auch im Tabellenbild offenbart. Großwallstadts Torwart Siegfried („Siggi") Roch steigerte sich zu großartigen Leistungen, parierte zwei Siebenmeter und entlockte Beobachtern Kommentare der Superlative. „Der Siggi ist momentan die Nummer eins in Deutschland, an dieser Tatsache kann auch der Bundestrainer nicht mehr vorbeigehen", lobte Großwallstadts Trainer Karl-Heinz Bergsträßer. Noch bei den Olympischen Spielen in Los Angeles galt Roch als Edelreservist hinter Stefan Hecker (Essen) und Andreas Thiel (Gummersbach). Innerhalb einer Woche stahl er jetzt seinen Nationalmannschafts-Konkurrenten die Schau: zunächst dem keineswegs schwachen Stefan Hecker und nun auch dem nicht minder starken Andreas Thiel. „Der Siggi war Weltklasse", gratulierte auch Bundestrainer Simon Schobel.

Von den Leistungen des 24jährigen Steinmetz Siegfried Roch profitiert die ganze Mannschaft, die sogar den eigenen Trainer in Staunen versetzte: „Ich bin selbst am meisten überrascht, wie weit wir schon sind und daß wir uns vor allem auch auswärts stabilisieren konnten", schwärmte Karl-Heinz Bergsträßer nach dem Sieg in Gummersbach von seiner durchschnittlich 22 Jahre alten Mannschaft, aus der Nationalspieler Martin Schwalb mit acht Toren und Winfried Damm (7) herausragten.

Gummersbach belegt damit endgültig einen jener Mittelfeldplätze, die Großwallstadt vor Saisonbeginn für sich reklamiert hatte. Zur eigenen Überraschung aber hat der Meister trotz verjüngter und neu formierter Mannschaft nur einen Punkt Rückstand auf Tabellenführer Essen, dem in einem vermeintlichen Abstiegskandidaten neue Konkurrenz erwächst. Der TV Hüttenberg liegt nach seinem 25:24-Sieg beim TBV Lemgo punktgleich mit dem TuSEM an der Tabellenspitze und kann am Mittwoch sogar die Führung übernehmen. Er erwartet in Gießen den Favoriten Essen, der sich bereits in Großwallstadt einen Patzer leistete und in den vergangenen Jahren in Hüttenberg nie gewinnen konnte.

Den ersten Saisonsieg verbuchte Aufsteiger SG Wallau-Massenheim ausgerechnet gegen den MTSV Schwabing, der nach enttäuschenden Leistungen nicht mehr zum Kreis der Meisterschaftsfavoriten gerechnet werden kann.

OLYMPIA

Weiter Streit um den Überschuß von Los Angeles

sid, Mexico City

Um die Verteilung des in Los Angeles erwirtschafteten Olympia-Gewinnes von 150 Millionen Dollar ist ein heftiger Streit entbrannt. Die Vertreter von 144 Nationalen Olympischen Komitees forderten auf ihrer Vollversammlung in Mexico City eine Rückerstattung ihrer Kosten. „Schließlich haben wir Los Angeles auch nach dem Boykott geholfen, indem wir zusätzliche Sportler nach Amerika schickten", begründete Charles Palmer, Präsident des britischen Olympia-Verbandes, diesen Antrag. „Viele NOKs seien durch ihre zusätzlichen Kosten fast pleite gegangen", meinte Palmer.

Obwohl das IOC schon 1979 auf mögliche Gewinn-Anteile vertraglich verzichtet hatte, weil das private Organisations-Komitee von Los Angeles einseitig die wirtschaftlichen Risiken übernommen hatte, plädiert auch IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch für eine Kosten-Rückerstattung. „Wir würden es sehr begrüßen, wenn das NOK der USA den teilnehmenden Ländern die Miete für die Unterbringung im olympischen Dorf zurückzahlen würde", sagte Samaranch in Mexico City.

Die Rückerstattungen würden etwa eine Gesamtsumme von vier Millionen Dollar ausmachen. Der 150-Millionen-Gewinn würde damit kaum geschmälert. Dennoch zeigten die Amerikaner keine Bereitschaft. NOK-Präsident William Simon, der freilich dieses Amt demnächst aufgeben wird, meinte sogar: „Nur über meine Leiche zahlen wir Geld zurück. Als wir bei den Olympischen Winterspielen 1980 in Lake Placid elf Millionen Minus machten, hat uns auch keiner geholfen."

Bislang soll der 150-Millionen-Überschuß von Los Angeles folgendermaßen aufgeteilt werden: Je 40 Prozent an die Sportorganisation Südkaliforniens und an das NOK der Vereinigten Staaten (USOC) sowie 20 Prozent an die US-Fachverbände.

Die Surfer steigen 1988 in Seoul um. Die in Los Angeles zugelassenen Windglider werden aus dem olympischen Programm wieder herausgenommen und durch die offene Klasse (Division II) ersetzt.

In der olympischen 470er-Klasse werden in Seoul erstmals Herren und Damen getrennt an den Start gehen. Damit wird es künftig acht olympische Entscheidungen bei den Seglern geben. In den restlichen Klassen können Damen und Herren weiterhin in einem Boot fahren.

Für die deutschen Fernsehzuschauer werden die Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul weitgehend zu einer nächtlichen Veranstaltung. Das Organisations-Komitee von Seoul gab bekannt, daß die Endkämpfe im Boxen, Basketball, Schwimmen, Leichtathletik und Turnen mit Sicherheit nach koreanischer Ortszeit am Morgen gegen 11 Uhr durchgeführt werden. Das entspricht drei Uhr in der Nacht nach mitteleuropäischer Sommerzeit. Dieser Zeitplan sei gewählt worden, weil andernfalls ein erheblicher Einnahme-Ausfall aus dem Verkauf von Fernsehrechten in den USA gedroht habe, und zwar ein Minus von 600 Millionen bis 1,5 Milliarden Mark.

TENNIS / Ein neuer Diätplan von Martina Navratilovas Betreuer in Ernährungsfragen machte Ivan Lendl jetzt noch stärker

Steaks, Eier, Fett und Salz verboten – 15 Pfund abgenommen

CLAUS GEISSMAR, London

Ein Diätplan beginnt die Tennis-Weltspitze zu verändern. London hat plötzlich einen völlig neuen Ivan Lendl erlebt. Der junge Mann (24) aus der CSSR, der schon immer hager und hohlwangig aussah, hat noch einmal 15 Pfund Gewicht verloren. Äußerlich sieht man Lendl diesen erheblichen Gewichtsverlust kaum an. Aber Jimmy Connors (32), bisher nach McEnroe die Nummer zwei der Weltrangliste, hat den neuen Ivan Lendl schon fürchten gelernt. Bei seiner Halbfinal-Niederlage (4:6, 2:6) gegen den Tschechen sah der Amerikaner im Grand-Prix-Turnier von Wembley plötzlich alt, langsam und kraftlos aus. Ivan Lendl strotzte dagegen vor Kraft. Dabei hatte er vor dem Match zugeben müssen: „Noch vor einem halben Jahr war ich nach den großen Schlachten gegen McEnroe und Connors immer so fertig, daß ich mich selbst gefragt habe, wie lange ich das noch durchhalten kann." Jetzt kann der neue Lendl es nach einem Einzel kaum abwarten, auch zum Doppel anzutreten. Und morgens macht er eine Stunde Jogging.

Der neue Lendl ist ein Produkt des amerikanischen Ernährungsphysiologen Robert Haas. Das ist jener Spezialist, der auch schon Martina Navratilova umgeformt hat. Er hat Lendl Rind- und Schweinefleisch (Steaks), Eier, Fett und Salz verboten. Lendl über die Haas-Diät: „Die Gewichtsabnahme von 15 Pfund beweist, daß es selbst in meinem hageren Körper noch unsichtbare und überflüssige Fettablagerungen gegeben hat. Das tollste ist, daß ich auf Steaks gar keinen Appetit mehr habe und dauernd hungrig auf Tennis bin."

Die Diät hat so offensichtlich das sportliche Lebensgefühl des Tschechen beeinflußt, daß die ganze Tenniswelt zu staunen beginnt. Lendls Londoner Endspiel-Gegner Andres Gomez (24) aus Ecuador, bisher Nummer fünf der Weltrangliste, wagte im Umkleideraum die Frage: „Kannst du mir mal die Telefonnummer von dem Haas aufschreiben?" (Das Ergebnis des Endspiels stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Gomez konnte sich die Frage leisten. Denn er ist mit Lendl befreundet und zugleich sein Doppelpartner.

Daß die beiden Freunde in London auch das Doppel-Endspiel erreichten, hätte beinahe eine andere, neue deutsch-spanische Freundschaft verhindert. Boris Becker (16), Deutschlands größtes Nachwuchstalent, schloß in London eine Tennis-Freundschaft mit dem spanischen Daviscup-Spieler Emilio Sanchez (19). Nachdem die beiden Teenager mit Balazs Taroczy/Heinz Günthardt ein Weltklasse-Doppel geschlagen hatten, standen sie zum erstenmal im Halbfinale eines Grand-Prix-Turniers. Über 7000 Zuschauer in der ausverkauften Wembley-Halle umjubelten die beiden jungen Tennis-Helden, die gegen Lendl/Gomez den ersten Satz 7:5 gewannen. Aber dann schoß der „neue Lendl" immer härtere Bälle. Becker/Sanchez mußten die nächsten Sätze mit 6:3, 6:4 abgeben.

Günther Bosch, ehemaliger Bundestrainer des DTB, der Becker jetzt als privater Coach begleitet, blieb am Spielfeldrand nur eine Konsequenz: „Wir gehen auch zu dem Haas." Und lachend fügte er hinzu: „Sie glauben ja gar nicht, wie der Boris zu Hause in Leimen (bei Heidelberg) von seiner Mutter verwöhnt worden ist. Es hat viel zu viel Kuchen und süße Sachen gegeben."

NACHRICHTEN

Ommer Doppelsieger

Bremen (dpa) – Der deutsche Vizemeister Frank Ommer (Unna) gewann zum Saisonauftakt zwei Rad-Querfeldeinrennen in Bremen. Er siegte bei den Rennen „Rund um den Sodenmatt-See" und „Quer durch Pellens-Park". Bundestrainer Jördens nahm eine erste Sichtung für die Weltmeisterschaft im Januar 1985 in München vor.

Niederlage gegen UdSSR

Trondheim (sid) – Nach einem knappen 14:11-Sieg gegen die international zweitklassigen Niederländerinnen unterlag die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Frauen beim Polarcup-Turnier in Dänemark gegen die UdSSR deutlich mit 11:24.

Cierpinski hört auf

Halle (sid) – Waldemar Cierpinski (34), einer der erfolgreichsten Marathon-Läufer aller Zeiten, beendet seine Laufbahn. Der Diplom-Sportlehrer aus Halle war Olympiasieger 1976 in Montreal und 1980 in Moskau und ist mit 2:09,55 Stunden Inhaber der „DDR"-Bestzeit.

Inoffizieller Weltrekord

Inzell (sid) – Mit einer herausragenden Leistung wurde in Inzell die Eisschnellauf-Saison eröffnet. Bei Testrennen stellte der Norweger Oyving Tveter über 3000 m in 4:03,50 Minuten einen inoffiziellen Weltrekord auf. Die Bestzeit wird wegen Hand-Zeitnahme nicht anerkannt.

ASC Duisburg schied aus

Duisburg (dpa) – Der ASC Duisburg verpaßte die Chance, erstmals am Finale des Wasserball-Europacups teilzunehmen. Nach der knappen 4:5-Niederlage bei YUG Dubrovnik verlor der ASC auch das Rückspiel mit 6:9.

Langer weiter verbessert

Kapuala (sid) – Mit insgesamt 207 Schlägen ist der deutsche Golf-Profi Bernhard Langer (Anhausen) beim Golfturnier in Kapuala auf Hawaii vom zehnten auf den vierten Platz vorgerückt. Nach dem dritten Durchgang des mit über 1,3 Millionen Mark dotierten Wettbwerbs führt der Engländer Sandy Lyle mit 201 Schlägen.

Keine Urteils-Änderung

München (sid) – Die vierwöchige Sperre gegen den deutschen Superschwergewichts-Meister Peter Hussing (36) bleibt bestehen. Nach den Regeln des Deutschen Amateur-Box-Verbandes kann die K.-o.-Niederlage, die Hussing in der vergangenen Woche in Malmö erlitten hatte, nicht in eine Abbruch-Niederlage umgewandelt werden. Für die Deutsche Box-Meisterschaft Ende November in Duisburg wurde Hussing jedoch unter Vorbehalt gemeldet.

Tangstadt Europameister

Kopenhagen (sid) – Durch einen Punktsieg nach zwölf Runden wurde der Norweger Steffen Tangstadt (25) Box-Europameister im Schwergewicht. Er besiegte Titelverteidiger Lucien Rodriguez (Frankreich), der seinen Titel seit November 1981 in sechs Kämpfen verteidigt hatte.

WM in der UdSSR

Mexico City (sid) – Die Fußball-Weltmeisterschaft für Junioren unter 20 Jahren wird 1985 nicht in Chile, sondern in der UdSSR stattfinden. Der Fußball-Weltverband (FIFA) entzog den Chilenen die Organisation mit der Begründung, sie seien nicht in der Lage gewesen, die Auflagen der FIFA zu erfüllen.

Doping-Verdacht

Rio de Janeiro (sid) – Wegen Doping-Verdachts wurde der 34jährige Mario Sergio von Palmeiro São Paulo, einer der populärsten brasilianischen Fußballspieler, für 90 Tage gesperrt.

Deutsche Doppelsiege

Bremen (sid) – Die Weltmeisterschaften im Formations-Tanzen endeten für den Deutschen Tanzsportverband mit zwei Doppelsiegen. In Bremen verteidigten bei den Lateinamerikanischen Tänzen die TSG Bremerhaven und bei den Standardtänzen Rot-Weiß Düsseldorf ihre Titel. Hinter Bremerhaven belegte TSZ Velbert, hinter Düsseldorf der 1. TC Ludwigsburg Platz zwei.

Sechster Erfolg

Köln (kgö) – Der sechste Sieg in diesem Jahr gelang dem dreijährigen Hengst Grauer Wicht mit Jockey Dave Richardson im Waltner-Preis (30 000 Mark, 17 600 Mark dem Sieger) auf der Galopprennbahn in Köln. Die Plätze zwei und drei belegten Potomac und New Moon.

JUDO / Silber für Barbara Claßen bei der Weltmeisterschaft in Wien

Nach harten Griffen eine japanische Siegesfeier mit sehr viel Reiswein

OLAF BROCKMANN, **Wien**

Die kleine deutsche Judo-Familie feierte standesgemäß: auf japanisch. Im exklusiven Restaurant „Tokio", einen Steinwurf vom Stephansplatz entfernt. Begossen wurde die Silbermedaille, die die 26 Jahre alte Kindergärtnerin Barbara Claßen bei der Weltmeisterschaft in Wien gewonnen hatte. Es gab Reiswein und Pflaumenschnaps. „Ich war bald knülle", sagte Barbara Claßen.

Kein Wunder. Ihr Körper war nach einem kräfteraubenden WM-Turnier in der Wiener Stadthalle ausgelaugt; nach einem Wettbewerb, in dem die Titelverteidigerin erst in einer Neuauflage des Finales von Paris 1982 der Technik und Taktik der blonden Belgierin Ingrid Berghmanns unterlag.

„Gegen die harten Griffe war ich machtlos. Sie hat mich zusammengepackt", schilderte Barbara Claßen den „offenen Schlagabtausch" im Halbschwergewicht, der Klasse bis 72 Kilogramm. Sie hatte zu Beginn mit zwei Wertungen geführt, damit aber nur eine größere Aggressivität der Partnerin herausgefordert. Nach 2:31 Minuten fesselte die Belgierin ihre Gegnerin mit einem Festhaltegriff („Kesa Gatame") 30 Sekunden lang am Boden. Der Traum vom zweiten WM-Gold war für das Aushängeschild des deutschen Frauen-Judo vorbei – ihr Comeback hingegen war dennoch eindrucksvoll geglückt.

Nach der Europameisterschaft 1983 hatte Barbara Claßen aus persönlichen Gründen ihre Karriere beendet. Der Hochleistungssport, der „für meine Tochter wie eine Droge ist" (Vater Lothar Claßen), zog Barbara schon sieben Monate später auf die Judo-Matte zurück. „Ich suche die Herausforderung und will meine psychischen und physischen Grenzen erkennen." Die Rückkehr wurde im Frühjahr für die junge Dame aus Grenzach-Wyhlen, einem deutsch-schweizerischen Grenzort, mit der fünften Europameisterschaft und jetzt mit dem WM-Silber belohnt.



Zufrieden mit ihrem Comeback: Barbara Claßen. FOTO: MÜLLER

Dafür quälte sich die 26jährige wieder täglich drei bis vier Stunden im Training, in den Abendstunden, nach getaner Arbeit im Kindergarten. Ihre Bezwingerin von Wien hingegen ist Vollprofi. Ingrid Berghmanns arbeitet in einem Jude-Zentrum in Brüssel, trainiert dort sechs Stunden am Tag. „Ich mußte nur abwarten und Druck machen", meinte die Weltmeisterin lapidar. Ihre unterlegene Gegnerin: „Der Trainingsvorteil gab vielleicht den Ausschlag."

Vielleicht gelingt Barbara Claßen bei der nächsten WM 1986 in Maastricht eine erfolgreiche Revanche. Bis dahin macht Barbara Claßen voraussichtlich weiter. „Solange ich mit der Weltspitze mithalte, höre ich kaum auf."

Dafür nimmt sie auch oftmals abwertende oder beleidigende Bemerkungen über ihren geliebten Sport in Kauf. Denn die einzige weibliche Kampfsportart sucht in Deutschland noch eine breite Anerkennung. Dies, obwohl bereits rund 50 000 Damen unter den 1 200 000 Aktiven im Deutschen Judobund registriert sind. Beim Judo sei eben ein selbständiger Frauentyp gefragt, meint Barbara Claßen. Im selben Atemzug distanziert sie sich von Emanzen. „Damit wollen wir nichts gemein haben. Wir betreiben einen Hochleistungssport und sonst nichts."

Zweifelsohne aber einen aggressiven und harten Sport. Barbara Claßen: „Mit Brutalität hat dies aber nichts zu tun." Es herrscht aber, so Österreichs Olympiasieger Peter Seisenbacher, ein „burschikoser Typ" im Frauen-Judo vor. Seisenbacher hätte aber seine Augen in der Stadthalle gut öffenhalten sollen – denn da kämpften auch einige bildhübsche Mädchen auf der Judomatte.

BOXEN

„Knochenbrecher" zu schwach für Larry Holmes

dpa/sid, **Las Vegas**

Am Abend seines 35. Geburtstages fertigte Larry Holmes, Schwergewichts-Weltmeister nach Version der Internationalen Box-Föderation (IBF), einen weiteren namenlosen Gegner ab. Nach der zwölften Runde wurde James „Knochenbrecher" Smith aus dem Kampf genommen und Holmes zum Gewinner durch technischen K. o. erklärt. Damit hat der Champion 46 Siege in ebenso vielen Kämpfe auf seinem Konto. Noch drei mehr, und der aus den fünfziger Jahren stammende Rekord von Rokky Marciano – 48 Erfolge ohne Niederlage – wird überholt.

Fragt man Larry Holmes allerdings nach der Bedeutung dieses Rekords, dann zuckt er die Achseln. „Ich kämpfe nur noch wegen des Geldes", sagte der seit siebeneinhalb Jahren als Weltmeister registrierte und seit 30 Monaten jedem ernsthaften Gegner aus dem Weg gehende Holmes. In Las Vegas bekam Holmes umgerechnet vier Millionen Mark.

Der letzte wirklich große Kampf von Larry Holmes fand im Juli 1982 gegen Gerry Cooney statt, den sie die „große weiße Hoffnung" nannten. Holmes gewann damals überzeugend – und ruht sich seitdem aus. Der Reihe nach knöpfte er sich den in eingeweihten Kreisen als Trunkenbold bekannten Tex Cobb, Lucien Rodriguez (Frankreich), den völlig unbekannten Scoot Frank und den hilflosen Marvis Frazier jr. vor.

Jetzt aber wird es ernst, denn nun hat der norwegische Europameister Steffen Tangstad (25) Larry Holmes herausgefordert.

BASKETBALL

Leverkusen: Trainer Lee warf das Handtuch

sid, **Leverkusen**

Seine Ablösung wurde seit Wochen diskutiert, schließlich warf er selbst das Handtuch: Chris Lee und der Basketball-Bundesligaklub TSV Bayer Leverkusen haben sich mit sofortiger Wirkung getrennt. Der Stuhl des Amerikaners stand nach der blamablen 70:104-Heimniederlage des vermeintlichen Titelaspiranten gegen den BSC Saturn Köln gewissermaßen nur noch auf drei Beinen. Das 62:69 im Achtelfinale des DBB-Pokals beim Zweitliga-Verein TTBG Bayreuth gab schließlich den Ausschlag. Bis auf weiteres wird nun Geschäftsführer Otto Reintjes obendrein als Trainer die Mannschaft betreuen.

„Es geht einfach nicht mehr. Jemand anders muß die Situation ändern", sagt Lee (38). Unmittelbar nach der Schlußsirene in Bayreuth stand seine Entscheidung fest, nachdem ihm der Abteilungsvorstand noch vor zwei Wochen das Vertrauen ausgesprochen hatte. Doch nach insgesamt vier Niederlagen präsentierte sich die mit großen Erwartungen in die Saison gestartete Mannschaft als völlig aus den Fugen geraten.

„Wir müssen nun retten, was zu retten ist. Ich sehe noch eine hauchdünne Chance, die Play-offs doch noch zu erreichen", sagte Reintjes, der die Spieler in einer gestrigen Mannschaftssitzung von der Trennung informierte. „Man kann einem Trainer, der vier Jahre lang hervorragende Aufbauarbeit geleistet hat und immerhin auch Bundestriner war, sicher nicht die Alleinschuld geben", sagte Reintjes.

Golf: Platz 18 für die Herren, der Präsident findet es „unerklärlich"

GERD A. BOLZE, **Hamburg**

Die deutsche Nationalmannschaft der Herren enttäuschte bei den 14. Mannschafts-Weltmeisterschaften der Amateure in Hongkong. Mit 911 Schlägen langte es nur zum 18. Platz unter 38 Nationen. Das ist das bisher drittschlechteste Ergebnis nach 1964 (26. in Rom) und 1976 (23. in Penina).

Erstmals gewann Japan den nur alle zwei Jahre ausgespielten Weltmeistertitel („Eisenhower-Trophy") mit 870 Schlägen unerwartet klar vor dem favorisierten Titelverteidiger und neunmaligen Rekordmeister USA (877). Überraschend kamen die Philippinen (879) auf Platz drei.

Der Deutsche Golf-Verband (DGV) war mit stärkstem Aufgebot nach Hongkong geflogen, mit Thomas Hübner (Hubbelrath), Ulrich Schulte (Sauerland), Hans-Günter Reiter (Braunschweig) und Thomas Dekorsy (Stuttgart). Die Hoffnungen waren, nach dem achten bis neunten Platz 1982 in Lausanne und dem achten Rang 1978 auf den Fidschiinseln erstmals unter die ersten sechs Nationen vorstoßen zu können.

„Es ist mir unerklärlich, weshalb es bei den Herren nur zum 18. Platz gelangt hat. An Vorbereitung durch Lehrgänge und Wettspiele sowie Förderung seitens des Verbandes fehlte es nicht", erklärte DGV-Präsident Jan Brügelmann (Köln) nach der Rückkehr aus Hongkong. Brügelmann war selbst 15 Jahre lang der Kapitän deutscher Nationalmannschaften.

Enttäuschend war vor allem, daß das deutsche Team erst an achter Stelle unter den europäischen Nationen endete, hinter Frankreich (7./885 Schläge), Schweden (8./895), Italien (10./894), Spanien (11./895), Griechenland (12./899), Dänemark (15./906) und Holland (17./909).

Da hatte eine Woche zuvor das deutsche Damen-Trio Martina Koch (Hannover), Stephanie Lampert (Kronberg) und Ursula Beer (Hanau) auf gleicher Anlage mit dem achten bis zehnten Platz unter allerdings nur 22 Nationen ein weitaus besseres Ergebnis erzielt. Auch ihr bestes Abschneiden in erst elf Weltmeisterschaften war bisher ein achter Platz 1964 in Paris und 1970 in Madrid.





GALOPP

Neues Interesse in den USA für „Sport der Könige"

dpa, **Los Angeles**

Aus dem „Sport der Könige" wieder einen „König des Sports" zu machen – das ist das erklärte Ziel der Veranstalter des „Breeder's Cup". Die Super-Galopp-Rennserie erlebte auf der Hollywood-Park-Rennbahn von Los Angeles ihre großartige Premiere. Denn was kann, so dachten die Veranstalter, das erlahmende Interesse des Publikums besser neu anstacheln als ein groß aufgezogener Renntag mit sieben großartig besetzten Rennen, einem Preisgeld von insgesamt zehn Millionen Dollar – fünf Rennen eine Million, je ein Rennen zwei bzw. drei Millionen – und direkter Fernsehübertragung überall in den USA?

Die Rechnung scheint aufgegangen zu sein. Jedenfalls hielt die erste Austragung des „Breeder's Cup", was sie versprochen hatte – und das war nicht wenig. Pferde aus drei Kontinenten im Gesamtwert von 202 Millionen Dollar fanden sich im Hollywood Park vor nahezu 100 000 Zuschauern am Start ein, die Fernseh-Einschaltquoten schnellten so hoch hinaus wie sonst nur im Mai beim traditionellen Kentucky-Derby.

Wie erhofft kam es ausgerechnet im Hauptrennen, dem mit drei Millionen Dollar dotierten „Breeder's Cup Classic" über eineinviertel Meilen, zu einem sportlichen Höhepunkt. Favorit Slew O'Gold mußte sich dem 30:1-Außenseiter Wild Again (Jockey Pat Day) nach dramatischem Kopf-an-Kopf-Kampf geschlagen geben, Mitfavorit Gate Dancer wurde als Zweiter disqualifiziert. Szenen wie diese, freuten sich die Kommentatoren einhellig, bringen dem Pferderennsport in den USA wieder das Publikum zurück, das im Verlaufe der letzten Jahre in beunruhigenden Scharen zu anderen Sportarten abwanderte.

Zwar zählen Pferderennen auch jetzt noch zu den publikumsmäßig führenden Sportarten Nordamerikas, doch die einst unbestrittene Stellung als Nummer eins ging verloren. Wurde jahrzehntelang nichts unternommen, um Zuschauernachwuchs auf die Rennbahnen zu locken, so überschlagen sich die Veranstalter neuerdings mit Ideen, um diesen Sport neu zu popularisieren.

Wie im Hollywood der guten alten Zeit üblich, ließen sich auch beim „Breeder's Cup" zahlreiche Prominente sehen. Cary Grant und Fred Astaire, „Dallas"-Star Larry Hagman und „Denver"-Star Linda Evans, Ex-Präsident Gerald Ford führten die Liste der Prominenz an.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – Aston 1:1, Coventry – Ipswich 1:0, Leicester – Manchester United 2:3, Liverpool – Southampton 1:1, Newcastle – Chelsea 2:1, Norwich – Luton 3:0, Nottingham – Tottenham 1:2, Queens Park – Sheffield 0:0, Watford – Sunderland 3:1, Bromwich – Stoke 2:0, West Ham – Everton 0:1. – Tabellenspitze: 1. Everton 29 Punkte, 2. Manchester United 26, 3. Arsenal 26, 4. Tottenham 25. – **„DDR"-Oberliga:** Dresden – Dynamo Berlin 2:2, Magdeburg – Aue 2:2, Lok Leipzig – Frankfurt 2:1, Rostock – Riesa 1:1, Erfurt – Chemie Leipzig 4:1, Brandenburg – Jena 0:4, Karl-Marx-Stadt – Suhl 5:0. – Tabellenspitze: 1. Dresden 17:3, 2. Dynamo Berlin 15:3, 3. Lok Leipzig 15:5, 4. Magdeburg 13:7.

BASKETBALL

Bundesliga, Damen, 9. Spieltag: Porz/Hennef – Köln 63:61, München – Leverkusen 88:71, Osterfeld – Marburg 67:58, Frankfurt – Düsseldorf 68:109.

EISHOCKEY

Bundesliga, 13. Spieltag: Landshut – Düsseldorf 6:0, Iserlohn – Köln 2:4, Essen-West – Mannheim 3:6, Rosenheim – Kaufbeuren 7:5, Rießersee – Schwenningen 3:4.

HANDBALL

„Polar-Cup", Damen in Oslo: Deutschland – Holland 14:11, Frankreich – Jugoslawien 17:32, Norwegen – UdSSR 16:27, Norwegen – Frankreich 20:19, Deutschland – UdSSR 11:24, Holland – Jugoslawien 16:23. – **Bundesliga,** Herren: Gummersbach – Großwallstadt 20:21, Lemgo – Hüttenberg 24:25, Weiche-Handewitt – Hofweier 25:22, Reinickendorf – Dankersen 18:18, Wallau-Massenheim – Schwabing 17:13. – **Bundesliga,** Frauen, Gruppe Nord, 5. Spieltag: Herzhorn – Uerdingen 16:26.

RINGEN

Bundesliga, 11. Wettkampftag, Gruppe West: Schwalbach-Schwarzenholz – Schifferstadt 18,5:19, Goldbach – Bonn-Duisdorf 26:13, Aldenhoven – Aschaffenburg 20:17, Witten – Köllerbach 30,5:7. – Gruppe Süd: Aalen – Wiesental 23:13, Freiburg-St. Georgen – Bad Reichenhall 34:6, Triberg – Urloffen 6:33, Reilingen – Freiburg-Haslach 28:9.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 7. Spieltag: Düsseldorf – Bayreuth 9:6, Reutlingen – Altena 9:5, Grenzau – Saarbrücken 2:9, Jülich – Bad Hamm 9:2, Bremen – Steinhagen 7:9. – **Damen,** 7. Spieltag: Kleve – Rinteln 9:0, Saarücken – Kiel 9:7.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 9. Spieltag: Leverkusen – Friedrichshafen 3:1, Paderborn – Gießen 3:1, Passau – SSF Bonn 2:3. – **Damen:** Oythe – Stuttgart 3:1, Lohhof – Schwerte 3:1, Feuerbach – Vilsbiburg 3:0.

WASSERBALL

Europapokal, Halbfinal-Rückspiele, Pokal der Pokalsieger: ASC Duisburg – Dubrovnik 6:9 (Hinspiel: 4:5, damit Dubrovnik im Finale).

GOLF

Amateur-Mannschafts-WM, Herren in Hongkong: 1. Japan 870 Schläge, 2. USA 877, 3. Philippinen 879, 4. Großbritannien/Irland 880, 5. Kanada 882, 6. Neuseeland 883, ... 18. Deutschland 911 unter 38 Nationen. – Für Deutschland spielten: (Par 72): Hübner (Hubbelrath) 73+74+74+77=298, Schulte (Sauerland) 78+76+77+77=308, Reiter (Braunschweig) 79+81+76+73=309, Dekorsy (Stuttgart) 78+78+78+77=311. Beste Einzelspieler Sakata (Japan) 68+72+74+72=286 und Carbonetti (Argentinien) 68+74+70+74=286.

TENNIS

Hallen-Turnier in London, Halbfinale: Lendl (CSSR) – Connors (USA) 6:4, 6:2, Gomez (Ecuador) – Fleming (USA) 6:3, 6:1.

KUNSTTURNEN

Deutsche Meisterschaften, Herren in Bous, Zwölfkampf, Endstand: 1. Szilier (Weiskirchen) 113,15, 2. Winkler (Heusenstamm) 111,60, 3. Simmelbauer (Mühldorf) 111,35, 4. Wochnowski (Norderstedt) 111,15, 5. Garziella (Bonlanden) 111,10. – Boden: 1. Brümmer (Feuerbach) 9,40+9,70=19,10, 2. Wochnowski (Norderstedt) 9,325+9,450=18,775, 3. Winkler (Heusenstamm) 9,30+9,30=18,600. – Seitpferd: 1. Wittner (Herbolzheim) 9,70+9,80=19,500, 2. Wochnowski 9,45+9,50=18,950, 3. Winkler 9,450+9,300=18,750. – Barren: Szilier (Weiskirchen) 9,625+9,600=19,225, 2. Simmelbauer (Mühldorf) 9,625+9,500=19,125, 3. Winkler 9,500+9,400=18,900, 3. Garziella (Bonlanden) 9,400+9,500=18,900. – Reck: 1. Szilier 9,375+9,900=19,275, 2. Garziella 9,375+9,850=19,225, 3. Simmelbauer 9,125+9,750=18,750. – Ringe: 1. Szilier 9,625+9,650=19,275, 2. Böhm (Niederbrechen) 9,500+9,350=18,850, 3. Hornung (Oberrad) 9,375+9,450=18,775. – Sprung: 1. Haschar (Griesborn) 9,675+9,775=19,450, 2. Haug (Berlin) 9,650+9,675=19,m325, 3. Gerhard (Steppach) 9,500+9,625=19,125, 3. Brümmer (Feuerbach) 9,500+9,625=19,125.

JUDO

WM, Frauen in Wien: Halbmittel (bis 61 kg): 1. Hernandez (Venezuela), 2. Han (Holland), 3. Rottier (Frankreich) und Hachinohe (Japan). – Mittel (bis 66 kg): 1. Deydier (Frankreich), 2. de Kok (Holland), 3. Netherwood (England) und Kandori (Japan). – Halbschwer (bis 72 kg): 1. Berghmanns (Belgien), 2. Claßen (Deutschland), 3. Staps (Holland) und Vigneron (Frankreich). – Schwer (über 72 kg): 1. Motta (Italien), 2. Ferglian (China), 3. van Unen (Holland) und Castro (USA).

GALOPP

Rennen in Neuss: 1. R.: 1. Jaschi (M. Hofer), 2. Wels, 3. Alia's Prince, Toto: 48/16, 34, 12, ZW: 1416, DW: 2364, 2. R.: 1. Tokdi (Frl. M. Diedrichsen), 2. Gomera, 3. Garuda, Toto: 52/20, 15, 22, ZW: 188, DW: 1192, 3. R.: 1. Altaro (E. Schindler), 2. Gipsy King, 3. San Marco, Toto: 28/12, 12, 12, ZW: 84, DW: 212, 4. R.: 1. Amira (M. Werning), 2. Gilla Girl, 3. Perlkönig, Toto: 304/68, 15, 38, ZW: 1204, DW: 13 080, 5. R.: 1. Scipio Africanus (Frl. U. Kuckenburg), 2. Pergolesi, 3. Tullio, Toto: 52/18, 26, 18, ZW: 684, DW: 2712, 6. R.: 1. Blauer Stern (A. Schütz), 2. Melchior, 3. Caccia, Toto: 32/17, 54, 26, ZW: 1000, DW: 6300, 7. R.: 1. Petra (V. Furler), 2. Astrachan, 3. Empoli, Toto: 32/12, 18, 12, ZW: 496, DW: 1108, 8. R.: 1. My Love's Hope (M. Baczyk), 2. Weggefährte, 3. Kiss at Sea, Toto: 136/26, 13, 19, ZW: 772, DW: 5250, 9. R.: 1. Al Corazon (A. Tylicki), 2. Pacer, 3. Enzio, Toto: 24/17, 16, 19, ZW: 56, DW: 648.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 11, 12, 19, 21, 36, 49, Zusatzzahl: 37. – **Spiel 77:** 7 8 7 6 4 9 5. – **Toto, Elferwette:** 1, 1, 1, 0, 0, 1, 1, 1, 1, 1, 1. – **Rennquintett:** Rennen A: 7, 4, 10. – **Glücksspirale:** Endziffern: 5, 21, 690, 3767, 30 129, 480 903. – Los-Nummer: 4 523 639, 5 821 913, 9 967 480. – Prämienziehung: 046 902, 322 126, 439 044 (Ohne Gewähr).

Pankraz, Dregger und die politische Kultur

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hat während der kulturpolitischen Debatte des Bundestages eine nachdenkliche und nachdenkenswerte Rede gehalten; es blieb leider die einzige ihrer Art auf einer sonst niveaulosen und überflüssigen Veranstaltung, die auf Seiten der Opposition nur vordergründiges Gekeife und Gelalle erbrachte. Dregger, immerhin, bemühte sich redlich um die Darstellung des schwierigen Verhältnisses zwischen Kultur und Politik, und vielem von dem, was er sagte, kann man ohne weiteres zustimmen.

Pankraz denkt da vor allem an jene Passagen, die sich auf den politisierenden Künstler bezogen, auf den Schriftsteller, der – ohne ein Wahlmandat zu haben – per Fernsehinterview, Resolution oder Manifest direkt in die Tagespolitik eingreift. Dregger konstatierte, daß dieser Künstler, indem er die Arena der Politik betrete, auch denselben Bedingungen unterworfen sei wie die übrigen Politiker. Er müsse sich, wie jeder andere Politiker, an die Gesetze halten, er müsse sich Widerspruch und Polemik gefallen lassen, müsse es hinnehmen, daß er gewissen Parteien oder Richtungen zugeordnet werde, kurzum, seine politische „Kompetenz" ergebe sich nur aus dem, was er wirklich sage, und aus sonst nichts.

Selbstverständlichkeiten, sollte man meinen – aber leider ist nichts weniger selbstverständlich in unserem Land als solche „Selbstverständlichkeiten". Es herrscht vielmehr in weiten Kreisen (und natürlich bei den politisierenden Künstlern selbst) die Vorstellung vor, daß Schriftsteller in der Politik etwas ganz Besonderes seien, eine Art gottgleiche Überinstanz, die sich zur Politik „herabläßt", um dort in der Art von Kanzelabkündigungen zu sprechen. Der politisierende Künstler empfindet sich nur allzu oft als „Gewissen" der Politik, als Oberschiedsrichter, der – auch wenn er dezidiert parteilich spricht – über den Parteien zu stehen begehrt und von allen Seiten mit demütigem Respekt behandelt zu werden wünscht.

Er und seine deutsche Klientel sind felsenfest davon überzeugt, daß die Politik ein grundsätzlich schmutziges Geschäft sei, die Schriftstellerei dagegen ein hehres Handwerk von höchster Moralität. Aus dieser postulierten Differenz zwischen Schmutz und Moralität zieht er seine politische „Kompetenz".

Ungeniert teilt er die schärfsten Urteile aus, beschimpft den politischen Gegner in den saftigsten Tönen – und ist zutiefst entrüstet, wenn ihm mit gleicher Münze heimgezahlt wird, hält das für Majestätsbeleidigung und ruft nach dem Kadi. Günter Grass zum Beispiel fand kürzlich auf einem Treffen mit Außenminister Genscher überhaupt nichts dabei, diesen und dessen Regierung mit Verbalinjurien zu überziehen; im selben Atemzug forderte er den Minister und die Bonner Regierung dazu auf, ihn, Grass, vor den „Beschimpfungen" der „Springerpresse und anderer Zeitungen" zu beschützen.

Solche grotesken Forderungen und die dahinter stehenden Perspektiven konnten nur in einem Land entstehen, in dem die Verachtung der „nur praktischen" Politik Tradition hat, in Deutschland also, dessen jahrhundertelange politische Ohnmacht nach dem Dreißigjährigen Krieg in den führenden Schichten zur Ausbildung eines steilen Idealismus führte, zu einer überscharfen Trennung von Sein und Schein, von Pflicht und Neigung, dem Reich der Notwendigkeit und dem Reich der Freiheit. Auch in Alfred Dreggers Rede spiegelten sich dieser Idealismus und die Neigung zur totalen Trennung wider. Das „Reich der Künste" und das „Reich der Politik" erschienen durchgehend als zwei disparate Größen mit je eigenen Gesetzmäßigkeiten, eigenen Prioritäten, eigener Moral.

Dem Blick auf die Wirklichkeit hält eine derartige Trennung aber nicht stand. Die Übergänge sind vielmehr fließend. Zwischen dem gänzlich unpolitischen Naturlyriker, der nur Grillen fängt, als dem einen Pol, und dem „total pragmatischen" Politiker, der nur Butterberge und Stahlquoten kennt, als dem anderen spannt sich auch in Deutschland ein außerordentlich breites Spektrum mehr oder weniger politisierender Literaten, mehr oder weniger ideologisierender, sich literarisch betätigender Politiker. Als „Schriftsteller" firmieren die unterschiedlichsten Genre-Vertreter, wie schon ein oberflächlicher Blick in die Mitgliederlisten der Autorenverbände lehrt, und wer etwa nach „Verlogenheit" hier, „reinem Gewissen" dort sortieren wollte, käme erst recht in Teufels Küche. Die „Verlogenheit", nämlich die Schauspielerei, die Verstellung, das Maske-Tragen, ist unter Schriftstellern nicht weniger verbreitet als unter Politikern.

Pankraz hält das übrigens nicht in jedem Falle für ein Übel. Wer eine Rolle spielt, statt immer nur sich ganz und gar selbst verwirklichen zu wollen, der verpflichtet sich auf so etwas wie Form, und sowohl den deutschen Politikern als auch den deutschen Autoren könnte eine Erhöhung des Formbewußtseins keineswegs schaden. Besonders den politisierenden Schriftstellern wäre anzuraten, bei ihren genuin politischen Auftritten ein wenig mehr Form zu entwickeln, sich ein bißchen mehr anzustrengen, mehr Eleganz und Brillanz zu zeigen. Die jetzt noch dominierende „Form" des ungehemmten Zeterns und Polterns, die den „Grünen" abgeguckte Methode des Regelverletzens und Gesetze-Übertretens ist so wenig literarisch wie möglich. Sie ist im Grunde eine Beleidigung der Literatur und sollte sich gerade in literarischen Kreisen verbieten.

Mehr Form in die Politik – vielleicht wäre dies auch das Rezept zur Verbesserung der Bonner Kulturpolitik, die sich zur Zeit darin erschöpft, über die Trennung von Politik und Kultur nachzudenken. Dabei brauchen wir im Gegenteil ein Zusammenkommen der beiden, damit endlich eine wirkliche politische Kultur entstehen kann.

Pankraz

Forschungsanliegen der Kommission für Archäologie

Universelle Neugierde

Was bedeutet „KAVA"? Es ist die Kurzform für die „Kommission für Allgemeine und Vergleichende Archäologie", eine Zweigabteilung des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) Berlin, die 1979 in Bonn gegründet wurde. Ihr Ziel ist, wie der Direktor des Institutes, der Archäologe Hermann Müller-Karpe, erläutert, eine Weltarchäologie. „Dieser Begriff ist erst neuerdings aufgekommen und wird im deutschen Sprachraum nur zögernd verwendet. Wir verstehen darunter die Archäologie aller Erdgebiete mit dem Ziel, den Blick auf die Gesamtheit gegenständlicher Kulturhinterlassenschaften als geschichtswissenschaftliche Quellen der Menschheit zu richten."

Die archäologisch ermittelten Einzelerscheinungen und Erscheinungskomplexe werden deshalb nicht als nur für einen regionalen Kulturraum gültig betrachtet, sondern im geschichtlichen Vergleich untersucht. Die Archäologen in der Kommission wollen die bisher geschichtstheoretischen Erkenntnisse mit Hilfe der Archäologie in eine Art „praktische Gesamtschau der Menschheitsgeschichte" einbinden. Das heißt: die Weltgeschichte nicht mehr ausschließlich auf der Basis rein literarischer Überlieferungen zu betrachten. Dagegen hat sich bereits Goethe ausgesprochen, weil sie oft nur „blutlose Schattenbilder" entstehen lasse.

„Der Dichter hat sich", erinnert Müller-Karpe, „bei den zahlreichen Reisen während seines langen Lebens mit Kulturhinterlassenschaften der verschiedenen Zeitalter bekanntgemacht. Seine universelle Neugierde begnügte sich nie mit der Kenntnis isolierter Einzelerscheinungen, sondern wurde vom Bedürfnis nach innerem Zusammenhang begleitet. Schließlich ist auch jedes archäologische Zeugnis, sei es Gerät, Figur, Waffe, oder kultische Anlage, Bestandteil eines komplexen Lebensvollzuges, den wir unmittelbar nicht mehr erkennen können, der aber allemal vorausgesetzt werden muß."

Und das ist auch der eigentliche Kern des Forschungsanliegens der KAVA. Sie erarbeitet eine möglichst vollständige Sammlung der verfügbaren Quellenbestandes. Siedlungen, Gräber, Waffen, Kultanlagen, Kunstgegenstände aus einzelnen Geschichtsräumen und Kulturbereichen sollen systematisch erfaßt und so veröffentlicht werden, daß sie für eine einheitliche und vergleichende Beurteilung zugänglich sind.

Es wird also weiterhin in den verschiedensten Kulturräumen der Welt von archäologischen Forschergruppen in multinationaler Besetzung gegraben und restauriert werden. Die KAVA bemüht sich dann, mit den Forschungsergebnissen die von ihr angestrebte empirisch-wissenschaftliche Grundlegung von Universalgeschichte möglich zu machen. Erste Erfolge sind bereits zu verzeichnen. Die von der Kommission erarbeiteten „Materialien zur Allgemeinen und Vergleichenden Archäologie" (Beck Verlag, München), eine Reihe von inzwischen fast fünfzig Bänden, mit Beiträgen über die Siedlungs-, Wirtschafts-, Kunst-, Sozial- und Religionsarchäologie verschiedenster Geschichts- und Kulturräume, haben bereits allgemeine Anerkennung gefunden.

FRANZISKA BECHER

Nach Schottland ausgelagert: R. Hochhuths „Judith" im Glasgower „Citizens Theatre" uraufgeführt

Diese Selbstgerechtigkeit beim Töten!

Judith, junge Witwe des Manasse, umgarnte im Feldlager den assyrischen Feldhauptmann Holofernes, der ihre jüdische Heimatstadt Bethulien belagerte. Als er trunken eingeschlafen war, schlug sie ihm den Kopf ab, mit seinem Schwert, so steht es im Apokryphen „Buch Judith" der Bibel, und so ist Judith in die Mythen der Welt eingegangen. Inbild des kämpfenden Israel. Der junge Hebbel hat für sein erstes Drama die Geschichte wie berichtet übernommen und nur hinzugefügt, daß Judith sich dem Holofernes hingeben mußte. Hebbels Figur gibt zu verstehen, im Fall von Schwangerschaft werde sie sich töten, aber nur dann.

Beilager oder nicht: Die Judith-Geschichte, die wesentlich mehr Maler als Dramatiker gefesselt hat, setzt voraus, daß der Mann sein schlimmes Ende verdient und daß der Frau die Tat möglich ist, eben weil sie eine Frau ist: Nur deswegen hat sie Zugang.

In Rolf Hochhuths neuem Stück „Judith" sind beide Voraussetzungen nicht erfüllt. Das Opfer, Präsident der USA, hat nicht nachgewiesen, daß er einen gewaltsamen Tod verdient hat – und die Judith dieses neuen Stücks kommt dem Präsidenten nahe genug zum Mord, weil sie reich ist, Tochter eines Botschafters, nahe Freundin eines Karrieristen im Weißen Haus und auch noch Journalisten. Hier ächzt der Mythos im Streckbett, das Grundmuster ist beschädigt.

Hochhuth stellt seinen vier Akten einen Prolog voran, der von Jelena handelt, junge Haushälterin bei Hitlers SS-Statthalter in Minsk und Partisanin: Jelena tötet den Zwingherrn und Massenmörder, indem sie ihm eine scharf gemachte Tellermine ins Bett legt. Vier Jahrzehnte später (im zweiten Akt des Stückes) besucht die junge Judith aus Amerika als Reporterin die alt gewordene Jelena in Minsk, und wir erfahren den Preis der Tat: zwölftausend Menschen sind für den zerfetzten Generalkommissar geopfert worden.

Der Prolog und dieser zweite Akt haben die Kraft und Konzentration, die der Haupthandlung fehlen. Dort wird zunächst die Frage ausdiskutiert, ob man Ronald Reagan ermorden dürfe – und endlich damit beantwortet, daß man ihn ermordet. (Man kann hier nicht dauernd vornehm-sinnbildlich vom „amerikanischen Präsidenten" reden oder vom „Nachbarn", wie er in Judiths Washingtoner Haushalt genannt wird. Das Stück spielt heute, und der Mann hat einen Namen.)

Für Rolf Hochhuth ist sein „Trauerspiel" in gewohnt klassizistisch geballter Rede „ein Stück gegen den Rüstungswahn". Judith und ihr Bruder, ein gelähmtes Opfer des in Vietnam benutzten Entlaubungsgiftes „Agent Orange", wollen Reagan töten, weil er anders als sein Vorgänger angeblich der Massenproduktion eines Nervengases von entsetzlicher Wirkung zugestimmt habe. Hochhuth, das sagt er in der Buchausgabe des Stückes sehr ausführlich, stimmt diesen Mordabsichten übrigens nicht zu. Er will mit Rede und Gegenrede und mit vielerlei Argumenten Überlegungen in Gang setzen. Entscheiden soll der Zuschauer oder Leser dann selbst. Aber freilich, Judith und ihr Bruder können ihrem Unternehmen mit sehr ausgiebigen Texten das Wort reden, während Gegenargumente zwar vorkommen, aber doch wesentlich knapper.

Dieses alles in allem doch recht deutsche, auch neudeutsche Stück aus amerikanischem Milieu hatte seine Welturaufführung jetzt ausgerechnet auf schottischen Brettern, im „Citizens Theatre" zu Glasgow. Deutsche Bühnen und Zürich hatten abgelehnt, die erste Aufführung deutscher Zunge soll nun nächstes Jahr in der Wiener Burg zu sehen sein. Die „Verfremdung" in der Hand des Übersetzers und Regisseurs Robert Davis Macdonald (ein Hochhuth-Regisseur seit vielen Jahren) ist dem Text aber gut bekommen.



Nur im Prolog und in der Erinnerung Kraft zur Apokalypse: Anne Lambton als Judith und Andrew Wilde als Arthur in der Glasgower Uraufführung des neuen Hochhuth-Stücks FOTO: SAD

Das Glasgower Theater verfügt über ein gutes Ensemble, die Probenzeit war nicht allzu lang, und die dramaturgische Bearbeitung verrät, um es milde zu sagen, eine kräftige Hand. Macdonald hat viel Unterholz aus dem Manuskript herausgeholt und läßt mit ungemeiner Geschwindigkeit sprechen und spielen. Prolog und die ersten beiden Akte bewähren sich dank solcher Technik als spannendes Theater.

Dabei konzentrierte der Regisseur sich allerdings auf zwei Elemente, die mit der endlosen Diskussion über die Ränke der Mächtigen nur am Rande zu tun haben, die sich aber als so stark erweisen, daß sie nahezu als einzige im Gedächtnis bleiben. Da ist zunächst die Schreckensvision im zweiten Akt, eingebracht von einem jener SS-Opfer, die schwerverletzt aus dem Massengrab zurückkehrten. Dieses alten Mannes Gespräch mit der alten Partisanin und der jungen Judith ist zwar etwas zu deklamatorisch inszeniert worden, aber hier wehte Apokalypse – zumal wesentliche Passagen aus der Offenbarung des Johannes auf Patmos stammten.

Sehr viel weniger eindrucksvoll indessen und dennoch natürlich immer wiederkehrendes Hauptthema: das Gespenst der ohnehin ja heute weitverbreiteten arroganten Bereitschaft zum raschen Richten und zum schnellen Mord. Die Lässigkeit, mit der in unseren Tagen allenthalben zum Tode verurteilt und zu Tode gebracht wird, in der seelenruhigen Selbstgerechtigkeit verwöhnter Kinder – der intensive Hinweis darauf war die „Botschaft" zum mindesten *dieser* „Judith"-Aufführung, auch wenn das der Autor möglicherweise gar nicht beabsichtigt hat.

Über Hochhuths Mischung von Hochsprache, Rapport und Slang wird geredet werden müssen, wenn das Stück auf deutsch gespielt wird. Die Versachlichung im Englischen war für einen ersten Eindruck so übel nicht, verlockte den Zuschauer aber auch, allenthalben die Argumentation zu prüfen.

Hochhuths Judith, nachdem sie von der geglückten Untat erfahren hat, sie legt Wert darauf, daß ihre Motive bekannt werden. Sie hatte dazu ein ganzes, weiß Gott nicht durchweg geglücktes Theaterstück lang das Wort – und als alles vorüber war, kamen sie und die anderen Darsteller eilends an die Rampe, ein fröhliches Lachen auf den Gesichtern. Was der Regisseur uns nun damit sagen wollte, war nicht zu ermitteln.

CHRISTIAN FERBER

M. Radfords Film „1984" nach Orwells Roman

Letzte Rolle für Burton

Er kommt gerade noch rechtzeitig in die Kinos: der Film „1984", der George Orwells Roman zur Vorlage hat. Der 38jährige Engländer Michael Radford, der im letzten Jahr mit seinem Erstling „Another Time, Another Place" aufgefallen war, hat die düstere Vision eines totalitären Überwachungsstaates intelligent und bestürzend glaubhaft ins Bild gesetzt.

Er hat sich strikt an die Romanvorlage gehalten, was freilich auch Bedingung war. Denn Orwells Witwe Sonia, immer noch verärgert über jene Happyend-Version, die Michael Anderson 1955 gedreht hatte, war zunächst wenig geneigt, einer Neuverfilmung zuzustimmen. Sie fürchtete ein „1984" à la „Star Wars". Doch Radford geht mit Spezialeffekten überraschend sparsam um. Er hat vor allem mit der Farbe gearbeitet und den ganzen Film in ein unwirkliches bläulichgraues Licht getaucht.

Ein surreal anmutendes infernalisches Universum der Angst tut sich auf. Riesige Teleschirme überwachen den Einzelnen Tag und Nacht bis in seine privateste Sphäre hinein. Der Große Bruder, dessen Bildnis von allen Wänden starrt, sorgt für ein Klima ständiger Bedrohung. Im „Wahrheitsministerium" wird die Geschichte je nach Bedarf umgeschrieben und den „Staatsbürgern" mittels einer ungeheuren Propagandamaschinerie eingebläut. Ein neues Idiom, der „Neusprech", soll jede Möglichkeit eigenständigen Denkens ausschalten. Als schwerstes Vergehen gilt das Gedankenverbrechen.

In dieser Welt, die Gefühle und Erinnerungen, ja noch das letzte Quentchen Individualität ausradieren will, versucht ein Mann das Unmögliche: ein Mensch zu bleiben. Winston Smith, kleiner Angestellter im Wahrheitsministerium, liebt Julia und trifft sie regelmäßig im Hinterzimmer eines alten Trödelladens. Außerdem führt er heimlich ein Tagebuch. Wenn Winston ins Dunkel seiner Kindheitserinnerungen taucht – sie umkreisen das Jahr 1948, in dem Orwell seinen Roman geschrieben hat –, ist der Film voller Trümmerpoesie: endlose Häuserruinen liegen da in schmutziggrauem Licht, blutverschmierte Tote sind übereinandergestapelt, Schattenfiguren huschen über Schwarzmärkte, Ratten nagen an Leichen. Und verzweifelte Kinder streunen umher und wissen sich keinen Rat.

Erschreckender als all dies sind jedoch jene Momente aus dem Jahre 1984, in denen sich in gewaltigen Massenaufläufen der hochgezüchtete kollektive Haß auf äußere und innere Feinde des Staates hysterisch entlädt. Die Folterszenen schließlich, in denen Winston einer radikalen Gehirnwäsche unterzogen wird, liefern jenes beklemmende Finale, das schon vom Buch her nur allzu bekannt ist und einem einzigen Alptraum gleicht.

Doch es ist nicht nur die kongeniale Adaptation eines literarischen Klassikers, die Radfords „1984" sehenswert macht. Auch die Schauspieler bieten Attraktion, besonders die beiden Hauptdarsteller: John Hurt als Winston Smith und Richard Burton in seiner letzten Rolle als Parteibonze Ó Brien, der Winston verrät und foltert. Es ist ein schon von der Krankheit gezeichneter Burton, bleich und unbeweglich hinter seiner runden Nickelbrille, dessen väterliches Gehabe die Unmenschlichkeit nur umso deutlicher hervortreten läßt. Und John Hurt, der „Elefantenmann", der von einem schweren Krebsleiden geplagte Jockey in dem Film „Champions" – er wird hier zur ergreifenden Inkarnation der gepeinigten menschlichen Kreatur schlechthin. Ein guter Film also, der zwei große Mimen auf dem Höhepunkt ihrer Kunst zeigt.

DORIS BLUM



Von der Krankheit gezeichnet: Richard Burton in dem Film „1984". FOTO: DIE WELT

Berlin: Roland Petits glorioses Ballett über Proust

Das Herz ist anfällig

Über die unwiderstehliche Anziehungskraft, die der begehrte Mensch einzig durch Liebesabweisung übt, hat Marcel Proust in der „Suche nach der verlorenen Zeit" ebenso tiefsinnig wie verzweifelt berichtet. Sein Universum der Liebe ist finster und kennt keine Hoffnung. Noch seine vorgeblichen Paradiese machen den Herzschlag eher vor Beängstigung als vor Beseligung stokken.

Von den *Intermittences du Cœur*, wie sich Roland Petits Proust-Ballett nennt, das die Deutsche Oper Berlin zum ersten Male in Deutschland zeigt, von diesen „Anfälligkeiten des Herzens" handelt der Choreograph in einer zweiteiligen Suite von Tanz-Tableaux, in denen er zunächst die Paradiese, alsdann die Höllen der Liebe beschwört – wobei die Hölle (nach Proust) freilich für den Liebenden der wahre Himmel sein kann.

Das weiß natürlich Petit, und er weiß noch viel mehr – über Proust wie über Ballett. Der mittlerweile Sechzigjährige hat ja das spezifische Proust-Aroma noch persönlich mitbekommen. Choreographiert er deshalb nun Proust sklavisch Wort für Wort? Oder kramt er in Erinnerungen? Davon kann keine Rede sein. Sein Ballett illustriert keine Handlungsabläufe, erzählt nicht Literaturgeschichte nach. Es leuchtet vielmehr tanzend blitzlichthaft seelische Situationen aus, es reiht psychologische Schnappschüsse, die sich tanzend bewegen. Sie sind oft von unerhörter Eindringlichkeit.

Alle Tanzenden tragen die berühmten Namen, die ihnen Proust erfand: Albertine, Odette, Gylberte. Oder Swann, Charlus, Morel. Ihre tänzerischen Interaktionen reißen indes kein Geschehen auf. Sie geben nun die Essenz von Sehnsüchten und Verzweiflungen, deren Träger sie sind.

Petit führt scharfäugig und mit sicherer Hand das Skalpell und demonstriert die „Intermittences du Coeur" sozusagen am offenen Herzen. Dazu erklingt viel Wagner, Debussy und Fauré, Prousts musikalische Favoriten. Daß aber ausgerechnet der 5. Satz des Beethovenschen cis-moll-Quartetts Op. 131 zur Grundlage des bis ins Äffische sich bäumenden Liebesbegehrs herhalten muß, daß Charlus zum Geiger Morel treibt, kommt als ein zusätzlicher Schock, von dem nicht einmal Proust etwas geahnt haben mag.

Jan Broeckx tanzt die Virtuosenpartie, mittelgescheitelt, mit käsig-schmieriger Eleganz, ein Salon-Mephisto. Das ist sensationell. Und Vladimir Gelvan als Charlus setzt seine Wucht und Hoheit dagegen – ein Charaktertänzer von Rang in einem Pas de deux von einzigartig schneidender Schärfe.

Höhepunkt des Balletts sind vielfach diese grausamen Intimitäten der tänzerischen Zweisamkeit. Wie Katalin Csarnoy und Reda Sheta die Beziehungen zwischen Odette und Swann tänzerisch ausleuchten, ist ein Paradestück choreographisch geordneter Psychologie: ein Pas de deux, der, je höher er kurvt in der Leidenschaft, unversehens Trennung gebiert. Die Emotionen verklirren plötzlich wie Eis im Glas.

Und auch Lubomir Kafka und Broeckx stehen, wenn sie die homoerotischen Verstrickungen zwischen St.Loup und Morel zeichnen, dieser Intensität abstrahierender Kühle nicht nach. Und wie Dominique Khalfouni, eine Schwester der Goyaschen Mayas, die Albertine an der Seite des glänzenden Denys Ganio tanzt, ist von einer seligen Hoffnungslosigkeit, die buchstäblich zum Rasen bringt. Das tat Berlin denn auch: Es feierte einhellig und anhaltend Proust wie Petit. KLAUS GEITEL

KULTURNOTIZEN

„Zeichnungen der Guardi" zeigt das Museo Correr in Venedig bis 31. Januar 1985. Zu sehen sind Werke von Gian Antonio, Francesco und Giacomo Guardi.

Norbert Kückelmanns Film „Morgen in Alabama" wird die Bundesrepublik im nächsten Wettrennen um den Auslands-Oscar in Hollywood vertreten.

Hans Jürgen von Boses Oper „Die Leiden des jungen Werthers" wird 1986 von der Hamburgischen Staatsoper in Schwetzingen uraufgeführt.

Bertold Hummels Konzert für Schlagzeug und Orchester wird am 28. 1. 85 in Regensburg uraufgeführt.

Denise Vernac, Schauspielerin und Witwe Erich von Strohheims, ist 66jährig in Paris gestorben.

JOURNAL

Nationalstiftung für Denkmalschutz

dpa. **Offenbach**

Die Gründung einer deutschen Stiftung Denkmalschutz nach dem Vorbild des britischen National Trust kündigte jetzt der hessische Landeskonservator Prof. Gottfried Kiesow an. Die Stiftung, die sich im Frühjahr der Öffentlichkeit vorstellen will, soll mit ihrem Kapital und ihrem Wissen die Sanierung und Nutzung von Baudenkmälern unterstützen. Vor Vertretern von Heimat- und Geschichtsvereinen sagte Kiesow, Baden-Württemberg stelle beispielsweise im Jahr 50 Millionen Mark für den Schutz von Denkmälern im Privatbesitz zur Verfügung, Hessen nur den zehnten Teil davon. Das reiche nicht einmal, um dem Bauherrn bei der Restaurierung historischer Häuser die Mehrwertsteuer zu ersetzen.

Neuer Beirat für Kulturaustausch

kar. **Berlin**

In Berlin fand die konstituierende Sitzung des neuen Beirats für Kulturaustausch statt, den der Senator für Kulturelle Angelegenheiten, Volker Hassemer, einberufen hatte. Dieser Beirat ersetzt den früheren Beirat für Kulturaustausch, dem Repräsentanten einer Vielzahl kultureller Institutionen in Berlin angehörten. Um die Arbeitsfähigkeit des Beratungsgremiums zu verbessern, wurde der Beirat nunmehr möglichst klein gehalten. Ihm sollen bis zu 10 Experten des Berliner Kulturlebens angehören. Er wird den Senator für Kulturelle Angelegenheiten in Fragen der überregionalen und internationalen kulturellen Kontakte Berlins beraten.

Familie Pasternaks mußte ausziehen

AFP, **Moskau**

Die Familie des verstorbenen sowjetischen Schriftstellers Boris Pasternak hat aus ihrer in Peredelkinn bei Moskau liegenden Datscha ausziehen müssen. Das teilte der Sohn Pasternaks, Jewgenij, westlichen Korrespondenten mit. Die Aufforderung zum Auszug sei vom Sowjetischen Schriftstellerverband gekommen, dem die Datscha gehört.

Vanessa Redgrave gewann Prozeß

dpa, **Boston**

Ein Gericht in Boston hat der britischen Schauspielerin Vanessa Redgrave aufgrund ihrer Klage gegen das Bostoner Symphonie-Orchester wegen Vertragsbruchs 100 000 Dollar zugesprochen. Das Gericht teilte jedoch nicht den Standpunkt der Schauspielerin, ihr 1982 vorgesehener Auftritt als Erzählerin in Igor Stravinskys „ödipus rex" sei wegen ihrer Sympathie für die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gestrichen worden. Es folgte vielmehr der Erklärung der Orchesterleitung, die Aufführungen seien aufgrund von Drohungen militanter Zionisten abgesagt worden. Vanessa Redgrave hatte insgsamt rund 1,2 Millionen Dollar Schadensersatz gefordert.

Erstes Filmfestival von Rio de Janeiro

dpa, **Rio**

17 Filme aus 15 Ländern sind zum offiziellen Wettbewerb des ersten internationalen Filmfestivals von Rio de Janeiro angemeldet worden, das vom 18. bis zum 27. November veranstaltet wird. Insgesamt werden rund 200 Spiel- und 84 Video-Filme gezeigt. Als deutscher Beitrag bewirbt sich „Tausend Augen" von Hans-Christoph Blumenberg um den ausgeschriebenen Hauptpreis, der nach dem großschnabelig-bunten Urwaldvogel Tukan genannt wurde. Die Festspiele sollen zu einer Plattform des lateinamerikanischen Films ausgebaut werden.

Keramikpreis 1985 der Frechener Kulturstiftung

DW. **Frechen**

Die Frechener Kulturstiftung hat für 1985 wieder ihren Keramikpreis für Nachwuchskeramiker ausgeschrieben. Insgesamt sollen drei Preise von je 2500 Mark vergeben werden. Von der Jury wurden nach einer Vorauswahl elf junge Keramiker zur Teilnahme an dem Wettbewerb eingeladen, der im Mai nächsten entschieden wird.

„Goethe Theater" als neue Privatbühne

dpa, **Frankfurt**

Ein „Goethe Theater" wird am 1. Dezember als neue Privatbühne in Frankfurt eröffnet. Der 42jährige Boris von Emde, der seit zehn Jahren in München das „Theater am Einlaß" betreibt, will das neue Haus mit einer Inszenierung von Johann Wolfgang Goethes „Stella" eröffnen (Regie Konrad Göke). Ebenso wie in München will von Emde in Frankfurt ein intimes Theater mit literarischem Anspruch präsentieren. Das Theater in einem ehemaligen Kinopalast in der Innenstadt umfaßt 99 Plätze.

Wie gefährlich war die Fracht der Mont Louis?

ANDREAS ENGEL, Almelo

Mit 15 Fässern Uranhexafluorid an Bord ist der französische Frachter „Borodine" zur Zeit in der Ostsee unterwegs, mit Kurs auf den sowjetischen Hafen Riga. Die „Borodine" ist das Schwesterschiff des im Ärmelkanal gesunkenen Frachtschiffes „Mont Louis". Noch immer gibt es Fragen und Spekulationen um die „geheimnisvolle Ladung", eine weiße kristalline Masse – Rohstoff für Bomben und Reaktoren: Hexafluorid.

Wie gefährlich ist das „Teufelszeug" – so Umweltschützer – wirklich? „Auch wenn die vor einem Monat bei Ostende geborgenen 30 Stahlbehälter ausgelaufen wären", so Franz Stockschläder, Geschäftsführer der weltweit größten Urananreicherungsanlage mit Zentrifugen-Verfahren im holländischen Almelo, „hätte zu keiner Zeit eine Umweltkatastrophe eintreten können."

Anhand einiger Versuche zeigte der Experte, daß Uranhexafluorid nicht explosiv und nur ganz schwach radioaktiv ist. Um sich jener Strahlenmenge auszusetzen, die jeder Patient durchschnittlich von medizinischen Untersuchungen „abkriegt", müßte er sich fünfzig Stunden auf einen stabilen Transportbehälter legen.

Beträchtliche Vorräte

Ätzend für die Atemwege – wie viele andere Chemikalien – ist UF_6, wenn es unter Berührung von Luft verdampft. In Verbindung mit Wasser bildet Uranhexafluorid die aggressive Flußsäure: Zu weniger schädlichen Konzentrationen hätte die bewegte – alkalische – See jedoch die Konzentration relativ schnell verdünnt. Ein Würfel Nordseewasser mit einem Kilometer Kantenlänge enthält übrigens drei Tonnen Uran – was schon die beträchtlichen Vorräte dieses Schwermetalls auf der Erde anzeigt.

Etwa drei Gramm Uran, des für die Atomindustrie unverzichtbaren Brennstoffs, ist in der äußersten Kruste des Planeten pro Tonne Gestein vorhanden. Nach Schätzungen betragen die gesicherten und leicht zugänglichen Vorräte der westlichen Welt annähernd drei Millionen Tonnen Uranmetall – das Meerwasser birgt ja einen ähnlich unbegrenzten Vorrat. Natur-Uran freilich ist ohne „Umwandlung" für den Betrieb in einem Kernreaktor ungeeignet.

Damit es aber technisch genutzt werden kann, muß die Zusammensetzung seiner Isotope verändert werden. Das heißt, die Konzentration des leicht spaltbaren Anteils Uran 235 neben dem schwer spaltbaren Uran 238 wird erhöht („angereichert"). Erst wenn sich Uran mit dem chemisch reaktionsfreudigen Gas Fluor verbindet, läßt sich angereichertes Uran herstellen.

Keiner geschädigt

In Almelo nahe Enschede an der deutschen Grenze läuft die UF_6-Anreicherung in ultraschnell rotierenden Gaszentrifugen: Die Kapazität dieser Anlage beträgt 760 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr – dafür werden etwa 1500 Tonnen UF_6 verbraucht.

Nur 40 Kilometer von der niederländischen Stadt entfernt soll im westfälischen Gronau im August nächsten Jahres die erste Urananreicherungsanlage in Deutschland (im Zentrifugen-Verfahren) den Betrieb aufnehmen. Hans Mobrhauer, Geschäftsführer der „Uranit" im Entwicklungszentrum Jülich: „Uranhexafluorid wird seit Jahren in Mengen von vielen tausend Tonnen pro Jahr auf dem See- und Landweg transportiert. Dabei ist noch niemand zu Schaden gekommen." Die Stahlfässer mit einem Wanddurchmesser von 16 Millimetern haben nicht nur beim Untergang der „Mont Louis", sondern auch in den USA bisher alle Transportunfälle unversehrt überstanden.

Der „Todessturz" ist reine Vertrauenssache

Ein Rock 'n' Roll-Club aus Hamburg wurde Weltmeister

TILMAN EHRBECK, Hamburg

Ihre Musik paßt in die Zeit, in der Heinz-Erhardt-Filme und Autos mit Heckflossen wieder beliebt sind. Doch ihr Tanz hat mit Conny Froboess und Peter Kraus nicht mehr viel gemein. Rock 'n' Roll heute – das ist Hochleistungssport mit tänzerischen Elementen und schwierigster Akrobatik. 60 Paare aus neun Nationen führten das am Samstag vor rund 3000 Zuschauern bei der Club-Weltmeisterschaft im Rock 'n' Roll in der Hamburger Alsterdorf-Sporthalle vor.

„Wir trainieren drei- bis viermal in der Woche jeweils zweieinhalb Stunden, vor den großen Turnieren sogar jeden Tag", erklärten Sabine und Andreas Fricke, die gemeinsam mit den beiden anderen Paaren des Hamburger Rock 'n' Roll-Clubs „Karo 7" neue Mannschaftsweltmeister wurden. Vor acht Jahren hatten die beiden heute 25jährigen gemeinsam zu tanzen begonnen.

Der deutsche Rock 'n' Roll rangiert derzeit international ganz oben. Neben den Hamburgern waren noch zwei weitere Clubs unter den ersten sieben: Der RRC Augsburg und der RRC Bergisch-Gladbach, die am Ende die Plätze drei und vier belegten. „Wir sind ein wenig übermächtig", meinte Präsident Detlev Schmidt vom Deutschen Rock 'n' Roll-Verband. Mehr als 300 Vereine mit über 20 000 Mitgliedern und annähernd 1400 Turnierpaaren gebe es in der Bundesrepublik, das sei mehr als irgendwo sonst in der Welt. In den USA, dem Mutterland des Rock 'n' Roll, gebe es diesen Tanz als Sport überhaupt nicht.

Mitte der 70er Jahre ging es mit dem Rock 'n' Roll nach einer langen Pause wieder aufwärts. Alte Clubs lebten wieder auf, neue entstanden. Im vergangenen Dezember schlossen sich die beiden bis dahin existierenden nationalen Rock 'n' Roll-Verbände zusammen, seit Januar gehört der Verband auch dem Deutschen Sportbund an. Neben den organisierten Rock 'n' Rollern gibt es noch zahlreiche andere, etwa Arbeitsgemeinschaften an Schulen und Tanzgruppen an den Universitäten.

Warum gerade der Rock 'n' Roll wieder so populär geworden ist, erklärte Peter Balzer, Trainer des neuen Weltmeisters, mit dem Wunsch vieler junger Leute, einen Sport gemeinsam zu betreiben. „Für die Paare ist dabei das gegenseitige Vertrauen besonders wichtig." Beim „Todessturz" beispielsweise wird die Frau von ihrem Partner bis zu vier Meter hoch in die Luft geschleudert. Oben knickt sie ab und fliegt kopfunter hinter dem Rücken des Partners wieder abwärts. Kurz vor dem Boden fängt er sie dann auf und zieht sie durch die Beine von hinten vor sich. Kaum haben ihre Füße wieder Boden berührt, muß es schon im Takt weitergehen.

„Wir verstehen uns blind", sagte Sabine Fricke, „sonst hätte ich meine Angst nicht überwinden können." Wie die beiden seit sechs Monaten Verheirateten, sind die meisten anderen Paare im Rock 'n' Roll auch privat zusammen – in der Meistermannschaft von „Karo 7" zum Beispiel. „Wir sehen uns so oft, da muß man sich schon lieb haben", sagte auch die 18jährige Christine Scharf vom Vize-Weltmeister RRC Dixie Neuchâtel aus der Schweiz. Mit dieser engen Bindung sind auch Gefahren verbunden. „Oft platzen gute Paare auseinander, weil die Liebe erkaltet ist", sagte Trainer Balzer.

Daß der Rock 'n' Roll in Deutschland überlebt hat, ist nach Ansicht des Verbandspräsidenten Schmidt den Berlinern zu verdanken. Dort waren aus den Besatzerclubs im amerikanischen Sektor die ersten Rock 'n' Roller hervorgegangen. (AP)

Das Vertrauen zu Uniformen mit ihrem Leben bezahlt

Nach Mordserie an alten Frauen Panik am Montmartre

JOCHEN LEIBEL, Paris

Der weltberühmte Pariser Montmartre, eigentlich Paradies für Künstler, Touristen und Feinschmecker, glich an diesem Wochenende einem Militärlager. Schwerbewaffnete Polizeieinheiten patrouillierten durch die malerischen Gäßchen, Mannschaftswagen stehen an Ecken und auf den kleinen Plätzen. Das Aufgebot an Uniformierten ist die Antwort auf eine brutale Mord-Welle, die seit Dienstag vergangener Woche die Montmartre-Bewohner in Angst und Schrekken versetzt. In fünf Tagen wurden fünf alte Damen in ihren Wohnungen umgebracht. Polizeiärzte stellten fest, daß alle fünf Mordopfer vorher gefoltert worden waren.

Jüngstes Opfer ist die 73 Jahre alte Annie Nicot. Sie wurde Freitag abend von einer Nachbarin entdeckt. Die Mörder hatten die alte Frau gefesselt und ihr einen Knebel in den Mund gesteckt. Dann muß die alte Dame mit Messerstichen gequält worden sein. Die Mörder – so glaubt die Kriminalpolizei – wollten auf diese Weise erfahren, wo Annie Nicot ihre Ersparnisse versteckt hatte.

Unter den alten Leuten am Montmartre ist Panik ausgebrochen. Vor allem, da in allen fünf Mordfällen dieser Woche noch jede Spur von den Tätern fehlt. Schon sieht man an den Fenstern einiger Häuser Schilder: „Wohnung zu verkaufen". Viele Rentner und Pensionäre wollen jetzt vom Montmartre fortziehen.

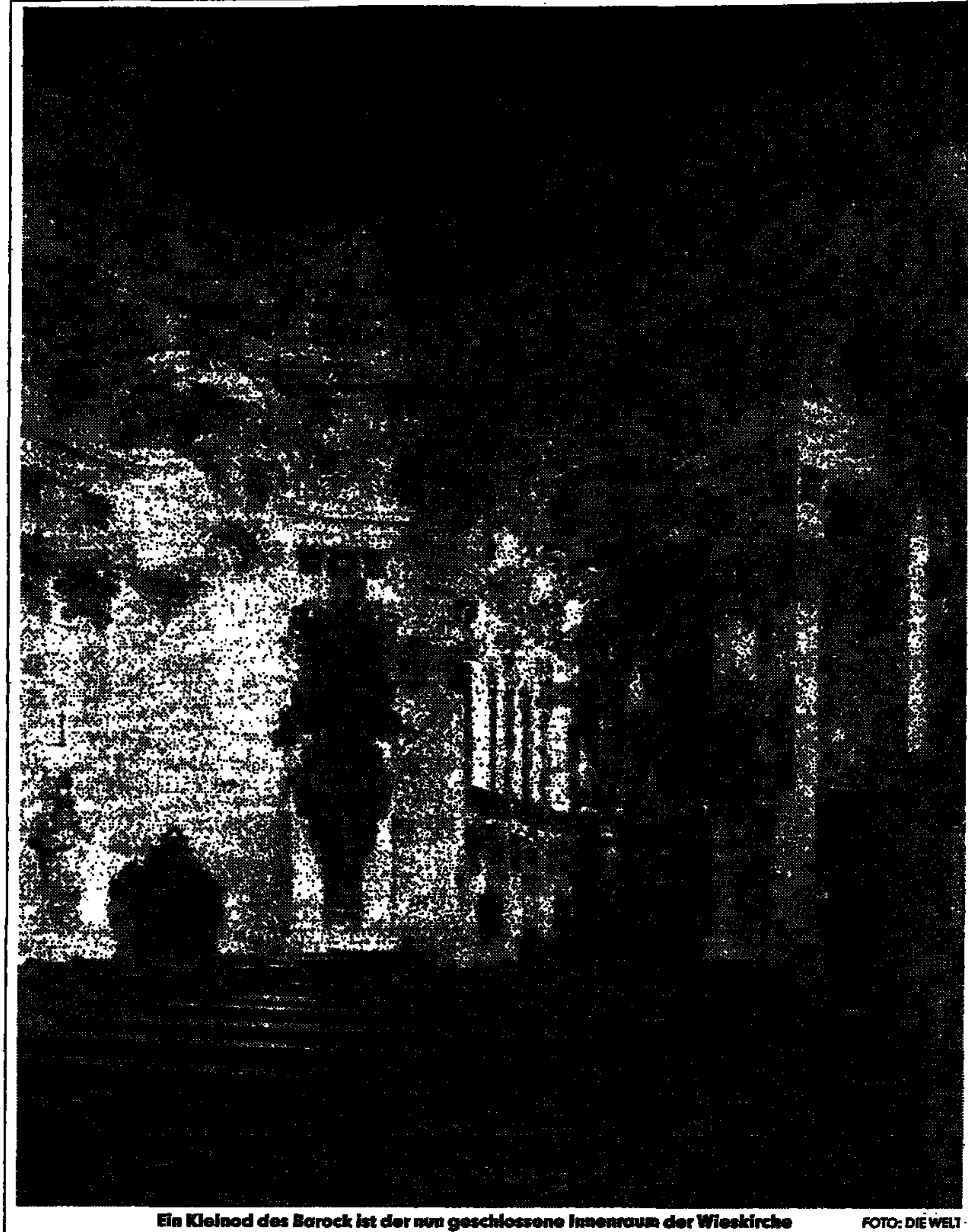
Die Mordserie begann am Dienstag vergangener Woche, als die Tochter der 70jährigen Rentnerin Iona Seigaresco ihre Mutter tot in deren Wohnung entdeckte. Die Mörder hatten die alte Dame mit einem elektrischen Kabel gefesselt, ihr einen Knebel aus schmutzigen Handtüchern in den Mund gedrückt und sie dann durch Schläge auf den Kopf getötet. Nach Angaben der Tochter hatte die 70jährige nur 300 Franc bei sich zu Haus. Die sind verschwunden.

Einen Tag später, am Mittwoch, wurde die 84 Jahre alte Simone Benaim in ihrer Wohnung getötet. Die Frau war schwer gefoltert worden und mußte nach Angaben der Kriminalpolizei sogar ein Putzmittel trinken. Ihr Sohn André Benaim: „Meine Mutter lebte allein und hatte nie größere Geldsummen bei sich. Die Mörder haben höchstens 500 Franc (170 Mark) erbeutet."

Am Donnerstag wurde die 75 Jahre alte Marie Choy ermordet. Eine Krankenschwester, die der alten Frau jeden Abend zu Haus eine Spritze gab, entdeckte die Leiche. Auch Marie Choy war von ihren Mördern gefesselt worden, bevor sie durch Schläge auf den Kopf getötet wurde.

Am Freitagmorgen entdeckte eine Bäckersfrau die Leiche der 79 Jahre alten Paulette Gorsin. Sie hatte der alten Frau regelmäßig jeden Morgen ein halbes Baguette gebracht. „Paulette hatte nie Geld im Haus. Wenn sie etwas brauchte, holte ich für sie das Geld abgezählt von der Bank. Sie ist mit Sicherheit für nichts getötet worden", sagte die Bäckerin.

Die Pariser Kriminalpolizei glaubt, daß eine Bande von Drogensüchtigen hinter der Mordserie steht. Bisher steht nur fest, auf welche Weise die Mörder in die Wohnungen ihrer Opfer gelangten. „Die haben sich vermutlich Uniformen gekauft und präsentierten sich als Polizisten, Gasleute oder Geldbriefträger. Zu Uniformen haben alte Leute ja Vertrauen", sagte ein Kripo-Beamter. (SAD)



Ein Kleinod des Barock ist der nun geschlossene Innenraum der Wieskirche FOTO: DIE WELT

Zutritt nur für Restauratoren

Keine Touristen mehr in der Wies. Und selbst für Restauratoren wird der Aufenthalt in der bayerischen Kirche gefahrvoll sein. 230 Jahre nach ihrer Entstehung werden Teile der prächtigen Stuckdecke des Meisters Johann Baptist Zimmermann lediglich noch „durch die eigene Verspannung" gehalten. So erfuhr es das Bistum Augsburg und teilte mit, während der kommenden Wochen werde die 1757 vollendete Wallfahrtskirche bis auf den Raum unter der Empore für Besucher geschlossen. Breche auch nur ein kleines Teilstück der Gemäldedecke herab, sei damit zu rechnen, daß größere Partien folgten. Das Meisterwerk der Gebrüder Dominikus und Johann Baptist Zimmermann, Höhepunkt des sakralen Barockstiles, wird während der Schließungszeit umfassend gesichert. Gegründet zu Ehren einer hölzernen Jesusfigur am Feldesrand, die nach Zeugnis eines Bauern in Tränen ausgebrochen sein soll, galt die Wies bald als Mittelpunkt eines weitverbreiteten Wunderglaubens. T.W.K.

Erkenntnisse aus dem Erdinneren

Russische Geologen haben auf der Halbinsel Kola das tiefste Loch der Welt gegraben

DW. Stockholm

Der schwedische Geologe Harry Boekstedt von der Universität Stockholm besuchte vor kurzem die Bohrstelle von Zapoljarni auf der zur Sowjetunion gehörenden Halbinsel Kola. Es war der erste Besuch eines westlichen Wissenschaftlers an diesem abgelegenen Punkt der Erde. Dort haben sowjetische Geologen das bislang tiefste Loch der Erde gegraben.

Das Bohrloch mißt genau 12 063 Meter, das sind 5000 Meter mehr als das 1959 von amerikanischen Gelehrten in Texas gegrabene Loch. Mit modernen Bohranlagen kann man zwei bis drei Meter in der Stunde tiefer bohren. Doch wollen die sowjetischen Wissenschaftler in immer größeren Tiefen der Erdrinde mit entsprechend größerer Vorsicht vorgehen. Das Loch von Zapoljarni ist seit Jahresbeginn nur um 65 Meter tiefer geworden.

An der Erdoberfläche beträgt der Durchmesser des Forschungslochs einen Meter, doch wird es mit der Tiefe rasch enger. Schon bei zwei Kilometer hat es nur noch einen Durchmesser von 20 Zentimetern. Das Bohrgerät aus Aluminium hat zwar den Vorteil, mit seinen 250 Tonnen verhältnismäßig leicht zu sein, doch stellt sich das ungeheure Problem des Widerstands gegen die Hitze, die bei immer tieferem Eindringen in den Erdmantel stärker wird.

Die 12 Kilometer der Bohrröhre sind unbeweglich, nur der Kopf des Geräts bewegt sich. Wegen der Härte der eisenhaltigen Silikatgesteine muß der Bohrkopf sehr oft ausgewechselt werden. Diese schwierige Operation kann mit Hilfe eines Computers in nur 18 Stunden durchgeführt werden.

Die Geologen von Zapoljarni wollen vorerst „nur" bis zu 15 Kilometer Tiefe vordringen. Bei dem derzeitigen Tempo könnte dieses Ziel nicht vor Ablauf von dreißig Jahren erreicht werden, zumal die Temperatur in zwölf Kilometer Tiefe mit 200 Grad Celsius fast um das Doppelte höher ist als Geologen bislang berechnet hatten.

Die Analyse von Gesteinsproben hat zur Berichtigung einer Reihe von Theorien geführt. So trat die Granitschicht erst bei sieben Kilometer Tiefe auf, während bislang angenommen wurde schon bei vier Kilometer. Außerdem stieß man entgegen allen Erwartungen bislang auf keine Basaltschicht. Die größte Entdeckung aber bei der Bohrung in dem zum finnisch-skandinavischen Plateau gehörenden Gebiet war die Feststellung, daß in dem bislang als völlig homogen angesehenen Silikatmantel Sprünge existieren, durch die Methangase strömen. In den Gesteinsproben wurden ferner Spuren von Kupfer, Nickel, Blei, Zink und Kobalt entdeckt.

Von Gesteinsproben, die auf einer Strecke von acht Kilometern regelmäßig dem Erdmantel entnommen wurden, konnte die internationale Wissenschaft sich große Fortschritte bei der Aufklärung der geologischen und geophysikalischen Beschaffenheit der Erdrinde erhoffen. Doch zögern die Sowjets, wie Boekstedt berichtet, etwas von ihren Proben auch westlichen Labors vorzulegen. Das hat Mißtrauen ausgelöst. Verfolgen die Sowjets mit diesem Loch etwa andere als rein wissenschaftliche Ziele?

Starten Sowjets bald bemannten Flug zum Mars?

SAD, London

Westliche Raumflugexperten sind der Auffassung, daß die Sowjets bereits in den nächsten Jahren den ersten bemannten Raumflug zum Mars starten wollen. Das sei die einzige Erklärung für die außerordentlich langen Raumflüge der letzten Zeit, bei denen sowjetische Kosmonauten 237 Tage die Erde umkreisten. Diese Ansicht äußerten Experten auf einem Treffen der Planetarischen Gesellschaft (Planetary Society) in Washington. Ein Flug zum Mars dürfte fast zwei Jahre dauern und mehrere Umkreisungen des „roten Planeten" einschließen. Ein Marsflug würde das technologische Prestige der Sowjetunion in der Welt ungeheuer heben und in seiner Bedeutung mit dem ersten Raumflug Jurij Gagarins im Jahre 1961 vergleichbar sein.

Größter Rauschgiftfang

rtr, Mexico City

Im Verlauf einer Großaktion von Polizei und Militär bei der Stadt Ciudad Jimenez in Mexiko sind 2000 Tonnen Marihuana sichergestellt und 500 Personen festgenommen worden. In diplomatischen Kreisen wurde der Wert des Rauschgiftes mit gut drei Milliarden Mark beziffert. Es handelt sich um den bisher umfangreichsten Fang in der Geschichte Mexikos.

Triptychon geraubt

dpa, Florenz

Im Museum Horne in Florenz ist am Freitag ein tragbares Triptychon aus dem 14. Jahrhundert gestohlen worden. Wie gestern bekannt wurde, stammt das Andachtsbild aus der Schule des Florentiner Malers Bernardo Daddi. Die Polizei ist auf der Suche nach den letzten drei Besuchern des Museums, die des Diebstahls verdächtigt werden.

Zeh statt Daumen

SAD, Ingersheim

Mit dem großen Zeh seines rechten Fußes spielt der 30 Jahre alte Konzertgitarrist Olivier Bello seit kurzem auf seinem Zupfinstrument. Beim Hobby-Basteln war dem Berufsmusiker vor einigen Monaten der rechte Daumen zerfetzt worden. Ärzte in Straßburg (Elsaß) ersetzten daraufhin den Daumen durch den großen Zeh.

Tödlicher Tarifkonflikt

SAD, Paris

Ein türkischer Arbeiter, der zusammen mit anderen KP-Gewerkschaftern eine bankrotte Baufirma in Paris „besetzen" wollte, ist von einem Familienmitglied des Besitzers erschossen worden. Sechs andere Gewerkschafter wurden verletzt. Vier Familienmitglieder sind gestern festgenommen worden.

Mord im Altersheim

dpa, Mönchengladbach

Haftbefehl wegen Mordes hat ein Haftrichter am Amtsgericht Mönchengladbach am Samstag gegen einen aus der Ukraine stammenden 79jährigen Altersheimbewohner erlassen. Er hatte einen Tag zuvor seine sieben Jahre jüngere Freundin in ihrer Wohnung in Süchteln (Kreis Viersen) erwürgt, weil er befürchtete, seine jahrelange Geliebte werde ihn verlassen.

Selbständige in China

AP, Peking

Mehr als elf Millionen Selbständige gibt es nach einem Bericht des KP-Organs „Renmin Ribao" von gestern in China. Das sind achtzigmal mehr als 1978.

Wieder hinter Gittern

dpa, Stockholm

Der Schwede Clark Olofsson (37), der 17 Jahre seines Lebens im Gefängnis verbracht hat und als berüchtigtster Verbrecher des Landes gilt, sitzt nach sieben Monaten Freiheit wieder hinter Gittern. Die belgische Polizei nahm Olofsson in Blankenberg unter dem Verdacht fest, einen Rauschgiftring in Schweden organisiert und finanziert zu haben. Erst im April dieses Jahres wurde Olofsson auf freien Fuß gesetzt.

Holländer seliggesprochen

AFP, Vatikanstadt

Der niederländische Priester und Journalist Tito Brandsma, der am 26. Juli 1942 im Alter von 61 Jahren im Konzentrationslager Dachau starb, ist von Papst Johannes Paul II. am Freitag zum „Märtyrer" erklärt worden und wird damit seliggesprochen werden.

Geheizte Autobahn

SAD, Bozen

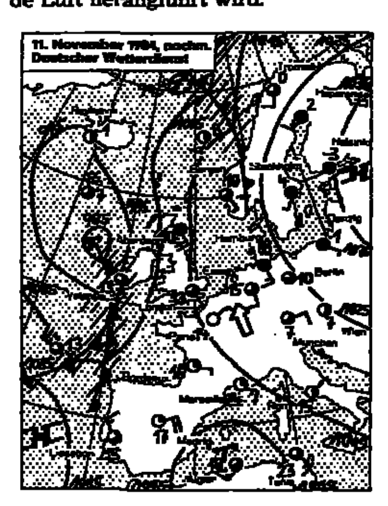
Die Autobahn unterhalb des Brenners erhält in diesen Tagen elektrische Heizung, um eine Vereisung zu vermeiden. Außerdem wird die Beleuchtung verbessert. Anfang 1985 sollen die Arbeiten beendet sein.

ZU GUTER LETZT

„Es ist möglich, daß ich gar kein Alkoholiker bin, vielleicht werde ich nur mit meinen genialischen Zügen nicht fertig." Der Schauspieler Harald Juhnke am Wochenende in Zürich.

WETTER: Neblig und heiter

Wetterlage: Deutschland bleibt unter einer Hochdruckzone, die sich von Finnland bis zum Balkan erstreckt in einer südlichen Strömung, mit der milde Luft herangeführt wird.



Vorhersage für Montag:
Nach Frühdunst heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Östlich der Weser und in Süddeutschland Nebel, der sich kaum auflöst. Temperaturen um 7 Grad, sonst 10 bis 15 Grad, in den Kammlagen der Mittelgebirge sehr mild mit guten Fernsichten. Temperaturen 8 bis 5 Grad, in Niedersachsen und Süddeutschland bis 0 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus Südost.

Weitere Aussichten:
Noch keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	23°
Bonn	13°	Kopenh.	6°
Dresden	9°	Las Palmas	20°
Essen	15°	London	13°
Frankfurt	10°	Madrid	17°
Hamburg	8°	Mailand	8°
List/Sylt	7°	Mallorca	15°
München	7°	Moskau	-8°
Stuttgart	11°	Nizza	21°
Algier	18°	Oslo	4°
Amsterdam	12°	Paris	14°
Athen	21°	Prag	6°
Barcelona	19°	Rom	15°
Brüssel	15°	Stockholm	4°
Budapest	9°	Tel Aviv	21°
Bukarest	6°	Tunis	23°
Helsinki	-3°	Wien	7°
Istanbul	14°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 7.36 Uhr, Untergang: 16.36 Uhr; Mondaufgang: 19.50 Uhr, Untergang: 12.35 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Blumenteppich, der nicht von Träumereien lebt

INGRID ZAHN, Aalsmeer

Blumen einkaufen im holländischen Aalsmeer heißt einen Dschungel aus Jasmin durchwaten, den betäubenden Duft auf beengtem Pfad einatmen zwischen endlosen Reihen mannshoher Gestelle: ein Meer von Hortensien, prallen Kakteen mit leuchtenden Blüten, luftwurzelnden Nelken wie chinesisches Glasnudelgekröse vom metallenen Gestänge herabwallend, während die Hände zwischen Orchideen nach lindgrünen Farnlandschaften tasten, vertrauten kleinen Inseln des Frühlings im exotischen Gewucher.

Nach vielen Stunden sind die Augen müde und die Hände erdkrümelig, schmerzt der Rücken vom Schleppen, Heben und Hasten. Für die Blumenhändlerin aus Aachen, die hier in der CULTRA-Abteilung von Aalsmeer für Einzelhändler ihren Wochenbedarf an Pflanzen und Schnittblumen zusammenstellt, gibt es keine Alternative zu der Plackerei, wenn sie preislich „über die Runden" kommen will. Schon in Neuß und in Straelen am Niederrhein, wo die deutschen Versteigerungen stattfinden, sind die Preise auf das Doppelte geklettert. Fast 10 Prozent der schier unerschöpflichen Blumenfülle, die in dem 20 000-Seelen-Ort vor Amsterdam zusammenkommt, stammt aus sonnigen Ländern, mit steilen Lieferspitzen in den Wintermonaten von Oktober bis April, wenn nordeuropäische Gewächshäuser ihre Heizungen auf Sparflamme drehen und lieber Importe zulassen: Orchideen aus Kolumbien und Thailand, Rosen, Nelken und Schleierkraut aus Israel, Nelken aus Kenia, Proteas aus Südafrika, Mimosen und Rosen aus Frankreich.

Was 1912 mit zwei konkurrierenden Vereinen in Aalsmeer in einem schlichten Holzbau begann, hat sich inzwischen zur größten Blumenversteigerung der Welt entwickelt. 4000 Züchter als eingetragene und zahlende Mitglieder beschäftigen an die 1000 Menschen. Die überdachte Halle bedeckt eine Fläche, auf der 50 Fußballplätze Unterschlupf fänden, umgeben von etlichen Zulieferbetrieben vom Keramik- und Kartonagenhersteller bis zur Lkw-Werkstätte.

Während der Nacht kommen die kostbaren Blumenfrachten vom fünf Kilometer nahen Flughafen Schiphol in der Anlieferungshalle an. Sie werden vorsichtig von sechs Grad auf 15 Grad erwärmt, auf Qualität und Gesundheitszustand hin begutachtet. Die Befunde erscheinen im „Brief", einer Art Qualitätsregister des jeweiligen Züchters. Neun Millionen Schnittblumen und 700 000 Pflanzen werden so täglich an 13 Versteigerungen umgesetzt. Schleuderpreise unterhalb der vom Verein der 13 holländischen Blumenversteigerer festgesetzten Minimalpreise gibt es nicht.

Die Käufer sind grundsätzlich Exporteure und Grossisten mit holländischer Adresse. Ein Grund dafür sind die schlaffen Zahlungsmodalitäten der ausländischen Kunden. Aber auch im Tulpenländle gibt's schwarze Schafe. „Wir müssen heute zahlen, was wir heute für unsere Grossisten ersteigert haben", stöhnt der Exporteur in der Familienfirma Maanen und Mantel. „Aber wenn wir unsere Kunden drängen, weil sie nach zwei Monaten immer noch Rechnungen offenstehen haben, sagen die zu uns: „Der Soundso läßt mir drei Monate Zeit. Geh ich eben zu dem!" Die Konkurrenz ist hart. Streik? Den hat es seit 1912 nicht gegeben. „Dazu haben wir keine Zeit! Wenn die Halle um 15 Uhr schließt, ist die Ware aus aller Welt schon wieder auf dem Weg in alle Welt." Mit der Ware Blumen läßt sich nicht trödeln. Neue Märkte in USA, in Kanada, in Japan, in Saudi-Arabien verschärfen den Druck auf die Preise. Und der Kunde ist preisbewußt geworden.

Auch sind die Zeiten des schlichten homogenen Sträußchens vorbei. Ton-in-Ton-Arrangements passend zum Mobiliar oder zur Garderobe der Hausfrau heischen immer ausgesuchteres Beiwerk. Großmutters Blumen, die Hortensie und die Noisette-Rose, feiern im neuen Gewand üppige Wiederkehr. Längst hat die Totenblume Chrysantheme ihr tristes Image abgetan. Exotische Raritäten wie die Orchidee halten zu Niedrigpreisen ebenso Einzug in Jedermanns Wohnzimmer wie die Neuzüchtung Yellow-Meilandina-Topfrose, eine zierliche stecklingsvermehrte Pflanze für den modernen Balkon.

Floristinnen ohne eigene Ideen haben keine Chance. Aber für den Pfiffigen, der nicht auf die Uhr schaut (von der 35-Stunden-Woche zu sprechen, ist hier undenkbar), ist das Geschäft mit der Blume günstig. Die Umsätze steigen seit Jahren stetig um zehn Prozent und lassen die Hoffnungen grünen.